



## 8. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. Dezember 2013, 09.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches..... 280

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten  
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin  
Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

**Windenergie in Bayern ermöglichen - Regiona-  
le Planungsverbände unterstützen (Drs. 17/262)**

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus  
Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Natascha  
Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

**Windkraft entfesseln (Drs. 17/276)**

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Thomas  
Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und  
Fraktion (CSU)

**Windenergie in Bayern (Drs. 17/277)**

Martin Stümpfig (GRÜNE)..... 280  
Harry Scheuenstuhl (SPD)..... 282 286  
Walter Nussel (CSU)..... 283  
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 284  
Staatssekretär Johannes Hintersberger..... 285  
287  
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 287

Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/277. 288

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlich-  
keitsantrag 17/262..... 288

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeits-  
antrag 17/276..... 288

Ergebnis der namentlichen Abstimmung  
zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/262  
(s. a. Anlage 1) ..... 291

Ergebnis der namentlichen Abstimmung  
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/276  
(s. a. Anlage 2) ..... 291

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Thomas  
Kreuzer, Josef Zellmeier, Karl Freller u. a. und  
Fraktion (CSU)

**Verkehrssicherheit beim Radfahren  
(Drs. 17/263)**

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus  
Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u. a.  
und Fraktion (SPD)

**Optimierte und integrierte Radverkehrsförde-  
rung und Verkehrsplanung für mehr Verkehrs-  
sicherheit beim Radfahren in Bayern  
(Drs. 17/278)**

Eberhard Rotter (CSU)..... 288 289 289  
Bernhard Roos (SPD)..... 290  
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 291  
Markus Ganserer (GRÜNE)..... 292  
Staatsminister Joachim Herrmann..... 292

Beschluss  
zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/263..... 294

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeits-  
antrag 17/278..... 294

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum SPD-  
Dringlichkeitsantrag 17/278 (s. a. Anlage 3) ..... 296

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

**Kältetod verhindern - Schnelle Hilfe für Wohnungslose (Drs. 17/264)**

Angelika Weikert (SPD).....	294 294 299
Andreas Lorenz (CSU).....	296
Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER).....	297 299
Jürgen Mistol (GRÜNE).....	297
Staatsministerin Emilia Müller.....	298 299 299
	300
Christine Kamm (GRÜNE).....	300 302
Staatsminister Joachim Herrmann.....	300 302
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD).....	301

Namentliche Abstimmung..... 303

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/264 (s. a. Anlage 4) ..... 317

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Glasfaserkonzept statt Notoperation (Drs. 17/265)**

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)....	303 306
Erwin Huber (CSU).....	304 306 313 314
Dr. Christoph Rabenstein (SPD).....	306 315
Verena Osgyan (GRÜNE).....	308
Staatsminister Dr. Markus Söder.....	309 310
	312 316
Dr. Paul Wengert (SPD).....	311 315
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER).....	312

Beschluss..... 317

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Kinderbetreuung in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sicherstellen (Drs. 17/266)**

Verweisung in den Bildungsausschuss ..... 317

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

**Landesentwicklungsprogramm (LEP) - jetzt aber richtig! (Drs. 17/267)**

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss ..... 317

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Ansprüche wegen Altersdiskriminierung kompensieren! (Drs. 17/268)**

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Stefan Schuster u. a. und Fraktion (SPD)

**Beim EuGH anhängiges Verfahren zur Beamtenbesoldung im Bund und im Land Berlin (Drs. 17/279)**

Verweisung in den Dienstrechtsausschuss ..... 317

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Keine Militärforschung an Bayerns Universitäten: Transparenz herstellen - Verantwortung der Hochschulen fördern (Drs. 17/269)**

Verweisung in den Wissenschaftsausschuss ..... 317

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

**Die bayerische Landwirtschaft vor außerlandwirtschaftlichen Kapitalanlegern schützen - Grundstücksverkehrsgesetz endlich überarbeiten! (Drs. 17/270)**

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u. a. und Fraktion (CSU)

**Absenkung der Freigrenze für die Genehmigung der Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken (Drs. 17/280)**

Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss ..... 317

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Kinderfreundliche Überarbeitung der Umsatzsteuersätze (Drs. 17/271)**

Verweisung in den Haushaltsausschuss ..... 317

**Weihnachts- und Neujahrswünsche**

Präsidentin Barbara Stamm.....	317
Natascha Kohlen (SPD).....	318

Ministerpräsident Horst Seehofer.....	319
Schluss der Sitzung.....	320

(Beginn: 09.02 Uhr)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich eröffne die 8. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Windenergie in Bayern ermöglichen - Regionale Planungsverbände unterstützen (Drs. 17/262)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)**  
**Windkraft entfesseln (Drs. 17/276)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)**  
**Windenergie in Bayern (Drs. 17/277)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Stümpfig. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die regionalen Planungsbehörden und die Regierungen haben in den letzten Jahren für die Windkraft eine tolle Arbeit geleistet. Zahlreiche Gebiete wurden überprüft, Gutachten erstellt und Belange abgewogen. Das Ergebnis dieser Planung waren Vorranggebiete, die sich gut für Windkraftanlagen eignen. Jetzt soll mit einem Federstrich diese ganze Arbeit vergeblich gewesen sein. Die Regionalpläne sollen bis zu einem unbestimmten Zeitpunkt – Herr Söder spricht vom Januar, Frau Aigner von irgendwann im Sommer – nicht mehr für verbindlich erklärt werden. Wörtlich sagte Herr Söder: "Derzeit werden in Bayern keine Windkraftanlagen genehmigt." Ziel der Regionalplanung ist es jedoch, in enger Zusammenarbeit mit den Bürgern und den Behörden vor Ort Standorte für Windkraftanlagen zu finden. Vorrangflächen werden ausgewiesen, und Windkraftanlagen sollen gebündelt werden.

Im Wahlkampf sagte unser Ministerpräsident noch, er lasse Bayern nicht verspargeln. Als Erstes machen Sie, Herr Seehofer, jetzt aber die Regionalplanung platt, mit der genau dieses Ziel erreicht werden soll. Bravo, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verhalten sich so, wie wenn Sie baden gehen wollten, aber erst einmal das Wasser aus der Wanne lassen. Wenn Sie so weitermachen, geht mit Ihnen die Energiewende baden. Jetzt liegen sehr viele Projekte auf Eis. In Mittelfranken sind es beispielsweise 12 Projekte mit insgesamt 50 Anlagen, in der Oberpfalz 217, in Schwaben 50, und in ganz Bayern hängen rund 600 Windkraftanlagen in der Luft. Hinter all diesen Anlagen und Projekten steckt unglaublich viel Arbeit, Zeit und Energie. Tausende von Bürgern haben den Aufruf der Politik ernst genommen: Raus aus dem Atom, Schluss mit den fossilen Brennstoffen, rein in ein Zeitalter mit erneuerbaren Energien und aktivem Klimaschutz. Jetzt werden sie von unserer Staatsregierung massiv ausgebremst.

Herr Ministerpräsident, nach der Wahl haben Sie angekündigt, dass Sie eine Koalition mit den Bürgern machen werden. Anscheinend aber suchen Sie sich die Bürger, die Sie in die Koalition aufnehmen wollen, ganz alleine aus. Die Bürger, die aktiv in eine saubere und zukunftsfähige Energieversorgung investieren, haben es wohl leider nicht Ihre Koalition geschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz nebenbei sind Tausende Jobs in Gefahr. Millionen von Euro aus Energiegenossenschaften und Kommunen sind in den Sand gesetzt. In den Landratsämtern und den Regierungen herrschen Entsetzen und totale Verwirrung, weil sie von der Staatsregierung offensichtlich zu einem Rechtsbruch aufgefordert werden.

Ich will gar nicht darauf eingehen, wie wichtig die Energiewende ist und wie wichtig die Windenergie für den Schutz des Klimas und für ein zukunftsfestes Energiesystem ist. Dass die Staatsregierung mit ihren jüngsten Initiativen versucht, die Energiewende rückgängig zu machen, und wahrscheinlich auf lange Sicht die Rückkehr zur Atomkraft plant, liegt für uns auf der Hand.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass die Staatsregierung mit ministeriellen Rundschreiben die Genehmigungsbehörden auffordert, alles zu tun, um die Windenergie zu verhindern, ist auch kein Geheimnis mehr. Dass die Staatsregierung jedoch in Person von Herrn Söder Bayern zum rechts-

freien Raum erklärt, ist in der Tat eine neue Dimension. Herr Söder verkündete in einer Pressemitteilung, dass derzeit in Bayern keine neuen Windkraftanlagen genehmigt werden. Da müssen wir schon fragen: Auf welcher rechtlichen Basis tun Sie dies, Herr Minister? Gilt das Baugesetzbuch in Bayern ab sofort nicht mehr? So mancher Regierungspräsident und viele Landräte wissen ganz genau, dass ihr Handeln nicht rechtskonform ist, wenn sie sich an die Anweisungen unseres Heimatministers halten. Fachleute und Juristen sind sich einig: Für eine Verweigerungshaltung gibt es keine Rechtsgrundlage. Das ist eine reine Willkür unseres Landesfürsten, des Herrn Seehofer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Behörde hat sich an die bestehende Gesetzeslage zu halten. Hat die Anlage einen Abstand von 800 Metern und sind alle anderen Belange geklärt, besteht ein Anspruch auf Genehmigung. Das Agieren der Staatsregierung ist ein glatter Aufruf zum Rechtsbruch. Wenn die Staatsregierung so weitermacht, sind unzählige Klagen und Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe vorprogrammiert. Da sagen wir: Das haben Sie sich auch redlich verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist keinesfalls so, wie Sie, Frau Aigner, es letzte Woche in Würzburg sagten: Wenn etwas im Kabinett eingebracht oder beschlossen worden ist, besteht eine neue Rechtsgrundlage. Das sagten Sie. Frau Aigner, wir sind nicht in der Vorweihnachtszeit und auch nicht in der Märchenstunde. So schnell wie ein Herr Drehhofer lassen sich Gesetze in Bayern leider noch nicht drehen. Ein bekannter Fachanwalt aus Würzburg kommentierte Ihre Aussage ganz trocken: Das ist natürlich ausgemachter Blödsinn.

Zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU zwei Sätze: Wir lehnen diesen Dringlichkeitsantrag ab, da wir die Regelungen im Koalitionsvertrag in keiner Weise begrüßen. Der zweite Punkt Ihres Antrags besagt, dass die Regionalpläne besonders zu prüfen sind, dass ein Konsens hergestellt werden soll und Vertrauensschutzbelange berücksichtigt werden sollen. Das alles ist ein alter Hut. Wir sehen aber schon, dass Sie sich momentan auf dem Rückzug befinden. Sie führen ein Rückzugsgefecht, weil Sie merken, dass Ihnen die ganze Sache um die Ohren fliegt. Wir werden dafür sorgen, dass Ihnen das weiterhin um die Ohren fliegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um das Ganze zu verdeutlichen, abschließend noch ein konkretes Beispiel: Bei unserem Windkraftprojekt in Langenzenn, Mittelfranken, sollen fünf Windräder

entstehen. 240 Bürger stehen hinter dem Projekt, die Nachbarkommunen sind eingeschaltet, der Stadtrat hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, und das Landratsamt Fürth hat vorbehaltlich der Verbindlicherklärung des Regionalplans die Baugenehmigung erteilt. Die Fundamente sind schon ausgehoben; denn es handelt sich ja nur noch um eine Formalie. Jetzt jedoch erteilt Regierungspräsident Bauer die Genehmigung nicht, weil die Arme von Herrn Söder und von Herrn Seehofer bis nach Ansbach reichen.

Die Bürger aus Langenzenn haben nun Klage eingereicht – darüber freuen wir uns sehr – und bauen weiter. Vor zehn Tagen habe ich das Projekt besucht. 90 Bürgerinnen und Bürger waren an einem Montagmorgen um 11 Uhr da. An diesen standhaften Bürgern können Sie sich, Herr Seehofer, ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Bürger engagieren sich aktiv für die Energiewende, und Sie lassen sie hängen. Wie lange wollen Sie noch warten, bis Regierungspräsident Bauer die Erlaubnis erteilt, den Regionalplan für verbindlich zu erklären?

Der Regierungspräsident ist dazu ohnehin schlichtweg verpflichtet. Die Regierung ist höhere Landesplanungsbehörde und bei der Windkraft lediglich begleitende Fachaufsicht. Das bayerische Landesplanungsgesetz sagt ganz klar: Die Regierung hat nur planerisches Ermessen. Deswegen ist es Größenwahn und eine maßlose Überschätzung der eigenen Kompetenzen, wenn es jetzt von unserem Heimatminister heißt, in Bayern werden keine Windkraftanlagen mehr genehmigt. Genehmigungsbehörden sind die Landratsämter und die kreisfreien Städte, Herr Heimatminister.

Bei unserer Staatsregierung ist in punkto Windkraft Hopfen und Malz verloren. Deshalb wende ich mich jetzt abschließend besonders an die Landrätinnen und Landräte, an die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister und an die Regionalen Planungsverbände: Nutzen Sie Ihre gesetzgeberische Kompetenz! Erteilen Sie die Genehmigungen! Im Januar tagt das Bundeskabinett, und möglicherweise werden dort schnell neue Regelungen für Windräder erlassen. Sie wissen, im Raum steht ein Referenzwert von 75 %, damit nur noch leistungsstarke Windkraftanlagen eine EEG-Vergütung erhalten. Prüfen Sie als Landratsamt, als Oberbürgermeisterin und als Oberbürgermeister möglichst schnell, ob die eingereichten Projekte genehmigungsfähig sind. Erlassen Sie Vorbescheide; denn dann steigt die Chance, unter die Altfallregelung zu fallen.

Die Verantwortung für die Energiewende wurde kurz vor der Kommunalwahl von unserer unfähigen Staatsregierung an die Kommunen und an die Landratsämter abgeschoben. Vor Ort können Sie jetzt zusammen mit den Bürgern tatkräftig für den Windkraftausbau werben und sich dafür einsetzen, und dies alles völlig rechtskonform. Wir wünschen Ihnen dabei viel Erfolg und bieten unsere Unterstützung an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat der Kollege Harry Scheuenstuhl von der SPD das Wort. Es ist seine erste Rede. Alles Gute.

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Danke schön. - Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute steht wieder einmal die Windkraft auf der Tagesordnung. Doch heute geht es nicht um eine theoretische Betrachtung, sondern um einen ganz konkreten Fall. Wie bereits erwähnt, warten in Langenzenn, in den Landkreisen Fürth und Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim zahlreiche Familien kurz vor Weihnachten sehnlichst auf eine Nachricht aus München. Die Nachricht von der heutigen Entscheidung des Landtags ist für sie sehr wichtig. Was haben diese Menschen getan? - Sie sind den Appellen der Politik gefolgt und haben für ein nachhaltiges Projekt Geld zur Verfügung gestellt. Sie haben in die erneuerbaren Energien investiert und wollten Windräder bauen.

Nach den zahlreichen Pannen bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie – hier seien nur die Ereignisse in Fukushima und Tschernobyl in Erinnerung gerufen – forderten 2011 viele Parteien ein Ende der Atomenergie und den Aufbau einer alternativen umweltfreundlichen Energieerzeugung. Ab Ende 2011 kam der sogenannte Söder-Windkraftbeschleunigungserlass. Man wollte mit ihm innerhalb kürzester Zeit rund 1.400 Windräder bauen. Es konnte nicht schnell genug gehen. In meiner Heimatgemeinde – sie liegt neben Langenzenn – sind zum Beispiel fünf Windräder mit einer Höhe von jeweils 180 Meter entstanden. Die Bürgerinnen und Bürger folgten den Worten der Politik und planten weitere Projekte.

Die Regierung von Mittelfranken forderte die Gemeinden und Städte auf, Windflächen für den Regionalplan zu melden. Sonst, so die Befürchtung der Beamten, komme es zu einem Wildwuchs, und die Planungen würden aus dem Ruder laufen. Bürgermeister, Gemeinde- und Stadträte mussten sehr gut begründen, wenn keine oder nur wenige neue Windflächen gemeldet wurden. Die Regierung befürchtete, dass der Plan einer gerichtlichen Nachprüfung nicht standhal-

ten würde, wenn zu wenig Bauflächen für Windräder angeboten würden. Das Ausschlussprinzip war in Gefahr.

In einem ausgiebigen Prozess diskutierten die beteiligten Gemeinden über Landkreisgrenzen hinweg und suchten nach einvernehmlichen Lösungen. Man fand tatsächlich Standorte, die von allen akzeptiert wurden. Ich wende mich ganz besonders an die Kolleginnen und Kollegen der CSU und sage: Diese Standorte sind von der Bevölkerung, von den Gemeinden, von den Städten, von den Landkreisen und von der Regierung akzeptiert.

Die Bürgerschaft schloss sich zusammen und sammelte Geld. Dann wurde, wie bereits vom Kollegen erwähnt, ein Bauantrag eingereicht. 1,5 Millionen Euro sind bereits investiert. Wäre – das muss man ehrlicherweise sagen – nicht die Landtagswahl dazwischengekommen, würden sich vielleicht heute schon die Räder im Wind drehen und umweltfreundlich Energie erzeugen.

(Beifall bei der SPD)

Laut Angaben der Familien – es handelt sich nicht um irgendwelche Investoren, die vielleicht aus Amerika oder Russland kommen, sondern um örtliche Bürger – sind ihnen bereits 750.000 Euro an Erlösen, die fest in die Finanzierung eingeplant waren, entgangen. Die finanzielle Schmerzgrenze der Familien ist erreicht. Sie können nicht mehr darauf warten, in einem halben oder einem Jahr vielleicht eine Unterschrift zu bekommen. Es besteht die akute Gefahr, dass diese Familien in finanzielle Not geraten. Nicht nur die Familien, sondern auch die Hersteller der Anlagen warten auf die heutige Freigabe. Alles blickt auf dieses Gremium. Immerhin werden 24,5 Millionen Euro investiert, und die Anlagen – es sind insgesamt fünf – sind schon im Bau. Alle Genehmigungen sind vorhanden. Es fehlt nur eine Unterschrift, und zwar die unter den Regionalplan.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Ihnen geglaubt und sich auf Ihr Wort verlassen, Herr Ministerpräsident. Sie haben allen erzählt, dass Sie es ernst meinen mit der Energiewende. Weisen Sie die Regierung von Mittelfranken an, den Regionalplan für verbindlich zu erklären, und entfesseln Sie die Windkraft!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich habe den subjektiven Eindruck, dass auch Regierungspräsident Bauer nach sechs Monaten intensiver Prüfung gern seine Unterschrift unter die Erklärung setzen würde. – Ich darf zur Vollständigkeit darauf hinweisen, dass sechs Monate die maximale Prü-

fungszeit sind. Bei der Regierung weiß man gar nicht mehr, was man jetzt noch prüfen soll. Worauf sollen die Leute denn warten, und was sollen sie noch einmal nachschauen, wenn doch alle einverstanden sind?

Herr Ministerpräsident und Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie verlieren Ihr Gesicht nicht, wenn Sie heute den beteiligten Städten und Gemeinden ein positives Signal geben; denn in Ihrem eigenen Antrag steht, Sie wollen, dass die Projekte akzeptiert werden. Jetzt sind die Projekte akzeptiert, und jetzt haut man den Bürgern wieder eine runter und sagt: Nein, so doch nicht; wir wollen noch einmal prüfen, und wenn ihr alle dafür seid, interessiert uns das nicht.

Herr Ministerpräsident, enttäuschen Sie die Bürgerinnen und Bürger nicht. Nehmen Sie das Telefon in die Hand – das reicht für ein Gespräch mit einem Regierungspräsidenten – und geben Sie den Regionalplan frei.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Weihnachten steht kurz vor der Tür. Es wäre eine wirklich frohe Botschaft für die Familien in unserem Raum, wenn heute eine positive Nachricht aus München für meine fränkische Heimat käme und die Familien in Ruhe das Weihnachtsfest feiern könnten.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Kollege Nussel von der CSU das Wort. Auch er hält seine erste Rede im Hohen Haus.

**Walter Nussel (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt spricht der dritte Mittelfranke in dieser Sitzung, und er vertritt eine andere Meinung als seine beiden Vorredner.

Wir alle haben uns das Thema Energiewende nicht leicht gemacht. Aber ich teile die Auffassung der Vorredner nicht und möchte der Aussage widersprechen, dass wir nur um des lieben Friedens willen heute Entscheidungen treffen, die wir dann – auch das haben Sie vorhin gesagt, Herr Stümpfig - mit einem Federstrich wieder ausmerzen. Wir sollten genau hinschauen. Das machen wir. Sie waren doch auch bei den Wahlkämpfen dabei. Sie haben miterlebt, wie bei den Bürgern draußen Emotionen hochkochen.

Unser Ministerpräsident hat ganz klar angesprochen, dass wir miteinander sprechen müssen, dass wir die Koalitionsverhandlungen abwarten müssen, dass wir diese Woche abwarten müssen, ob vonseiten der

SPD der Koalitionsvertrag in Gang gesetzt wird. Dann müssen wir das Thema noch einmal auf den Prüfstand stellen.

Ich weiß, wir brauchen Vertrauensschutz; daran hält auch die CSU fest. Aber wir können nicht heute etwas in Gang setzen, was uns dann bei anderen Projekten wieder einholt. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt und bitten Sie, ihm zuzustimmen, damit uns das nicht irgendwann einholt, was uns von der Opposition immer vorgeworfen wird.

Wir in Mittelfranken haben das Thema Windräder über Jahre hinweg – das kann ich wohl sagen – in einem Verfahren mit Zonierungsgebieten so ausgiebig wie kein anderer Regierungsbezirk geprüft. Aber wir können heute keinen Schnellschuss machen, wie Sie ihn fordern.

(Natascha Kohnen (SPD): Schnellschuss?)

Deswegen appelliere ich an Sie: Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass der Koalitionsvertrag erst verabschiedet sein muss.

(Natascha Kohnen (SPD): Das hat doch damit nichts zu tun!)

- Das hat schon etwas damit zu tun; denn darin steht explizit, dass ein Teil Bundessache werden wird und ein Teil Ländersache.

(Natascha Kohnen (SPD): Aber das ist schon fertig! Das ist Rechtsbruch, was Sie machen!)

Wir können das heute nicht so verabschieden. Ich wehre mich dagegen, dass Herr Stümpfig sagt, wir oder die Staatsregierung seien größtenwahnsinnig oder unfähig.

(Zuruf von der SPD: Ist doch wahr!)

Ich bitte darum, wenn schon Weihnachtsfriede sein soll, dann auch zu einer anderen Wortwahl zu kommen.

(Beifall bei der CSU)

Jedem im Raum muss klar sein, dass wir künftig über Höhen von Windrädern sprechen, die wir uns vor drei, vier oder fünf Jahren überhaupt noch nicht vorstellen konnten. Wir sind jetzt bei 200 m, aber es gibt schon Planungen von Ingenieuren, die noch darüber hinausgehen werden. Wie wir damit umgehen werden, muss geregelt werden, damit wir unsere Bürgerschaft auch schützen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Die sind doch alle dafür! Die haben zugestimmt! – Natascha Koh-

nen (SPD): Das sind doch keine Schnellschüsse!  
– Josef Zellmeier (CSU): Wer ist dafür? Widerstände haben wir!

Wenn wir uns jetzt noch zwei Monate geben, um das, was ich gesagt habe, zu prüfen und in die Überlegungen einfließen zu lassen, bin ich der festen Überzeugung, dass wir das den Menschen zumuten können. Auch bei mir standen die Investoren vor der Haustür. Ich habe sie hereingebeten und stundenlang mit ihnen diskutiert.

Ich bitte also um Unterstützung unseres Antrags, damit wir im nächsten Jahr zum Thema Energiewende gemeinschaftlich zum Wohle unseres Landes arbeiten.

Die Situation in Mittelfranken wird von Ihnen so dargestellt, als würde morgen die Welt untergehen. Wir tragen Verantwortung für das gesamte Land Bayern. Das haben auch genügend Kollegen gesagt. Ich appelliere noch einmal an die Vernunft des Hohen Hauses: Beschließen wir unseren Dringlichkeitsantrag und geben wir uns dann sechs bis acht Wochen Zeit, damit wir entsprechende Regelungen im Februar verabschieden können und dann die Windräder gebaut werden können.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich das Hohe Haus noch davon in Kenntnis setzen, dass für die Anträge der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils namentliche Abstimmung beantragt wurde. Als nächster Redner hat Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Walter Nussel davon spricht, dass wir keine Schnellschüsse wollen, dann muss ich mich fragen, was wir in den letzten zwei Jahren getan haben, was vor allem die Regionen draußen, die Landkreise und Kommunen getan haben.

Hier sind 45 neue Kollegen. Überlegen Sie sich einmal, dass das ein glatter Aufruf zum Rechtsbruch ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Eines kann ich überhaupt nicht verstehen. Früher hätte es sich eine starke CSU-Landtagsfraktion nie bieten lassen, dass ein Minister oder der Ministerpräsident zum Rechtsbruch aufruft. Sie aber sitzen alle

hier wie die Lemminge und verfolgen das. Das ist unverständlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Vor zwei Jahren verkündete von diesem Pult der Umweltminister: Fukushima verändert alles. Diese Aussage hatte in Bayern einen Windkrafterlass zur Folge. Dieser Windkrafterlass hat die Regionen in Bayern ermutigt zu handeln, was den Bau von Windkrafträdern angeht. In manchen Landkreisen wurden Teilflächen-nutzungspläne erstellt, in manchen Regionen wurde über die Regionalen Planungsverbände gearbeitet. Diese Planungsverbände haben über Monate sehr gute Arbeit geleistet und sind unter Abwägung aller Belange zu Ergebnissen gekommen, über die auf lokaler Ebene entschieden wurde und nicht par ordre du mufti.

Was ist denn mit den 1.500 Windrädern in Ihrem Energiekonzept, die Sie über Ihren Windkrafterlass realisieren wollten? War es wieder mal so: "Fishing for compliments und nach der Wahl interessiert mich mein Geschwätz von gestern nicht mehr"? - Wie will man denn die Energiewende gestalten? Sie bringen den Vertrauensschutz zum Erliegen. Das ist völlig unverständlich. Für die Zukunft und die Energiewende erweisen Sie uns einen Bärendienst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Bei der jetzigen Rechtslage akzeptieren Sie, dass wir im Freistaat eine Klagewelle mit Rückendeckung des Bayerischen Ministerpräsidenten bekommen. Wenn Sie wollen, dass geltende Gesetze nicht umgesetzt werden, ist das Ihre Sache. Wir sind in diesem Landtag, damit wir geltendes Gesetz umsetzen. Und das sieht momentan ein BlmSch-Verfahren vor.

Es ist das Langenzenner Projekt angesprochen worden. Das Langenzenner Projekt wurde nach einem BlmSch-Verfahren bewertet. Dort wurde der Abstand über den Schall ermittelt. All das wurde in Abstimmung mit den Bürgern und ohne Widerspruch vollzogen. Und was machen wir hier? Wir sagen: Was interessiert mich das Gesetz? Wir setzen es einfach nicht um; wir wissen es besser. Die Kommunen sollen tun, was sie tun wollen. So kann das Projekt nicht umgesetzt werden.

Es ist ein schwarzer Tag für die kommunale Planungshoheit. Und Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie akzeptieren diesen schwarzen Tag für die kommunale Planungshoheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So wie Sie mit dem Thema umgehen, verwirken Sie die Energiewende und den Vertrauensschutz unserer Bürgerinnen und Bürger. Sie werden die Energiewende zum Erliegen bringen. Das versichere ich Ihnen. Und dann werden Sie einen erheblichen Schaden am Wirtschaftsstandort Bayern haben. Das muss Ihnen klar sein. Wenn Sie ein wirtschaftsstarkes Bayern wollen, müssen Sie mit Recht und Gesetz anders umgehen. So müssen Sie sich diese Vorwürfe gefallen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen der SPD werden wir zustimmen, wobei ich aber schon erklären möchte, dass wir nicht verstanden haben, warum Sie in den Koalitionsverhandlungen der Öffnungsklausel nachgegeben haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir natürlich zu. Denn er enthält das, wofür wir FREIEN WÄHLER auch stehen. Wir stehen für die kommunale Planungshoheit, wir stehen für die kommunalen Belange. Wenn Verfahren so sauber im Einverständnis aller durchgeplant wurden, dann gibt es nur Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Herr Staatssekretär Johannes Hintersberger das Wort. Bitte, Herr Staatssekretär.

(Margarete Bause (GRÜNE): Da ist der Ministerpräsident zuständig!)

**Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende erfordert den Ausbau und die verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energien. Daran gibt es überhaupt nichts zu deuteln. Wir werden diesen Ausbau auch bei der Windenergie, die ebenfalls einen wichtigen Bestandteil darstellt, weiterhin befördern, meine Damen und Herren. Von Aussetzen der Energiewende, von einem Zurückdrehen der Energiewende kann keine Rede sein. Solche Aussagen entbehren jeglicher Grundlage.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Leider nein!)

Wir sind mit mehr als 600 Windkraftanlagen in Bayern nicht nur auf einem guten Weg, sondern auf einem guten Stand, was die Nutzung der erneuerbaren Energien und hier der Windkraft anbelangt. Aber unser Auftrag ist es, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Energiewende auch raumverträglich zu gestalten. Moderne Windkraftanlagen – das ist von den Kollegen bereits gesagt worden – haben heute zum Teil eine Höhe von über 200 Metern.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Es muss eine ausgewogene Regelung erreicht werden, die sowohl dem Schutz der Bevölkerung, den Bedenken der Bürger und dem Schutz der Landschaft einerseits wie auch der Umsetzung der Energiewende gerecht wird.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Dies ist unser Auftrag. So verstehen wir auch den politischen Auftrag, diese Aufgabe verantwortungsbewusst zu handhaben.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie kennen sehr wohl die Vielzahl der Sorgen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, und Sie kennen auch die Vielzahl der großen und kleinen Bürgerinitiativen in diesem Bereich. Tun wir doch nicht so, als ob es die nicht gäbe. Jeder, der draußen vor Ort ist, kennt diese Situation.

Ich möchte aber auch deutlich sagen, dass wir die engagierte Arbeit in den Regionalen Planungsverbänden, in den Gemeinden sehr wohl deutlich sehen und nicht nur respektieren, sondern uns dafür auch bedanken. Die Sorgen der Bürger sind ernst zu nehmen. Darum gilt es, die notwendigen Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung sehr genau, sehr sensibel zu prüfen und dementsprechend zu sichern.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Hintersberger, ich habe eine Meldung für eine Zwischenfrage. Sie lassen keine Zwischenfrage zu. Aber im Anschluss kann eine Zwischenbemerkung gemacht werden.

**Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium):** - Lassen Sie mich den Gedanken noch zu Ende führen. Vor diesem Hintergrund haben die betroffenen Ministerien – Sie wissen das – die nachgeordneten Behörden bereits im August dieses Jahres

darauf hingewiesen, dass bei der Windenergienutzung möglichst konsensuale Lösungen gefunden werden sollen und dass der Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes selbstverständlich bei Genehmigungsentscheidungen zu berücksichtigen ist. Das ist doch keine Frage.

Die offenen Fragen zur Windenergie, die es noch zu klären gilt, sind sehr differenziert, sehr vielschichtig und betreffen die verschiedenen Fachbereiche. Neben der Regionalplanung ist zwingend der Energiebereich zu nennen, aber auch die Bauleitplanung, der Umweltschutz, die Land- und Forstwirtschaft sind zu beteiligen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Zur Klärung aller die Windkraft betreffenden Fragen wird der Ministerpräsident voraussichtlich im Januar ein Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden führen und alle Fragen in Sachen Windkraft mit allen betroffenen Ressorts, die miteinbezogen werden, klären.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Isolierte Entscheidungen – das ist die Überzeugung der Staatsregierung – sind nicht sachdienlich. Daher müssen die anstehenden Entscheidungen über die Verbindlicherklärung von regionalen Steuerungskonzepten zur Windenergie noch bis Januar zurückstehen.

Die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sind daher aus unserer Sicht, aus Sicht der Staatsregierung, abzulehnen. Wir begrüßen ausdrücklich den Antrag der CSU, wie er hier dargestellt worden ist. Warum? Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorgesehene Länderöffnungsklausel im Koalitionsvertrag ermöglicht es den Ländern, eigene Mindestabstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung festzulegen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Ich darf hier noch einmal deutlich machen: Genau diese Länderöffnungsklausel im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD entspricht der Bundesratsinitiative von Bayern und Sachsen aus dem vergangenen Sommer.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist aber kein Gesetz!)

Ob Ihnen das passt oder nicht, Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, das ist Fakt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist eben nicht Fakt!)

Die Forderung, bei Entscheidungen über die Verbindlicherklärung bei der Fortschreibung des vorliegenden Regionalplans darauf zu achten, dass konsensuale Planungen und Vertrauensschutzbelange vorliegen, wie es im Antrag der CSU-Fraktion noch einmal deutlich gemacht wird, ist und war ein wichtiges Anliegen der Staatsregierung. Das wurde auch in zwei gemeinsamen Schreiben der Ministerien im August an die Regierungen, an die Regionalen Planungsverbände und an die Kreisverwaltungsbehörden deutlich zum Ausdruck gebracht. Selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Vertrauensschutzbelang dementsprechend weiter aufrechtzuerhalten. Das ist doch überhaupt keine Frage. Das wird auch geprüft und behält seinen Bestand. Von daher bitte ich, die Anträge der GRÜNEN und der Fraktion der SPD abzulehnen. Ich begrüße namens der Staatsregierung nochmals den Antrag der CSU-Fraktion. Wir werden die Frage aufgrund der vorgelegten Fakten bis Januar einer Klärung zuführen und damit dann auch insgesamt all jene Punkte, die Windkraft betreffen, klären.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatssekretär, danke schön. Bleiben Sie bitte am Redepult. Herr Scheuenstuhl hat sich zu einer Zwischenbemerkung zu Wort gemeldet. Als weiterer Redner hat sich Kollege Hartmann für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Scheuenstuhl, Sie haben das Wort.

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Herr Hintersberger, ich habe eine Frage, beginne aber zunächst mit einer Zwischenbemerkung. Hier handelt es sich ja konkret um den Regionalplan Industrieregion Mittelfranken und um Fälle, die unstrittig sind. Ihre Bemerkungen, wie Sie die Sache insgesamt in Bayern angehen wollen, nehme ich einfach einmal zur Kenntnis. Hier geht es aber um konkrete Fälle. Es gibt keinen Widerstand; es gibt keine Diskussion. Alle sind einverstanden. Unser Antrag bezieht sich nur auf den Regionalplan und nur auf einen Anruf des Ministerpräsidenten. Sie dürfen auch anrufen; auf Sie würde der Regierungspräsident wahrscheinlich auch hören, wie ich annehme.

Um es den Kollegen noch einmal klar aufzuzeigen: Mit der Entscheidung, unseren Antrag abzulehnen, werden die Windräder zunächst einmal verhindert. Meine Frage an Sie lautet: Was soll ich denn jetzt meinen Bürgerinnen und Bürgern sagen, wenn ich

heim komme? Soll ich sagen: Die in München wollen nicht; sie wollen noch warten; sie wollen noch prüfen? Die sechsmonatige Prüfungsfrist ist abgelaufen. Es wurde schon geprüft.

Sie haben den Vertrauensschutz angesprochen. Dieses Wort ist mir quasi hinuntergegangen wie Öl. Diesen Vertrauensschutz wollen wir den Bürgern geben. Im Landesplanungsgesetz stehen doch die sechs Monate. Diese sind abgelaufen. Gibt es denn eine Möglichkeit, dass der Freistaat Bayern Schadenersatz leistet? Aus Vorausleistungen resultieren 1,5 Millionen Euro und weitere 750.000 Euro aus entgangenen Einnahmen. Vorhin hat es geheißen: Zwei, drei Monate – ich weiß nicht, wie lange – soll noch geprüft werden. Das Gleiche fällt also noch einmal an. Wer soll das bezahlen? Ich kann doch nicht heimgehen und meinen Familien sagen: Packt eure Weihnachtsgeschenke wieder ein, verkauft sie, setzt sie auf eBay; es ist Schluss. Vielleicht können Sie positive Signale geben.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium):** Herr Kollege Scheuenstuhl, es geht nicht um Weihnachtsgeschenke, sondern es geht um eine

(Zuruf von der SPD: Konkrete Frage!)

bestmögliche Planungssicherheit und um einen bestmöglichen Ausgleich.

(Zurufe von der SPD)

- Wollen Sie es hören oder nicht? Ich habe Sie auch ausreden lassen.

(Zuruf von der SPD: Es ist alles geklärt!)

Es geht nicht um Weihnachtsgeschenke, sondern es geht um eine bestmögliche Planungssicherheit; es geht um eine bestmögliche, ausgewogene Regelung, um, wie ich gesagt habe, sowohl die Belange der Bürger, der Bevölkerung als auch den Schutz der Landschaft

(Zuruf von der SPD: Die Frage war eine andere!)

zusammenzubringen. Ob Ihnen dies passt oder nicht – dies ist unsere Auffassung und unsere Überzeugung. Deshalb hat die Staatsregierung auch beschlossen, dass wir die Entscheidung der neuen Bundesregierung im Januar abwarten, was die Länderöffnungsklausel anbelangt, dass wir aber sicherstellen, dass Belange des Vertrauensschutzes,

wenn sie geprüft worden sind, auch berücksichtigt werden. Das ist nicht die Frage, sondern das ist die Grundlage. Dies können Sie auch Ihren Leuten vor Ort sagen.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Jetzt hat als Nächster Herr Kollege Hartmann das Wort.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatssekretär, könnte man einmal die entscheidende Frage beantworten, und könnte auch der Ministerpräsident einmal kurz zuhören: Wer ist in der Staatsregierung

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

für das Thema Energiewende eigentlich zuständig? Wer ist für das Thema Abstandsflächen zuständig? Wer ist für das Thema Windkraft zuständig? Wir haben schon vor zwei Monaten gehört, dass dies in einem Ministerium gebündelt wird. Wir sehen hier aber, dass Sie als Staatssekretär auftreten. Wer ist denn faktisch für das Thema Abstandsflächen zuständig? Wer ist für das Thema Windkraft in Bayern zuständig? Es wäre nett, wenn Sie heute beantworten könnten, bei welchem Ministerium die Verantwortung liegt.

Ich möchte noch auf einen Punkt eingehen, den mein Vorredner angesprochen hat. Wir reden über einen ganz konkreten Fall, der in den Gemeinden unstrittig ist und hinter dem die Landkreise stehen. Wir reden über einen solchen Fall. Warum wird dies nun hinausgezögert? Es gibt doch einen deutlichen Unterschied zu anderen Fällen, die Sie immer einbringen. Wir haben die Vermutung: Wenn die Bürgermeister aller möglichen Parteien dies gemeinsam mit Landräten und mit Energiegenossenschaften hinbekommen, ziehen Sie die Bremse und zerstören das. Diese Politik ist doch komplett verfehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

**Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium):** Herr Kollege Hartmann, die Antwort auf Ihre zweite Frage habe ich gerade gegeben.

(Zuruf von der SPD: Nein, das war keine Antwort!)

Zu Ihrer ersten Frage: Schauen Sie sich ihre eigenen Beschlüsse an, die Sie hier auch mitgetragen haben. Unser Haus ist zuständig für den Landesentwicklungsplan. Deshalb spreche ich als Vertreter dieses Hauses. Die Bündelung der Aufgabenbereiche zur

Energie ist eindeutig beim Wirtschaftsministerium angesiedelt. Damit ist Ihre Frage beantwortet.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Ich lasse über den Antrag, zu dem keine namentliche Abstimmung beantragt worden ist, nämlich den Antrag der CSU, als Ersten abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/277 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/262. Für die namentliche Abstimmung sind fünf Minuten vorgesehen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 09.48 bis 09.53 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt und zu gegebener Zeit dem Haus mitgeteilt.

Wir kommen nun zur nächsten namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/276. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 09.53 bis 09.56 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis außerhalb des Plenarsaals zu ermitteln. Es wird zu gegebener Zeit hier mitgeteilt.

Wir kommen jetzt zu den nächsten Dringlichkeitsanträgen. Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)**  
**Verkehrssicherheit beim Radfahren (Drs. 17/263)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)**

**Optimierte und integrierte Radverkehrsförderung und Verkehrsplanung für mehr Verkehrssicherheit beim Radfahren in Bayern (Drs. 17/278)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Eberhard Rotter von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Eberhard Rotter (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU-Fraktion begrüßt es sehr, dass das Radfahren für die tägliche Mobilität, aber auch für den Freizeitbereich ständig an Attraktivität gewinnt. Ich erinnere daran, dass es immer mehr Mode wird, zur Arbeitsstelle per Fahrrad zu pendeln, sofern die Entfernung angemessen ist. Der Fahrradtourismus erlebt einen Riesensboom, und zwar über die traditionellen ebenen Strecken wie zum Beispiel rund um den Bodensee, den Donauradwanderweg oder durch das Fränkische Seenland hinaus. Dank E-Bikes findet der Fahrradtourismus auch Zulauf in hügeligem und gebirgigem Gelände, gerade bei Seniorinnen und Senioren.

Deshalb muss uns natürlich die Sicherheit im Straßenverkehr besonderes Anliegen sein. Das war sie uns bereits in der vergangenen Legislaturperiode. Als einer, der schon länger diesem Hohen Hause angehört, weiß ich, dass die Lobbyarbeit des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs in den Neunzigerjahren und zu Beginn des ersten Jahrzehnts dieses Jahrtausends nicht so ausgeprägt war wie in den vergangenen Jahren. Wir haben das gerne aufgenommen. Ich erinnere an die beiden Radtouren, die dieser Verband bislang für Parlamentarier in München organisiert hat, um uns zu zeigen und erfahrbar zu machen, welche guten Lösungen es im innerstädtischen Verkehr für Radfahrer gibt, aber auch welche Probleme hier nach wie vor vorhanden sind.

Die Sicherheit im Straßenverkehr ist ganz eminent wichtig. Daher haben wir diesen Dringlichkeitsantrag zur Verkehrssicherheit beim Radfahren eingebracht. Wir wollen damit die Staatsregierung auffordern, im Rahmen vorhandener Mittel weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrer in die Wege zu leiten. Dazu gehört insbesondere die Fortführung des Radwegebaus. Hier ist in den vergangenen Jahren einiges geschehen. Es gab ein Bundesprogramm für Radwege entlang von Bundesstraßen. Wir haben für Radwege entlang von Staatsstraßen jeweils Mittel zur Verfügung gestellt. Da gibt es durchaus noch Luft nach oben.

Da die Mittel nicht ausreichen, haben wir die kommunale Sonderbaulast auch für den Radwegebau geöffnet. Ich bedanke mich insbesondere bei Georg Winter, der sich damals als Vorsitzender des Haushaltsausschusses sehr dafür eingesetzt hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab eine Förderung von bis zu 80 %. Die Bürgermeister nahmen das gerne in Anspruch. Aber wir dürfen natürlich nicht allein auf diese kommunale Sonderbaulast verweisen, sondern müssen entsprechende Mittel für die Staatsstraßen zur Verfügung stellen.

Uns geht es darum, die Information der Kommunen über die Möglichkeiten der Radverkehrsführung und deren Planung, insbesondere auch zur Markierung von Schutzstreifen für den Radverkehr und von Radfahrstreifen, zu verbessern. Der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen, die sich unter der Schirmherrschaft unseres Innen- und Verkehrsministers Joachim Herrmann vor knapp zwei Jahren gegründet hat, gehören mittlerweile schon 34 Kommunen an. Es geht um die Optimierung der Wegweisung für den Fahrradverkehr. Auf manchen Strecken gibt es bereits über Gebühr Schilder. Eine gewisse Vereinheitlichung und vielleicht eine etwas deutlichere Lesbarkeit dieser Schilder wäre durchaus im Sinne der Radfahrerinnen und Radfahrer.

Wir müssen den Radverkehr überwachen, auch wenn wir selbstverständlich der Eigenverantwortung Vorrang geben; denn Unfälle geschehen auch dadurch, dass manche Radfahrer wenig Rücksicht auf Fußgänger nehmen, oder weil sie manchmal vergessen, dass sie im Vergleich zu Autos oder Lkws die deutlich schwächeren Verkehrsteilnehmer sind. Schließlich geht es uns darum, dass wir möglichst viele Menschen über die Chancen und Risiken der Fahrradbenutzung informieren. Die Öffentlichkeitsarbeit muss von der Fahrradbeleuchtung über die sichtbare Bekleidung bis hin zur Wirkung von Schutzhelmen reichen. Hier sind die Behörden genauso gefordert wie die Radfahrer selbst.

Die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen hat sich vier Ziele gesetzt, denen ich mich für meine Fraktion in vollem Umfang anschließen kann. Hier geht es um mehr Infrastruktur: Den Radfahrern soll im öffentlichen Verkehrsraum der nötige Schutz eingeräumt werden. Dies gilt für Fahrbahnen, Radwege sowie Busse und Bahnen. Auch an Abstellflächen mangelt es. Wir wollen mehr Radkultur erleben. Das bedeutet, dass das Fahrrad ein positiver und gern gesehener Teil der Stadtkultur und des Verkehrs ist. Nicht nur die, die sich kein Auto leisten können, sollen Fahrrad fahren, sondern man soll das Fahrrad bewusst als eines der unterschiedlichen Verkehrsmittel, die uns zur Verfügung stehen, nutzen. Wir wollen

nicht nur mehr Verkehrssicherheit - das habe ich bereits erwähnt -, sondern wir wollen auch mehr Umweltschutz. Daher ist es nur positiv, wenn der Anteil des Rad- und Fußverkehrs insgesamt am Modal Split erhöht wird. Ich füge ein fünftes Ziel hinzu: Wir wollen auch mehr Gesundheitsförderung durch Bewegung an der frischen Luft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weil das schon im Laufe der vergangenen Legislaturperiode fraktionsübergreifend erkannt worden ist, ist eine Anhörung zum Thema Radverkehr in Bayern beabsichtigt. Diese konnten wir gegen Ende der vergangenen Legislaturperiode nicht mehr durchführen, aber sie wird, wie damals zugesagt, im Laufe des Jahres 2014 stattfinden. Ich hoffe auf eine rege Beteiligung und darauf, dass die unterschiedlichen Aspekte, die als positive Wirkung mehr Radverkehr in Bayern entfalten können, eingebracht werden. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herzlichen Dank. Ich bitte Herrn Kollegen Bernhard Roos ans Rednerpult.

**Eberhard Rotter (CSU):** Ich möchte noch kurz etwas zum Antrag der SPD sagen.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Sie waren aber schon fertig. Wollen Sie noch etwas hinzufügen?

**Eberhard Rotter (CSU):** Nur kurz; dann muss ich mich nicht noch einmal melden, Frau Präsidentin.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Das geht eigentlich nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Es geht in Ordnung, wenn Sie zur SPD sprechen wollen!)

- Genau, es geht in Ordnung, wenn Sie zum SPD-Antrag sprechen wollen. Wir wollen ja heute nicht streiten.

**Eberhard Rotter (CSU):** Ich bedanke mich für diese Großzügigkeit. Ich möchte zum Antrag der SPD nur bemerken, dass er inhaltlich im Wesentlichen in die gleiche Richtung geht. Dennoch müssen wir ihn ablehnen, weil Sie Vorfestlegungen für den nächsten Haushalt treffen. Sie wissen ja – dieses Thema gibt es immer wieder –, dass wir diese nicht treffen. Aus diesem Grunde werden wir den Antrag ablehnen.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Bitte, Herr Kollege Roos.

**Bernhard Roos (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Werte, liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Immer wieder erlebt man Enttäuschungen, Herr Kollege Rotter. Denn unser Antrag beinhaltet zwar dasselbe wie der der CSU, aber dennoch wird er abgelehnt. Ich schicke voraus, dass wir, die SPD-Fraktion, dem Antrag der CSU zustimmen. Wir sind nicht beleidigt und ziehen uns nicht ins Schneckenhaus zurück, sondern wir stimmen zu. Wir hoffen, dass ein gewisses Umdenken stattfindet, man die Qualität unseres Antrags erkennt, die zusätzlichen Aufforderungen und Appelle, die sich an die Bayerische Staatsregierung richten, als autonomes Parlament ernst nimmt und dass die Parlamentarier die Latte etwas höher legen, als dies in der Fraktion üblich ist. Herr Kollege Rotter, das wäre mir sehr wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenngleich sowohl das Wetter als auch und vor allem die Jahreszeit eher ans Skifahren denken lassen, sehe ich durchaus Anlass, über das Radfahren in der nächsten Saison zu reden und generell darüber, wie die Verkehrssicherheit erhöht werden kann. Man muss schließlich die Regelungen rechtzeitig vorbereiten.

Unser Zungenschlag ist etwas anders. Während die CSU immer "im Rahmen vorhandener Mittel" handeln will, wollen wir durchaus mehr tun und Radverkehrsförderung optimiert und integriert betreiben, und nicht nur in den Punkten, die Sie genannt haben.

Ich komme zur Intensivierung des Radwegebaus. Unser Staatsstraßenprogramm ist absolut unterfinanziert. Wir haben keinen eigenen Haushaltstitel für Radwege entlang von Staatsstraßen, obwohl alle Welt inklusive der Kommunalpolitiker vor Ort diesen fordern. Das schreit nach Änderung und Verbesserung. Vor allem muss der Lückenschluss zwischen einzelnen Radwegen optimiert werden, um ein Radwegesystem an Staatsstraßen zu schaffen. Im Bund gibt es Überlegungen, die auch im Koalitionsvertrag niedergeschrieben wurden, entlang der Bundeswasserstraßen ein Programm aufzulegen. Der Appell hierzu an den Freistaat lautet, dies deutlich zu begleiten.

Mit Blick auf die Kommunen haben Sie zwar auf die Förderquoten verwiesen. Planungen oder Beratungen für die Kommunen, mit einem integrierten Vorgehen dafür zu sorgen, dass ein optimaler Mix der einzelnen Verkehrsträger geschaffen wird – Sie haben das "Modal Split" genannt –, sind durchaus noch ausbaufähig; gesundheitsfördernde, umweltfreundliche Nebenwirkungen inklusive. Als weitere Ziele nenne ich die Stichworte Schnittstellenoptimierung, zukunftsweisende Projekte, Schienenpersonennahverkehr, öffentlicher Personennahverkehr, Carsharing. Im Landtag haben wir schon öfter Anträge behandelt, die darauf

zielten, die Mitnahme von Fahrrädern im Bahnverkehr zu optimieren.

Wichtig ist außerdem die Aufklärungsarbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dabei gibt es Gott sei Dank viele Akteure: Den Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club, die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen in Bayern – diese haben Sie schon genannt –, den Verkehrsclub Deutschland, die Verkehrswacht, den ADAC, den Auto Club Europa und den BUND. Ich würde das Augenmerk darauf richten, dass die Ehrenamtlichkeit in diesen Verbänden durch den Freistaat belohnt wird. Die Mittel für Aufklärungskampagnen, die auf ein faires und soziales Miteinander von Fahrradfahrern und stärkeren Verkehrspartnern wie Lastkraftwagen und Bussen zielen, müssen deutlich erhöht werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich schließe mich der Ansicht an, dass die Radfahrer selbst in der Verantwortung stehen, sie sich dessen bewusst sein müssen, dass sie keine Knautschzone haben und demgemäß ihr Verhalten durchaus infrage stellen sollten. Als Fußgänger, der ich meistens bin, bin ich immer wieder völlig überrascht, mit welchem Tempo Fahrradfahrer unterwegs sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen muss man moderne Wege gehen und differenzierte Fahrspuren schaffen. Manche bewegen sich sehr schnell, sei es auf E-Bikes oder auf normalen Rädern. Sie können etwa 40 bis 50 Stundenkilometer schnell fahren. Für den Bau von Fahrradspuren für diese Fahrer gibt es kein Programm; dabei müssen die Kommunen unterstützt werden.

Sie haben gesagt, ein Restposten aus der letzten Legislaturperiode verbleibe. Mich freut, dass Sie ihn erwähnt haben, obwohl SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Durchführung einer Anhörung zu einer zeitgemäßen Radverkehrsführung im Straßenraum in Bayern beantragt haben. Sie haben von einer Anhörung im Laufe des Jahres 2014 gesprochen. Mein Wunsch, und zwar nicht nur mein Weihnachtswunsch, lautet hierzu, dass die Anhörung möglichst frühzeitig stattfindet.

(Zuruf: Vor der Sommerpause!)

- Vor der Sommerpause eine Anhörung durchzuführen, klingt schon deutlich positiver. Vielleicht können Sie sich doch noch einen Stoß geben und unserem Antrag zustimmen. Im Sinne der Radfahrer, eines fairen Miteinanders im Straßenverkehr und im Sinne der generellen Erhöhung der Verkehrssicherheit fordere ich dazu auf. Sinn und Zweck unserer Bemühungen ist, dass es weniger Unfälle, vor allem weniger tödliche Verkehrsunfälle gibt.

(Beifall bei der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Bevor ich den nächsten Redner zum Rednerpult bitte, habe ich Folgendes mitzuteilen:

Zunächst ist in der derzeit laufenden Diskussion eine namentliche Abstimmung über den Antrag der SPD auf Drucksache 17/278 beantragt. Dafür wird jetzt eine Wartezeit von 15 Minuten eingeräumt.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Windenergie in Bayern ermöglichen – Regionale Planungsverbände unterstützen" – Drucksache 17/262 – bekannt: Mit Ja haben 76, mit Nein 82 Abgeordnete gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Nun gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Scheuenstuhl, Kohnen und Fraktion (SPD) betreffend "Windkraft entfesseln" – Drucksache 17/276 – bekannt: Mit Ja haben 73, mit Nein 81 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Das Wort hat Kollege Glauber.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CSU, begründet durch den Kollegen Rotter, zielt ein Stück weit auf den Antrag ab, den wir am 25. April dieses Jahres, also in der letzten Legislaturperiode, gestellt haben. Denn hier wird gesagt: Wir würden gern eine Anhörung im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss zum Radwegenetz, Radwegebau und Radfahren in Bayern – für das Radland Bayern – durchführen.

Der Ausschussvorsitzende, Kollege Huber, ist momentan nicht da. Aber ich sage jetzt, es wäre schön, wenn wir dieses schon ein Jahr alte Thema in einer Anhörung des Ausschusses vor der Sommerpause behandeln könnten. Ich glaube, auch Ihr Antrag geht in diese Richtung.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass Sie eine Fortführung des Radwegebaus über das Programm zum nachträglichen Bau und Ausbau von Radwegen an Staatsstraßen wünschen. Mit diesem Programm ent-

ziehen wir uns als Freistaat natürlich ein Stück weit unserer Aufgabe. Für Radwege an Staatsstraßen sind originär wir als Freistaat zuständig. Über Ihr Programm, das Sie hier mit dem Ziel eines nachträglichen Baus und Ausbaus vortragen, wollen Sie natürlich die Kommunen in die Mitfinanzierung nehmen. Aber wie sieht es vor Ort aus? Der Innenminister lobt ja bei Radwegeeinweihungen immer wieder, wie kraftvoll wir mit dem Programm vorankommen. Leider ist aber in dem Topf noch sehr viel Geld übrig.

Wir haben das Problem, dass wir hier zwischen guten und schlechten, zwischen reichen und armen Kommunen zu unterscheiden haben. Ich meine damit den Unterschied zwischen finanziell gut gestellten und finanziell ärmeren Kommunen. Diese Diskrepanz wird noch dadurch verstärkt, dass die 25 bis 30 % Kofinanzierung von vielen Kommunen gar nicht leistbar sind. Wir würden auf diese Weise in Bayern ein Ungleichgewicht schaffen. Es handelt sich hier um eine Staatsaufgabe. Die Kollegen der SPD haben das in ihrem Antrag auch zu formulieren versucht. Dieser Aufgabe sollten wir uns nicht entziehen. Wir dürfen nicht ein Ungleichgewicht unter den Gemeinden schaffen. In der Anhörung werden wir entsprechende Fragen stellen, und man wird auch passende Antworten finden.

Wir finden es bemerkenswert, Herr Kollege Rotter, dass Sie Ihren Innenminister und sein Ministerium aufgefordert haben, auf diesem Gebiet zu arbeiten. Es ist natürlich schön, wenn Sie sagen: Es muss kraftvoll gearbeitet werden. Wir unterstützen Sie da immer, wenn Sie Ihrem Minister sagen: Tun Sie etwas, damit im Radwegebau und im Radwegenetz etwas passiert. So etwas unterstützen wir also in jedem Fall.

Wir haben in unserem Antrag schon im April darauf hingewiesen, dass wir in der Anhörung gern die Verbände zu Wort kommen ließen; denn auf diesem Gebiet wird sehr viel ehrenamtliche Verbandsarbeit geleistet. Letztendlich stehen uns die Verbände beratend zur Seite, wenn wir das Radwegenetz und den Radwegebau voranbringen.

Der Innenminister hat vor der Landtagswahl in seinem Wahlkreis in Erlangen auf einem Wahlplakat gesagt, er wünsche eine schöne Sommerzeit. Darauf ist er mit einem Radhelm und einem Rad in der Hand abgebildet. Dass er uns allen eine gute Sommerzeit gewünscht hat, freut mich. Er wird uns als Radwegeminister auch im Ausschuss Rede und Antwort stehen, und zwar mit seinem Fahrradhelm und dem Rad unter dem Arm. Ich glaube, einem Innenminister steht es gut an, wenn er nicht nur zwei Dienstwagen mit Blaulicht, sondern vielleicht auch ein Dienstfahrrad mit

Blaulicht benutzt. Das wäre doch ein PR-Gag für die neue Wahlperiode.

Wir werden natürlich beiden Anträgen zustimmen und freuen uns auf die Ausführungen des Ministers im Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Jetzt bitte ich den Kollegen Ganserer ans Rednerpult.

**Markus Ganserer (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle kennen die Situation: Weihnachten steht vor der Tür. Man sucht händerringend nach einem passenden Weihnachtsgeschenk, nach einem, mit dem man gut ankommt und das der Beschenkte nicht schon hat. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem hier vorliegenden Dringlichkeitsantrag der CSU. Sie fordern darin mehr Sicherheit im Radverkehr. Das ist ein Thema, mit dem Sie bei uns GRÜNEN eigentlich gut ankommen.

Aber machen wir doch einmal das Packerl auf und schauen uns den Inhalt genauer an. Sie fordern die Fortführung des Radwegebaus. Herr Kollege Rotter, Sie haben zwar gesagt, bei den Finanzmitteln gebe es noch deutlich mehr Luft, aber unser Antrag auf zusätzliche zwei Millionen Euro wurde von Ihnen fast auf den Tag genau vor einem Jahr abgelehnt.

Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur brauchen wir auch dringend mehr Abstellplätze. Hochwertige Fahrräder sind in der Regel auch sicherer, werden aber aufgrund des Mangels an sicheren Abstellplätzen meistens nicht genutzt. Daher brauchen wir die Wiederauflage des Schnittstellenprogramms, um die dringend notwendigen sicheren Abstellmöglichkeiten an Bahnhöfen zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Information von Kommunen ist natürlich wichtig. Die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen führt dazu super Tagungen durch und leistet gute Arbeit. Da wären zusätzliche Finanzmittel gut angelegt. Aber dazu gibt es leider keine Aussage.

Die Markierung von Schutzstreifen und Radfahrstreifen wird leider von den Straßenverkehrsbehörden in der Praxis meist abgelehnt.

Zu den guten Radverkehrswegweisungen gehören natürlich gute Beschilderungen. Diese haben in Bayern leider keinen amtlichen Status. Wir halten den Status der Beschilderung nach der Straßenverkehrsordnung für dringend geboten, wie er in Nordrhein-

Westfalen bereits praktiziert wird. Aber auch dazu gibt es keine Aussagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie schon Überwachung fordern, erwähnen Sie doch bitte ebenfalls die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, die die meisten Unfälle durch überhöhte Geschwindigkeit und das Zuparken von Geh- und Radwegen verursachen.

Hinsichtlich des letzten Punktes, der Helmpflicht, verweise ich auf die Aussage von Herrn Staatsminister auf die Anfrage meines Kollegen Mütze. Ich zitiere aus der Antwort auf die Anfrage: Im Hinblick auf die befürchteten Nachteile für die Akzeptanz der Fahrradnutzung und die Grenzen bei der Durchsetzbarkeit eines entsprechenden Gebots wird aus bayerischer Sicht momentan eine Helmpflicht für nicht vertretbar gehalten. Vielmehr soll im Rahmen der präventiven Sicherheitsarbeit und durch verstärkte Aufklärung die freiwillige Bereitschaft zum Helmtragen gefördert werden. Das sehen wir auch so. Die Aussage ist jedoch bereits zwei Jahre alt. In Ihrem fünften Punkt bringen Sie inhaltlich nichts Neues.

Nach den Feiertagen gibt es bei uns in Nürnberg den "Markt der langen Gesichter". Dort kann man die unnützen, unbrauchbaren oder ungeliebten Weihnachtsgeschenke tauschen. Damit es bei den Radfahrerinnen und Radfahrern in Bayern keine langen Gesichter gibt, brauchen wir im neuen Jahr im Rahmen der anstehenden Haushaltsverhandlungen dringend mehr Mittel für die Förderung des Radverkehrs. Ich würde Ihren Antrag gerne eintauschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da Sie substantiell nichts Neues bringen, die Intention aber gut ist, werden wir uns bei Ihrem Antrag der Stimme enthalten. Zum Antrag der SPD, dem wir zustimmen werden, möchte ich zu bedenken geben, dass es uns nicht darum geht, ob die Anhörung im Februar oder im Mai stattfindet. Wichtig ist, dass diese Anhörung ernst genommen wird und die Empfehlungen der Expertinnen und Experten in die Entscheidungen im Hohen Hause einfließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich darf Herrn Staatsminister Herrmann ans Rednerpult bitten.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde des Radverkehrs in Bayern! Die Förderung des Radverkehrs liegt mir und der gesamten Staatsregierung sehr am Herzen. Das ist von

einer Reihe von Kollegen bereits angesprochen worden. Das Fahrrad ist zweifellos ein Verkehrsmittel für die Zukunft. Das Fahrrad ermöglicht nahe Mobilität, ist kostengünstig und gesund. Das Fahrrad entlastet die Straßen und die Umwelt. Das Fahrrad mindert den Parkdruck in den Innenstädten. Der Flächenbedarf für den Verkehr wird dadurch verringert. Deshalb ermuntern wir alle Bürgerinnen und Bürger, wo immer es geht, auf das Fahrrad umzusteigen.

Heute ist aufgegriffen worden, dass es wichtig ist, sich um die Sicherheit des Radverkehrs in unserem Land zu kümmern. Wenn sich die Menschen für das Verkehrsmittel Fahrrad entscheiden, wollen wir nicht, dass einige – im wahrsten Sinne des Wortes – unter die Räder kommen. Ein Fahrrad verfügt, anders als ein Pkw oder Lkw, weder über eine Knautschzone noch über eine Blechkarosserie. Deshalb sind die Risiken für den Radfahrer im Verkehrstrubel deutlich größer.

Das von mir in diesem Jahr vorgestellte Bayerische Verkehrssicherheitsprogramm 2020 widmet der Sicherheit des Radverkehrs deshalb besondere Aufmerksamkeit. Etwa zwei Drittel aller Verkehrsunfälle mit Radfahrern ereignen sich an Knotenpunkten wie Kreuzungen. Radfahrer werden dort vielfach von den Autofahrern, die abbiegen wollen, übersehen. Zudem bedeuten Straßenquerungen immer ein erhöhtes Risiko. Dort, wo wir derartige Gefahrenpunkte für unsere Radfahrer erkennen, sind unsere Behörden gefordert – die Straßenverkehrsbehörden, die Straßenbaubehörden und die Polizei. Sie müssen gemeinsam und systematisch tätig werden.

Wenn man die Zahlen von Januar bis Oktober des letzten Jahres mit der Zwischenbilanz für das laufende Jahr 2013 vergleicht, sieht man, dass die Fahrradunfälle um 5,2 % abgenommen haben. Die Zahl der getöteten Radfahrer ist sogar um 17 % zurückgegangen. Trotzdem hat es in diesem Jahr wieder 56 getötete Radfahrer in Bayern gegeben. Das sind nach wie vor viel zu viele. Deshalb muss das Thema Sicherheit im Radverkehr weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Der Ausbau von eigenständigen Radwegen macht den Radverkehr attraktiver und sorgt für mehr Sicherheit. Der Ausbau eigenständiger Radwege sollte sowohl innerorts als auch außerorts erfolgen. Insbesondere außerorts, wo der motorisierte Verkehr mit höherer Geschwindigkeit von 80 km/h unterwegs ist, ist es wichtig, dass der Radfahrer seinen eigenen, sicheren Radweg nutzen kann.

Von den bayerischen Bundesstraßen mit einer Länge von 6.500 km sind 3.650 km mit Radwegen versehen

worden. Neben den Staatsstraßen mit einer Länge von 14.000 km befinden sich auf 4.300 km Wege für Radverkehr. Das bedeutet, wir sind in den letzten Jahren schon deutlich vorangekommen. In den letzten fünf Jahren sind so viele neue Radwege wie nie zuvor gebaut worden. Das ist richtig und wichtig.

Wir sind noch lange nicht am Ziel angekommen. Zweifellos müssen wir in den nächsten Jahren noch mehr investieren. Ich sage klipp und klar: Ich werde mich darum bemühen, dass wir im nächsten Jahr einen noch höheren Teil der Straßenbaumittel für die Radwege verwenden. Sicherlich müssen wir schauen, wie die Möglichkeiten dafür im Nachtragshaushalt aussehen.

Neben dem Ausbau der Radwege entlang von Bundes- und Staatsstraßen muss gleichzeitig die Förderung des Radwegebaus der Kommunen intensiv fortgeführt werden. Bislang konnten alle Förderanträge der Kommunen bedient werden. Wir wollen jedoch noch mehr Kommunen ermuntern. Ich freue mich, dass inzwischen immer mehr Bürgermeister erkannt haben, dass das Thema nicht nur sachlich wichtig ist, sondern auch bei den Bürgern ankommt. Immer mehr Menschen interessieren sich für dieses Thema. Die Nachfrage ist gestiegen. In ganz Deutschland gibt es einen Boom in Sachen Radverkehr. Das gilt auch für das E-Bike und das Pedelec. Die Fahrradindustrie meldet einen erstaunlichen Umsatzwachstum. Die Nachfrage der Kunden ist da. Der Nachfrage müssen wir nun mit unseren Verkehrswegen gerecht werden.

Mein Ziel ist, die Mittel für den Radwegebau in den nächsten Jahren zu erhöhen. Dabei werden wir die Kommunen bestmöglich unterstützen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine letzte Bemerkung: Zu den Vorteilen der Zusammenfassung des gesamten Verkehrs in einem Ressort gehört, dass ich mich in den nächsten Jahren noch stärker um die Vernetzung des Radverkehrs beispielsweise mit dem ÖPNV kümmern kann. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Dabei geht es um die Abstellmöglichkeiten sowie die Mitnahme des Fahrrads in der S-Bahn und in den Nahverkehrszügen. Zusammen mit der Bahn müssen wir Fortschritte erzielen.

In den nächsten Jahren will ich einen bayerischen Radverkehrsplan erarbeiten. Das vom Landtag beschlossene Hearing für das nächste Jahr zum Thema Radverkehr ist dafür eine ganz wichtige Grundlage. Das unterstütze ich ausdrücklich. Seitens des Bayerischen Innen- und Verkehrsministeriums werden wir dieses Hearing bestmöglich begleiten und unterstützen. Wir wollen, dass daraus gute Impulse für die weitere Radverkehrspolitik in Bayern hervorgehen. Unser Ziel ist, dass Bayern auch künftig das Fahrradland

Nummer 1 in Deutschland ist. Ich freue mich auf Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung in einfacher Form. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/263 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir treten nun in die namentliche Abstimmung ein. Abgestimmt wird über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/278. Ihnen stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 10.29 bis 10.34 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt.

Wir treten jetzt in die Beratung des nächsten Dringlichkeitsantrags ein:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)**  
**Kältetod verhindern - Schnelle Hilfe für Wohnungslose (Drs. 17/264)**

Ich darf gleich ankündigen, dass die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Damit beginnen die 15 Minuten wieder zu laufen.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas mehr Ruhe. – Erste Rednerin ist Frau Kollegin Weikert. Ich bitte sie ans Rednerpult.

**Angelika Weikert (SPD):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! –

(Unruhe)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Entschuldigung, Frau Weikert. – Ich bitte die, die sich unterhalten möchten, nach draußen zu gehen, damit wir hier ordnungsgemäß arbeiten können. Viele wollen heute noch nach Hause fahren. Wenn wir alles hören, dann geht alles viel besser.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Angelika Weikert (SPD):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Vielen Dank für diesen Appell, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag "Kältetod verhindern – Schnelle Hilfe für Wohnungslose" wollen wir uns, bevor wir in die Winterpause gehen – "Weihnachtspause" möchte ich nicht sagen, weil das eigentlich kein Weihnachtsthema ist –, einem ganz ernsthaften Thema widmen und einen Appell bzw. eine klare Aufforderung an die Staatsregierung richten: Die Staatsregierung soll die Kommunen mit dem Problem der Obdachlosigkeit im bevorstehenden Winter nicht alleine lassen.

(Beifall bei der SPD)

Vorab eine kleine Problemanalyse. Sie basiert aber nur auf Schätzungen; denn wir alle wissen, Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit lassen sich nicht klar beziffern. Vielfach bemerken wir sie erst, wenn wir durch die Straßen der Großstädte gehen, durch Bahnunterführungen in der Nähe von Bahnhöfen usw. Man geht davon aus, dass es in Bayern 20.000 bis 25.000 wohnungslose Personen gibt. Das sind Hochrechnungen. Zum Teil ist die Quelle auch der Sozialbericht des Staatsministeriums. Es gibt genauere Zahlen aus den Ballungsräumen Nürnberg und München. Es gibt weniger bzw. unkonkrete Zahlen aus den Landkreisen und kleineren Gemeinden.

Der Anteil ist in Bayern im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung relativ hoch. Meine Problemanalyse aufgrund von Recherchen in den letzten Tagen für München und Nürnberg – für diese Ballungsräume liegt das meiste Material vor – zeigt: Bereits seit dem Sommer sind in Nürnberg alle Notunterkünfte voll ausgelastet. Wir haben im Vergleich zum Vorjahr in diesem Jahr einen fast doppelt so hohen Zuwachs von Personen, die eine Unterkunft suchen. In München ist die Situation ähnlich; die Zahlen sind bekannt. In Nürnberg wird alles Mögliche unternommen. Container werden aufgestellt, brachliegende Gaststätten werden kurzfristig bezogen, um Wohnungslosen über Nacht ein Bett zu bieten.

Frau Sozialministerin Müller, die Gemeinden, Städte und Landkreise müssen parallel dazu dezentrale Unterkünfte für Asylbewerber suchen. Ihr Ministerium hat sie dazu aufgefordert. Das ist nicht so einfach. Der Immobilienmarkt ist sehr angespannt. Viele Bedarfe strömen auf den Immobilienmarkt.

Ein großer Teil der höheren Inanspruchnahme von Obdachlosenunterkünften ist auf eine Armutswanderung aus Osteuropa zurückzuführen. Ich spreche alle Fraktionen im Bayerischen Landtag an: Wir stehen zu einem freizügigen Europa und zur Mobilität in Europa.

Das bringt eben auch Armutswanderung mit sich; denn die Lebensverhältnisse in Europa sind bei Weitem nicht gleichwertig. Die Schere zwischen Arm und Reich geht nicht nur in Deutschland und Bayern auseinander, sondern noch mehr in Europa.

Deshalb wird es Aufgabe einer verantwortlichen Politik sein, sich darum zu kümmern, dass die Situation in den europäischen Ländern, die Ausgangspunkte der Armutswanderung sind, verbessert wird, damit die Menschen nicht mehr gezwungen sind, sich auf den Weg zu machen. Es ist aber auch unsere Aufgabe, diejenigen, die hier ankommen, zumindest so zu versorgen, dass sie etwas zu essen und eine warme Unterkunft haben.

Kolleginnen und Kollegen, Frau Müller, Sie wissen, dass die Armutswanderung aus Rumänien, Bulgarien, zum Teil auch aus Polen viele alleinstehende Männer betrifft, die oft Opfer – ich nenne sie bewusst so – organisierter Schwarzarbeit werden. Der Ausbau von Beratung, Betreuung und Information über Arbeitsverhältnisse in Deutschland ist da besonders wichtig. Sonst werden diese Menschen dem weiten Feld der organisierten Schwarzarbeit überlassen.

(Beifall bei der SPD)

In Nürnberg und München – ich beziehe mich zunächst auf diese beiden Städte, ich weiß, das gibt es auch in anderen Städten, ich will niemanden bevorzugen – gibt es seit vielen Jahren gute Präventionskonzepte gegen Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit. Bei der Stadt Nürnberg sind die Wohnungsfragen bei Obdachlosigkeit im Sozialamt angesiedelt. Es gibt Stellen, die versuchen, Wohnungslosigkeit überhaupt zu vermeiden. Das Sozialamt übernimmt direkt die Miete. Die Menschen sind in ständiger Betreuung. Ähnliches gibt es in München. Dort wird schon sehr viel Präventionsarbeit geleistet. Letztlich besteht aber immer noch Handlungsbedarf.

Was macht der Freistaat Bayern mit diesem Problem? Wir schauen uns immer wieder gern auch in anderen Bundesländern um. In Baden-Württemberg wurden von der Landesregierung bereits im Sommer Mittel für Wohnungslose in Höhe von 1,7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung in Baden-Württemberg fördert Einrichtungen für Wohnungslose mit 1,7 Millionen. Das Land Bayern hat dagegen in der Finanzplanung gerade einmal 430.000 Euro ausgewiesen. Anträge auf Erhöhung dieser Mittel, die von den Oppositionsparteien bei den Haushaltsberatungen gestellt wurden, wurden rundweg abgelehnt. Das Land Baden-Württemberg ist um ein Wesentliches kleiner als Bayern. Deshalb wäre es an der Zeit, dass auch vonseiten des Landes

Bayern die staatlichen Mittel für Wohnungslose erhöht werden.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Antrag geht es uns in allererster Linie darum, dass die Kommunen mit dieser Problematik in den nächsten drei bis vier Monaten nicht allein gelassen werden. Ich betone das noch einmal.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Sofortmaßnahmen, Frau Müller. Ihre Aufgabe als Sozialministerin wäre es, vor Weihnachten die Sozialreferenten der Städte und die Beauftragten der Landkreise zusammenzurufen, um in einem gemeinsamen Gespräch zu erkunden, was die Städte und die Landkreise brauchen. Es gibt Maßnahmen der Soforthilfe, die gar nicht den Bau neuer Unterkünfte erfordern. Vorübergehend könnten auch einmal Immobilien des Freistaates Bayern geöffnet werden. Als Skandal empfinde ich es, dass Menschen, die keine Unterkunft haben, von den Bahnhöfen vertrieben werden. Auch das könnte vonseiten des Sozialministeriums deutlich gemacht werden. Die Verantwortlichen für Immobilien im Freistaat Bayern sollten an ihre Verpflichtung gegenüber den Obdachlosen erinnert werden.

(Beifall bei der SPD)

Frau Müller, darüber hinaus brauchen wir ein langfristiges Konzept. Das, was zu diesem langfristigen Konzept gehört, finden wir im Koalitionsvertrag. Die Abstimmung darüber in der SPD wird morgen beendet sein. Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir ab nächstem Jahr Koalitionspartner in Berlin sind. In diesen Koalitionsvertrag sind einige Maßnahmen aufgenommen. Ich nenne nur die Mietpreisdeckelung, mehr Förderung im sozialen Wohnungsbau und dergleichen. Das muss sicherlich mit aufgenommen werden. Der Freistaat Bayern kann aber nicht nur nach Berlin und auf den Bund schauen, sondern er muss auch hier seiner Verantwortung gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Kurzum, Frau Müller, Kolleginnen und Kollegen, folgen Sie bitte unserem Appell und unserer Aufforderung, nicht in die Winterpause zu gehen und die Kommunen mit dieser Problematik allein zu lassen.

Daneben dürfen wir auch die Sozialverbände nicht allein lassen. Kollege Imhof, ich spreche Sie jetzt an, weil es mir vor ein paar Tagen der Caritasdirektor in Nürnberg gesagt hat. Die Zuspitzung der Situation wirkt sich nicht nur auf die Notunterkünfte aus, son-

dem auch auf die Wärmestuben, auf die Bahnhofsmission und auf unterschiedliche Einrichtungen, die in den Kommunen von den freien Trägern bereitgehalten werden, wie zum Beispiel Räume, in denen sich Menschen ein warmes Essen holen können, in denen sie duschen oder sich frische Kleidung besorgen können. Es geht nicht nur um Räume zum Schlafen, sondern um alles das, was man zum Leben braucht. Auch diese Einrichtungen sind so voll, dass man befürchtet, Menschen abweisen zu müssen, die dann keine Möglichkeit mehr haben, pro Tag wenigstens ein warmes Essen zu bekommen. Das kann sich das reiche Land Bayern nicht leisten. Deshalb bitte ich Sie: Kommen Sie Ihrer Verantwortung nach und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe zunächst einmal das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Roos, Karl und Fraktion (SPD) betreffend optimierte und integrierte Radverkehrsförderung und Verkehrsplanung für mehr Verkehrssicherheit beim Radfahren in Bayern auf Drucksache 17/278 bekannt. Mit Ja haben 74 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 85. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich sehe, dass der Kollege Lorenz schon am Rednerpult ist.

**Andreas Lorenz (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Wertes Präsidium, werte Kollegen! Ihr Antrag, Kollegen der SPD und Frau Kollegin Weikert, klingt zunächst ganz gut. Natürlich passt er auch zur bevorstehenden Weihnachtszeit und zu dem sich anbahnenden Winter. Allerdings stellt er die Lage ein bisschen verzerrt dar. Vor allem aber – das ist das Gravierendste – stellt er die Zuständigkeiten komplett auf den Kopf. Zuständig für die Behebung des Problems der Wohnungslosigkeit sind die Kommunen. Die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit ist eine originäre Aufgabe der Kommunen. Wenn Sie sagen, Kommunen wie Nürnberg oder München kämen ihrer Aufgabe nicht nach, erheben Sie einen Vorwurf gegenüber den jeweiligen Städten,

(Widerspruch bei der SPD – Angelika Weikert (SPD): Sie haben nicht zugehört!)

nämlich den Vorwurf, dass die Städte München und Nürnberg ihren Aufgaben nicht nachkommen. Das möchte ich zumindest für München aufs Schärfste zurückweisen. Ich mache den Städten diesen Vorwurf

nicht. Um Ihnen die Zusammenhänge zu erläutern, darf ich nur sagen, dass es für die Stadt München im Finanzausgleich für jeden Einwohner mehr Mittel gibt – ich nenne nur das Stichwort Einwohnerveredelung -, weil Großstädte und Ballungsräume spezielle Probleme haben und eine große Stadt auch zentralörtliche Funktionen wahrnimmt. Deshalb muss die Stadt mit den ihr zugewiesenen Mitteln für die Lösung ihrer besonderen Probleme sorgen.

Zufällig hatte ich ein Gespräch mit einer leitenden Angestellten der Landeshauptstadt München, in dem es maßgeblich um das Thema Wohnungslosigkeit ging. In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen ein paar Aussagen nennen, die in diesem Gespräch gemacht worden sind. Für die ansässigen Obdachlosen gibt es ausreichend Unterkünfte. Das war beispielsweise eine der zentralen Aussagen. Zu wenig Notunterkünfte sind nicht das Problem. Sie haben selbst das Stichwort Wohlstandsmigration genannt. Die Probleme liegen teilweise in den Personen der Obdachlosen selbst. Beispielsweise wollen Obdachlose gar nicht in Gemeinschaftsunterkünfte einziehen, weil sie nicht mit so vielen Leuten zusammenleben wollen. In den Gemeinschaftsunterkünften gelten auch gewisse Verhaltensregeln. Beispielsweise darf man keine Tiere mitnehmen. Das ist ein Grund, der viele davon abhält, in solche Unterkünfte zu gehen. Natürlich herrscht dort auch Alkoholverbot. Das Problem besteht nicht in mangelnden Notunterkünften, sondern darin, dass wir zu wenig sozialen Wohnraum haben, um den betreffenden Personenkreis dauerhaft in bezahlbarem Wohnraum unterzubringen. Es gibt zu wenig Sozialwohnungen. Auch insofern muss ich Ihren Vorwurf zurückweisen. Es ist die originäre Aufgabe der Städte, ausreichend Sozialwohnungen zu schaffen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Dazu brauchen wir aber Förderprogramme!)

Ich darf Ihr Maßnahmenprogramm ergänzen. Im vierten Spiegelstrich sprechen Sie von der Schaffung preiswerten Wohnraums. Hierzu gehört auch die Vermeidung von Leerständen. Exemplarisch möchte ich nur die städtischen Immobilien in der Pilotystraße und in der Kreuzstraße in München nennen. Wenn Sie und Ihre Stiftungsverwaltung jahrelang städtische Immobilien leer stehen lassen, tragen Sie selbst dazu bei, dass in München nicht ausreichend Wohnungen zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CSU)

Kurzum, der Freistaat Bayern stellt den Kommunen im bundesweiten Vergleich wirklich erhebliche Mittel zur Verfügung. Es gibt – das wird nachher der Minister auch noch ausführen – zu diesem konkreten Punkt

auch ausreichend Maßnahmen des Freistaats Bayern. Ich sehe das Problem aus meiner Erfahrung, wie gesagt, etwas anders. Wir haben in München grundsätzlich zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Es ist unter anderem Aufgabe der Kommunen, dafür zu sorgen, solche Probleme, wie Sie sie beschreiben, zu verringern. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. Nächste Rednerin ist Gabi Schmidt.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Bayern sind 430.000 Euro in den Haushalt eingestellt; ich habe das noch einmal nachgeschaut. Das macht, wenn wir jeder Gemeinde einen Zuschuss für die Unterbringung Obdachloser geben würden, im Jahr 220 Euro oder am Tag 62 Cent aus. Ich bitte Sie: Was ist das für eine Unterstützung der Gemeinden? Gar keine. Wenn wir nur die kreisfreien Städte und die Landkreise nehmen, sind es 13 Euro am Tag. Da möchte mir bitte einer sagen, wie die Stadt München, die Stadt Nürnberg oder die Stadt Würzburg mit 13 Euro am Tag ein Obdachlosenprogramm aufstellen soll. Das ist nicht möglich.

Der Armutsbericht der Bundesregierung spricht von bundesweit 330.000 Obdachlosen und Wohnungslosen. Es gibt keine Statistik und keine Erfassung, weil ein Wohnungsloser nicht mehr gemeldet ist und durch das soziale Netz fällt.

Jetzt machen wir uns Sorgen um eine Winterunterstützung. Jeder, den es nur einmal an den Händen gefroren hat, möge sich bitte vorstellen, wie es ist, am ganzen Körper zu frieren. Wir machen uns Gedanken, wenn wir kalte Füße haben. Aber diese Menschen frieren im Winter den ganzen Tag. Wir sind leider auch viel zu spät dran, über eine Winterunterbringung nachzudenken. Obdachlosigkeit bedeutet eine mangelnde medizinische Versorgung. Der Obdachlose ist Gewalt ausgesetzt und benimmt sich gewalttätig. Er rutscht in die Kriminalität und ist auch Diskriminierungen ausgesetzt. Es gibt kein schlüssiges Konzept, wie man das umgehen kann.

Vor allem die Obdachlosigkeit im Alter nimmt laut Armutsbericht immer mehr zu. Ich danke den vielen ehrenamtlichen Organisationen, die sich im Obdachlosen- und Wohnungslosenbereich einsetzen. Wie vorher schon gesagt wurde, können manche Unterkünfte nicht mehr Obdachlose aufnehmen. Da gibt es auch einen Brandschutz, und es gibt Höchstbelegungsgrenzen, die in Ordnungen festgeschrieben sind. Mehr geht nicht mehr.

Ich habe eine Initiative kennengelernt. Als Menschen aus Bahnhöfen vertrieben wurden, hat ihnen eine Bürgerinitiative Zugkarten gekauft, damit sie sich aufwärmen können. Das ist eine sehr gute Idee; aber es ist traurig, dass so etwas überhaupt nötig ist und die Menschen nicht in kommunalen Einrichtungen oder in geheizten Räumen der Bahn bleiben können.

Wir werden den Antrag unterstützen. Eines möchte ich noch zitieren. Es reicht nicht, wenn man Weihnachten feiert. Dem Antrag werden sicher alle zustimmen. Denn gestern hat Frau Stamm gesagt: Das Wichtigste in der Politik und an Weihnachten ist Schenken und Teilen. Ich bitte Sie, halten Sie sich daran, damit das nicht nur Lippenbekenntnisse sind. Es reicht nicht, wenn man in einem Sternstunden-Chor tiriliert. Da ist Handlungsbedarf angesagt. - Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. Ich darf nun den Kollegen Jürgen Mistol bitten.

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es voll in Ordnung, dass in der letzten Sitzung vor der Weihnachtspause mancher Antrag ein bisschen weihnachtlich daherkommt. Dass es sich aber bei der Unterstützung Hilfsbedürftiger um ein wichtiges Thema handelt, sehen wir schon daran, dass es auch im Neuen Testament sehr prominent platziert ist.

Herr Kollege Lorenz, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit bei den Kommunen liegt. Die SPD betont aber auch zu Recht, dass Bayern im Ländervergleich noch eine Schippe drauflegen könnte, weil das Land eine sehr niedrige Summe zur Verbesserung der Betreuung von Wohnungslosen aufbringt. Da ist auf jeden Fall ein deutliches Mehr an Unterstützung der Kommunen nötig.

Kolleginnen und Kollegen, wer glaubt, dass Wohnungslosigkeit nur Menschen am Rande der Gesellschaft betrifft, verschließt die Augen vor der Realität. Nicht nur die sogenannten gescheiterten Existenzen, also Menschen mit gebrochenen Lebensläufen, mit psychischen Problemen, mit Suchterkrankungen etc. landen auf der Straße. Als wohnungslos gelten beispielsweise auch Menschen, die in Notunterkünften oder in Frauenhäusern leben, und Menschen, die vorübergehend bei Freunden oder Verwandten unterkommen. Immer mehr Familien mit Kindern, Alleinerziehende, Studenten und Rentner, also Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft, sind von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen oder leben in unzumutbaren Wohnverhältnissen. Die Tendenz ist

steigend, und es gilt, hier gegenzusteuern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders verschärft wird das Problem der Wohnungslosigkeit durch die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt. Für immer mehr Menschen in Bayern wird es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Mietpreise sind in vielen bayerischen Städten in den vergangenen Jahren nahezu explodiert und steigen auch weiterhin ungebremst an. Auf dem Wohnungsmarkt hat dadurch ein Verdrängungsprozess bei billigem und kleinerem Wohnraum eingesetzt, der die ohnehin schlechten Chancen von Wohnungslosen, eine eigene bezahlbare Wohnung zu finden, weiter erschwert. Zudem nimmt die Zahl von Wohnungen mit Sozialbindung kontinuierlich ab, und dafür sind Sie verantwortlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt trägt außerdem dazu bei, dass der Druck auf die stationären Einrichtungen wächst. Sie können den steigenden Bedarf an Hilfsangeboten allmählich nicht mehr kompensieren. Gleichzeitig soll die Vermittlung in eine eigene Wohnung möglichst schnell erfolgen, was aber aufgrund der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt kaum möglich ist. Diese Realität wird mir bei Besuchen vor Ort immer wieder geschildert. Es ist ein Teufelskreis, der manche Betroffene letztendlich zurück auf die Straße bringt.

Damit sich in Bayern eine ausreichende Struktur zur Unterstützung, zur Hilfe aus der Wohnungslosigkeit und zur Prävention entwickeln kann, ist eine bessere Unterstützung von ehrenamtlichen und kommunalen Initiativen dringend erforderlich. Der Aufbau integrierter Fachstellen zur Prävention muss besondere Beachtung finden. Ziel muss schließlich ein flächendeckendes ambulantes, teilstationäres und stationäres Hilfsnetz für Menschen in besonderen Lagen sein, und die Angebote müssen auch niederschwellig sein. Vor allem aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss ein Kurswechsel in der Wohnungspolitik stattfinden. Nur durch die Förderung des sozialen Wohnungsbaus – Herr Kollege Lorenz, da ist der Freistaat Bayern zuständig – und des Genossenschaftsbaus sowie durch mehr Handlungsspielraum für Kommunen, was Umwandlung und Zweckentfremdung von Wohnraum betrifft, kann mittel- und langfristig Abhilfe geschaffen werden. Kolleginnen und Kollegen, Wohnungslosigkeit ist die sichtbarste Form sozialer Ausgrenzung. Deshalb geht Wohnungslosigkeit uns alle an. Nur wenn Wohnungs- und Sozialpolitik künftig Hand in

Hand gehen, kann Wohnungslosigkeit effektiv bekämpft werden. Das wiederum ist Voraussetzung dafür, dass Wohnungslosen auch wirklich geholfen werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Nächste Rednerin ist Frau Ministerin Müller.

**Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Jeder Kältetote ist einer zu viel; da gebe ich Ihnen, Frau Weikert, absolut recht. Aber wir wissen ganz genau – und der Kollege Lorenz hat es vorhin gesagt -: Zuständig für die Belange wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen sind die Kommunen, zum einen für Notunterkünfte, zum anderen für Anlaufstellen und Räume, wo sie sich im Winter aufwärmen können. Das Sozialministerium unterstützt die Kommunen in der Wahrnehmung dieser Aufgabe.

Die Staatsregierung arbeitet seit Langem daran, die Situation wohnungsloser, aber auch von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen zu verbessern. Wir bauen dabei auf die erfolgreiche Zusammenarbeit im Fachausschuss Wohnungslosenhilfe der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege in Bayern. Frau Weikert, Sie wissen, dass wir mit diesen Institutionen in engem Kontakt sind und dass wir gemeinsam etwas machen wollen und auch etwas machen.

Dabei dürfen wir aber nicht vergessen: So unterschiedlich die Gründe für die Obdachlosigkeit sind – ob es der Verlust des Arbeitsplatzes ist oder ob es familiäre Schwierigkeiten sind -, so schwierig ist auch die konkrete Begleitung von obdachlosen Menschen.

Das grundlegende Problem – es wurde vorhin angesprochen – ist, dass es bislang keine fundierten Daten über Umfang, regionale Verteilung, Personenmerkmale und Lebenssituationen der Wohnungslosen gibt. Bundesweit existieren auch nur grobe Schätzungen und keine verlässlichen Zahlen.

Das Sozialministerium hat deshalb proaktiv für 2014 und gegebenenfalls die Folgejahre eine Erhebung über wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen angestoßen. Dabei sind wir auf die Mitarbeit aller Kommunen angewiesen. Die Kommunen müssen uns sagen: Wo sind die Probleme? Was brauchen wir an Unterkünften? Wie sieht es in der Entwicklung aus? Können wir etwas in den Kommunen abfedern?

Anhand der Zahlen können wir dann die Mittel, die wir zur Verfügung stellen, zielgerichteter für die Beratungsstellen für Obdachlose einsetzen. Vorhin ist gesagt worden: Im Haushalt stehen 430.000 Euro zur Verfügung. Damit unterstützen wir die Koordinierungsstellen der Wohnungslosenhilfe Südbayern und Nordbayern in München und in Nürnberg. Es ist die Aufgabe der Koordinierungsstellen, Beratung zum Auf- und Ausbau von ambulanten Beratungsstellen in den Kommunen sicherzustellen sowie die Zusammenarbeit aller Einrichtungen zu unterstützen. Beratungsangebote sind natürlich auf die Ballungsräume zu konzentrieren, weil es dort Schwierigkeiten gibt. Dort sind auch die Menschen, die Bedarf haben. Dort haben wir eine größere Zahl von Obdachlosen als in einer kleineren Stadt.

Neben den Koordinierungsstellen fördern wir im laufenden Jahr auch Projekte in weiteren Städten: in Passau, Regensburg, Würzburg, Augsburg, Fürth, Landshut und Bayreuth. Wir hoffen, dass wir mit den neuen Daten, die wir bekommen, wichtige Informationen im Kampf gegen Obdachlosigkeit gewinnen. Wir behalten das Problem im Auge. Wir negieren es nicht, sondern wir wollen etwas für die Menschen tun, die in einer derart misslichen Situation sind.

Kollege Herrmann wird ausführen, wie wir beim Wohnungsbau vorgehen wollen. Ich bin der Auffassung: Die Menschen, die obdachlos sind, brauchen unsere Unterstützung.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Sie gestatten eine Zwischenfrage, Frau Ministerin?

**Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):** Gerne, jederzeit.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Frau Weikert, bitte.

**Angelika Weikert (SPD):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Ministerin, wir haben uns nicht widersprochen. Meine Analyse und Ihre Analyse sind im Grunde nicht gegensätzlich. Ich bestreite auch nicht, was vonseiten der CSU gesagt wurde: dass letztlich die Kommunen vor Ort die Verantwortung haben. Das bestreitet auch kein Kommunalpolitiker. Aber alle Daten, die momentan vorliegen – wir können nicht noch einmal fünf Jahre warten –, sagen uns: Es spitzt sich in diesem Winter konkret zu. Unser Antrag sagt, dass auch der Freistaat Bayern für diese Zuspitzung eine Verantwortung hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sagen, jeder Kältetote sei einer zu viel, dann müssen Sie den Kommunen Ihre Hilfe anbieten. Das wollen wir mit diesem Antrag erreichen.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Frau Kollegin Weikert, entschuldigen Sie – und Frau Ministerin, bevor Sie antworten -: Eine Zwischenfrage ist etwas anderes. Darauf möchte ich wieder einmal hinweisen.

**Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):** Frau Weikert, ich darf Ihnen sagen: Wir stimmen da überein. Ich habe ja vorhin gesagt: Wir müssen die Daten erheben. Wir müssen anhand der Daten sehen, was wir vernünftigerweise in den Städten, wo das Problem derzeit besteht, machen können. Wir haben den Schnee und den Frost vor der Tür. Da ist es besonders kritisch. Deshalb brauchen diese Leute eine warme Unterkunft, eine Bleibe und etwas zu essen. Ich verstehe das, und deshalb meine Aussage: Wir unterstützen die Kommunen auch diesbezüglich.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Frau Ministerin, wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Schmidt.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Es ist wirklich eine Frage. - Sie haben neun Projekte aufgezählt. Was machen diese angesichts der geringen Summe mit diesem Tropfen auf dem heißen Stein in diesem Winter? Was können wir für diesen Winter noch tun, damit die Leute nicht erfrieren und auch nicht frieren? Frost ist schon schlimm genug, man muss nicht erfrieren, auch Frieren ist etwas Grausames.

**Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):** Es wird nicht möglich sein, die Obdachlosen auf Dauer in irgendwelchen Unterkünften unterzubringen. Das können wir nicht, und das ist auch nicht unsere Aufgabe als Staatsregierung. Die Kommunen müssen dafür sorgen, dass Obdachlose, wenn es zum Beispiel großen Frost hat, über Nacht eine Bleibe bekommen, wo sie schlafen können. Wir sind mit den Kommunen im Gespräch darüber, was man tun kann. Ich kann nur sagen: Wir können die Unterkünfte auch nicht aus dem Hut zaubern.

(Angelika Weikert (SPD): Die Kommunen auch nicht!)

- Eben. Aber wir unterstützen die Kommunen.

Das Problem ist uns absolut bewusst, und wir wollen nicht, dass es in diesem Winter Tote gibt, weil Menschen obdachlos sind.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Jetzt haben wir noch eine Zwischenbemerkung, und zwar von Frau Kamm.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Ministerin, es ist natürlich richtig, dass es keine erfrorenen Obdachlosen geben darf. Aber Obdachlosigkeit macht auf die Dauer auch krank, selbst wenn in den kalten Winternächten eine Bleibe gefunden wird. Wir brauchen auf Dauer ein Konzept, um Obdachlose in normale Wohnungen zu bringen. Das ist aufgrund der jahrelang versäumten Wohnungspolitik des Freistaates gerade in den großen Städten außerordentlich schwierig. Wir brauchen wirklich ein Wohnungsprogramm und nicht ein Winter-Schlafprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):** Noch einmal, Frau Kamm, zusammenfassend: Die Kommunen sind für dieses Thema zuständig. Wir unterstützen die Kommunen dabei, dass sie ihre Pflichtaufgabe erfüllen können. Mir ist auch bewusst, dass es sehr viele Wohlfahrtseinrichtungen gibt, die dieses Thema aufgegriffen haben und auch aktiv sind. Auch mit den Wohlfahrtsverbänden sind wir diesbezüglich in permanenten Gesprächen.

Sie wissen ganz genau, Frau Kamm, dass wir derzeit große Probleme zu schultern haben, was Asylbewerber angeht, was unbegleitete minderjährige Jugendliche angeht, was die Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien angeht. Das alles sind Themen, die hier geballt auftreten.

Darum muss ich sagen: Wir unterstützen die Kommunen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, ihnen unter die Arme zu greifen. Die Kommunen sind hier aber in der Pflicht.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Damit haben wir das Kontingent an Zwischenbemerkungen erfüllt. Vielen Dank, Frau Ministerin, für Ihren Redebeitrag. Jetzt darf ich Herrn Staatsminister Herrmann ans Redepult bitten.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte in Absprache mit der Kollegin Müller noch drei Punkte kurz ergänzen.

Erstens, was die Situation unserer Kommunen anbelangt, hat Kollegin Müller ihre Absicht, die Kommunen bestmöglich zu unterstützen, noch einmal unterstrichen. Ich möchte aber schon auch darauf hinweisen, dass wir aktuell in diesem Jahr und weiter im nächsten Jahr den stärksten, den höchsten, umfassendsten kommunalen Finanzausgleich haben, den es jemals

in der Geschichte des Freistaates Bayern gegeben hat. Wir reden - liebe Frau Weikert, Sie haben es selbst gesagt - über den Schwerpunkt in den großen Ballungsräumen, in den Großstädten München und Nürnberg. Auch München hat derzeit die höchsten Steuereinnahmen, die es jemals in der Geschichte dieser Millionenstadt gegeben hat.

(Beifall bei der CSU)

Es soll mir keiner erzählen, dass ausgerechnet die Millionenstadt München mit 2.000 oder 3.000 Obdachlosen überfordert wäre. Es hat übrigens mir gegenüber auch noch kein einziger Vertreter der Landeshauptstadt München behauptet, dass die Landeshauptstadt überfordert wäre. Ich halte das schon für zum Teil an den Haaren herbeigezogen. Das Problem ist ein wichtiges, aber es ist in der Tat eine kommunale Aufgabe. Es kann nicht sein – das möchte ich ganz generell sagen -, dass sich um jedes Problem – jeder spricht in Grundsatzreden immer von kommunaler Selbstverwaltung -, das irgendwo auftaucht, der Freistaat Bayern kümmern muss.

(Beifall bei der CSU)

Das ist nicht der Sinn von kommunaler Selbstverwaltung. Dann könnte man gleich alles vonseiten des Freistaates machen. Das wollen wir aber nicht. Das würde ich auch nicht für richtig halten; denn kommunale Selbstverwaltung ist gut. Dann muss man aber auch dazu stehen. Das ist ein Problem, das sich vielleicht verschärft, aber ich bin sicher, dass die starke Verwaltung der Landeshauptstadt München selbst damit fertig wird.

Zweites Stichwort: Wohnungsbau. Sie haben Förderprogramme in Baden-Württemberg speziell für Obdachlose angesprochen. Wir wollen vor allem den Wohnungsbau vorantreiben.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Wir werden das Problem nur lösen – da sind wir uns doch einig –, wenn wir insgesamt ein größeres Wohnungsangebot haben, egal ob im Eigentum der Kommunen oder im Eigentum gemeinnütziger Träger. Es müssen insgesamt mehr Wohnungen vorhanden sein. Wir haben in diesem Jahr wieder 210 Millionen Euro zur Förderung des Wohnungsbaus im bayerischen Staatshaushalt zur Verfügung gestellt. Wir haben schon beschlossen, dass es im nächsten Jahr 260 Millionen Euro sein werden.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Ich erlaube mir, einmal mehr festzustellen, weil wir das ja auch mit den Verbänden auf Bundesebene diskutieren: Liebe Frau Weikert, Sie werden nicht viele Länder finden – egal, von wem sie regiert werden –, wo Sie in Relation zur Größe des Landes darlegen können, dass sie mehr für den Wohnungsbau, auch mehr für den kommunalen Wohnungsbau tun als wir im Freistaat Bayern. Wir haben in der Tat kein Sonderprogramm für den Wohnungsbau für Obdachlose, aber wir haben ein vorbildliches Programm zur Wohnungsbauförderung insgesamt. Da ist allenfalls noch der Stadtstaat Hamburg auf gleicher Augenhöhe mit uns, was die staatliche Wohnungsbauförderung auf Landesebene anbetrifft. Ich halte es für wesentlich klüger, den Wohnungsbau insgesamt zu fördern als ein Spezialprogramm für den Wohnungsbau für Obdachlose aufzulegen.

Dritter Punkt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon ein bisschen leicht dahergeredet, wenn Sie, liebe Frau Weikert, von sich aus – ich hätte das sonst gar nicht angesprochen – darauf hinweisen, dass ein Teil der Probleme, die sich jetzt verschärfen, aus der Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa herrührt. Sie können hier sehr schön erklären, dass Sie zur Freizügigkeit in Europa stehen; darum sei das eben so, und man müsse diesen Menschen helfen. – Ich stehe auch dazu, dass wir den Menschen, die jetzt in diesem Dezember und Januar hier sind, natürlich helfen müssen, dass wir sie unterbringen müssen. Das ist keine Frage. Dazu stehen wir alle. Das hat Emilia Müller auch klar unterstrichen. Aber es kann nicht einfach die Perspektive für die Zukunft sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Bundesrepublik Deutschland kann nicht auf Dauer das Sozialamt für alle in Europa sein, die im Moment einen geringeren Sozialstandard in ihrem Land haben, als es bei uns in Deutschland der Durchschnitt ist. Das wird nicht funktionieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb haben wir auch bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin darüber gesprochen, dass wir akut mit dem Problem fertig werden müssen, aber dass es natürlich auch die dringende Erwartung an die Bundesregierung und die Europäische Union gibt, einer grenzenlosen Armutswanderung in Europa ein Stück entgegenzutreten. Das war auch nie der Sinn der Freizügigkeit. Es ist nicht der Kern der Freizügigkeit, wie sie formuliert ist. Freizügigkeit garantiert, dass jemand in Räume mit Arbeitsplätzen zuwandern kann, dass zum Beispiel jemand aus Rumänien, der einen Arbeitsplatz in Bayern wahrnehmen will, dafür keine Genehmigung mehr braucht. Aber Freizügigkeit war von der EU nie so gedacht, dass jeder beliebig in Sozialsysteme eines anderen Landes zuwandern kann.

Damit müssen wir uns sehr ernsthaft in den nächsten Jahren beschäftigen.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

Wenn wir dem nicht Einhalt gebieten, werden die Sozialsysteme in der Bundesrepublik Deutschland zweifellos überfordert werden. Das kann keiner von uns wollen. Deshalb müssen wir den Menschen, die jetzt bei uns angekommen sind, helfen, aber wir müssen gleichzeitig einer Entwicklung in die Richtung, dass beliebig viele, womöglich Millionen in den nächsten Jahren weiter auf dieser Basis zu uns kommen, ein Stück weit entgegenwirken. Denn das würde die Menschen in unserem Land und unsere Sozialsysteme letztlich überfordern. Das kann keiner wollen. Wir wollen, dass die Situation etwa in Rumänien und Bulgarien vor Ort besser wird, aber wir müssen der Armutswanderung in unsere Sozialsysteme etwas entgegentreten. Daran führt kein Weg vorbei.

Abschließend noch einmal: Denen, die jetzt da sind, muss geholfen werden. Dafür sorgen die Kommunen, und dabei wird sie die Sozialministerin auch unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Staatsminister, bitte noch einen Moment. Wir haben zwei angemeldete Zwischenbemerkungen. Zunächst Herr Kollege Pfaffmann. Herr Pfaffmann, bitte schön.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** Herr Staatsminister, Sie bezeichnen die Freizügigkeit immer recht polemisch als Armutswanderung.

(Widerspruch bei der CSU)

Tut die Staatsregierung etwas? Denn die Leute haben ja ein europäisches Recht, hier zu sein. Sind Sie über die europäischen Institutionen denn dabei, dieses Recht zu verändern? Sie wollen ja diese Zuwanderung nicht haben; dann müssten Sie aber das europäische Recht ändern. Machen Sie das? Gibt es da ein Vorhaben?

Zweitens, zum Wohnungsbau. Was sagen Sie, wenn Sie von glorreicher Wohnungsbauförderung sprechen, dazu, dass der Freistaat Bayern in den letzten zehn Jahren die Förderung sukzessive zurückgefahren hat? Sie haben jetzt fast nur noch die Hälfte im Haushalt gegenüber dem, was Sie vor 10 oder 15 Jahren hatten.

Zum Dritten möchte ich zum Wohnungsbau im Ballungsraum München, etwas sagen. Mit Verlaub, wer

den Verkauf von GBW-Wohnungen so gestaltet, dass kurz nach dem Verkauf Mieterhöhungen die Folge sind und somit Vertreibung stattfindet,

(Beifall bei der SPD)

der braucht seine Erfolge nicht allzu sehr herauszustellen. Hätten Sie die GBW-Wohnungen behalten, dann hätten wir ein Problem weniger.

(Thomas Kreuzer (CSU): Aber keine einzige Wohnung mehr!)

Wie wäre es denn, wenn Sie endlich mal Ihren Widerstand zur Umwandlungsspekulation aufgeben würden, damit wir einen Erhalt von preisgünstigen Wohnungen hätten - das verweigern Sie seit Jahren – und eine Verbesserung des geförderten Wohnungsbaus erreichen würden?

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Minister, bitte schön.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Letzteres ist auf dem Weg. - Zu Ersterem kann ich Ihnen nur sagen, lesen Sie bitte den Text der Koalitionsvereinbarung. Ich bin der festen Zuversicht, dass die Mehrheit der Mitglieder Ihrer Partei bis Samstagabend dem Koalitionsvertrag zustimmt. Da steht genau drin, dass diese Regelungen verändert werden müssen.

Ich habe vorhin gesagt, wir haben bei den Koalitionsverhandlungen darüber gesprochen. Es gab in der Tat von Ihren Kollegen teilweise den Einwand, der Bund muss entsprechende Unterstützungszahlungen an die Kommunen leisten. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir einerseits die Kommunen unterstützen müssen, dass wir auf der anderen Seite aber einem Missbrauch unserer Sozialsysteme entgegenwirken müssen – das war einvernehmlich –, weil das auf Dauer unsere Systeme überfordern würde.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

Das ist auch nicht der Kern der Freizügigkeit, die die EU festgelegt hat. Ich sage noch einmal, damit war der freie Zugang zu Arbeitsplätzen gemeint, die Möglichkeit, ein Unternehmen zu gründen bzw. sich hier niederzulassen, aber nicht eine Zuwanderung in die soziale Grundsicherung in Deutschland. Das kann logischerweise nicht funktionieren. Dazu müssen die Regelungen in Deutschland und in Europa in der Tat geändert werden. Daraus mache ich keinen Hehl.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Minister, wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm angemeldet. Frau Kamm.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Herr Minister, mir ist es ein Anliegen, dass gerade der bayerische Innenminister die Dinge richtig darstellt und nicht von einer grenzenlosen Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien spricht und damit quasi rechten Stimmungen Vorschub leistet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade hier sollten Sie ein positives Beispiel geben. Durch den Austausch mit Ihren Amtskollegen in Bulgarien und Rumänien wissen Sie ja vermutlich, wie groß die Bevölkerungsgruppe ist, die sich in einer prekären Lage befindet. Dies ist der erste Punkt. Zweitens wissen Sie vermutlich auch, dass jemand, der ab 1. Januar 2014 aus diesen Ländern zu uns kommt, genau drei Monate Anspruch auf soziale Unterstützungsleistungen hat, länger nicht. Darum gibt es auch keine grenzenlose Zuwanderung in unsere Sozialsysteme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Minister.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Frau Kollegin, wie ich eingangs meines Beitrages schon sagte: Ich habe dieses Thema heute nicht in die Debatte eingeführt. Frau Kollegin Weikert hat vorhin angesprochen, dass ein Teil der aus ihrer Sicht wachsenden Zahl an Obdachlosen aus der Zuwanderung aus zum Beispiel Rumänien und Bulgarien, aus Südosteuropa resultiert. Frau Kollegin Weikert hat dies eingeführt und hat sich dann in diesem Zusammenhang in der Tat ganz allgemein dazu bekannt, dass sie natürlich weiterhin für die große Freizügigkeit in unserem Lande ist. Darauf habe ich dann konkret reagiert und erklärt, dass es eben nicht einfach so weiterlaufen kann, sondern dass wir der Zuwanderung in die Sozialsysteme schon ein Stück weit entgegenreten müssen. Das habe ich gesagt, und genau dazu stehe ich auch. Das hat nichts mit Polemik zu tun, sondern damit, ob das Ganze für unser Steuersystem, für unsere Sozialversicherungen und insgesamt für den Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland auf Dauer noch erträglich bleibt.

Wir wollen den Menschen, die jetzt bei uns sind, die jetzt auch unter winterlichen Problemen leiden werden, helfen. Wir wollen, dass keiner im Winter im Schnee draußen auf der Straße bleibt. Wir müssen uns aber auch mit den Grundsatzfragen der weiteren

Entwicklung in Europa beschäftigen. Dies werden wir im neuen Jahr 2014 sicherlich auch weiterhin tun.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Es geht um den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/264. Die Urnen stehen bereit. Wir haben fünf Minuten Zeit. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 11.23 bis 11.28 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis draußen zu ermitteln. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich rufe zur Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Glasfaserkonzept statt Notoperation (Drs. 17/265)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Muthmann. Bitte sehr.

**Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was das Breitbandthema angeht, haben die Staatsregierungen des Jahres 2013 in Bayern die Erwartungen des Plenums zu etwa 0,25 % erfüllt.

(Thomas Kreuzer (CSU): So genau berechnen Sie das!)

Ich will Ihnen das auch erläutern. Man stelle sich vor, Staatsminister Herrmann würde hier sagen: Von den 200 Millionen Euro, die mir das Plenum zur Unterhaltung und zur Weiterentwicklung des Staatsstraßennetzes zur Verfügung gestellt hat, hat mein Haus in diesem Jahr 560.000 Euro ausgegeben. Was würde das hier in diesem Landtag auslösen? – Vermutlich Tumult, und das zu Recht.

Genau das ist aber die Situation beim Thema Breitband. Auch hier haben wir auf Antrag und nach den Vorstellungen der Staatsregierungen im Jahr 2013 für die Breitbandentwicklung 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, und praktisch nichts ist damit geschehen – dies vor dem Hintergrund, dass auch Staatsminister Söder die Breitbandentwicklung als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben oder als eine der großen Infrastrukturaufgaben in Bayern bezeichnet. Wir

weisen auch darauf hin, dass sich an dieser Frage auch entscheiden wird, ob die ländlichen Regionen mit den besonders starken Regionen in Bayern wirtschaftlich Schritt halten können. Bayern, ein Land der zwei Geschwindigkeiten – das darf man in diesem Zusammenhang durchaus auch wörtlich nehmen. Bei dieser Aufgabe ist es nicht nur fünf vor zwölf, sondern es ist bereits zwölf, und es brennt. Die Bürgermeister in den ländlichen, in den wirtschaftsschwächeren Regionen spüren auch, dass sie den Anschluss verlieren.

In dieser Woche haben wir auch das Gutachten der Henzler-Kommission zum Thema Bayern als Gründungsland zur Kenntnis nehmen müssen. Darin wird für Bayern insgesamt auch darauf hingewiesen, dass die Infrastruktur und das schnelle Internet besonders wichtige Standortfaktoren sind – neben vielen anderen Problemen, über die ich jetzt an dieser Stelle nicht sprechen will. Das, was für Bayern als Gründungsland insgesamt gilt, gilt natürlich für die wirtschaftsschwächeren Regionen in Bayern in ganz besonderer Weise. Diese Regionen können nur dann stark werden, wenn die Politik die Aufgaben Breitband und schnelles Internet erfolgversprechend anpackt. Diese Situationsanalyse ist bekannt. Was passiert politisch? Zu Zeiten des Wirtschaftsministers Erwin Huber passierte erst einmal gar nichts. Auch das ist mehrfach besprochen worden. Jetzt haben wir ein Förderprogramm, das mehr Hemmnisse als Impulse bringt. Das ist wahrlich keine Erfolgsstory, sondern bislang eher ein peinliches und folgenreiches Regierungsversagen.

Was steht nun zu erwarten? Minister Dr. Söder hat angekündigt, für die Landkreise insgesamt 71 staatliche Berater einzusetzen. Positiv gewendet ist dies zumindest ein Hinweis darauf, dass auch die Staatsregierung mittlerweile verstanden hat, dass diese Aufgabe im Klein-Klein der einzelnen Gemeinden nicht erfolgversprechend zu lösen ist. Gleichzeitig ist das auch eine Abkehr von den Beratungsleistungen von PricewaterhouseCoopers. Es wird zu klären sein, wie die Mitarbeiter eingesetzt werden. Das ist eine offene Frage.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung gesagt, es werde keine weiteren Mitarbeiter im öffentlichen Dienst geben, sodass wir diese Aufgabe mit den vorhandenen Mitarbeitern irgendwie bewältigen müssen. Eine Randbemerkung: Hatten die bislang nichts zu tun? Das ist nicht mein Eindruck. Hier werden wir Aufgaben umverteilen müssen. Ich sage: Die Einarbeitung und der Kompetenzerwerb dieser Mitarbeiter werden lange dauern, sodass wir an dieser Stelle nicht schnell vorwärts kommen können.

Daneben wurde angekündigt, das Förderverfahren noch einmal zu überarbeiten. Auch darüber haben wir in den letzten Jahren immer wieder diskutiert. Wir haben darauf hingewiesen, dass dieses Verfahren nicht nur zu bürokratisch ist, sondern dass die zu pauschalen und allgemeinen Fördermöglichkeiten, insbesondere die Kostengrenze von 500.000 Euro, den unterschiedlichen Strukturen, den unterschiedlichen Größen und der unterschiedlichen Finanzkraft der verschiedenen Gemeinden in Bayern vielfach nicht gerecht werden. Der Bayerische Gemeindetag hat das Seine zu diesem Förderprogramm gesagt. Ich will nur darauf verweisen.

Jetzt bleibt es jedoch bei diesen Ankündigungen von Minister Söder. Nach unserer seit dem Jahr 2008 vertretenen Auffassung ist das ein entscheidender Webfehler, der die Sache schwierig macht und dazu beiträgt, dass wir nicht wirklich vorwärts kommen. Der Freistaat selbst übernimmt keine eigene Verantwortung für diese Aufgaben, sondern beschränkt sich auf die Unterstützung von 2.056 Kommunen mit ihrer ganz unterschiedlichen Struktur und mit ihren ganz unterschiedlichen Problemen.

Ich will hier noch einmal auf das Bild des Innenministers von den Staatsstraßen zurückkommen. Wir haben im Bereich des Straßennetzes Hauptverkehrsachsen, die vom Bund und vom Land zur Verfügung gestellt werden. Die Feinverteilung wird dann erfolgreich von den Kommunen vorgenommen. So, wie das im Straßennetz konzipiert ist, muss es endlich auch beim Breitband laufen. Der Freistaat selbst muss die Konzipierung der Hauptverkehrsachsen in die Hand nehmen und für deren Realisierung sorgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nur so kann die Verbreitung des Breitbandes im ganzen Freistaat gelingen. Die Staatsregierung sollte in den nächsten Tagen beschließen, alle öffentlichen Gebäude an das Glasfasernetz anzuschließen. Sorgen Sie dafür, dass an allen Kabelverteilern Glasfaser-Anschlüsse gemacht werden. Nur auf diese Weise wird zu gewährleisten sein, dass ein flächendeckendes Netz so kurzfristig wie möglich zur Verfügung steht, für das die Gemeinden in der Folge die Feinverteilung vornehmen können. Dann haben wir die Voraussetzungen und die infrastrukturellen Chancen, Glasfaser in jedes Haus zu bringen. Das wird nicht überall und in jedem Einzelfall notwendig sein. Die Bürger werden die Glasfaser nicht überall brauchen. Wo aber der Bedarf besteht und wo die Entwicklung stattfinden muss, ist diese Perspektive eröffnet, die wir in den letzten Jahren auf der Grundlage der Politik der Staatsregierung nicht erhalten haben und die nach wie vor nicht besteht.

Was Finanzminister Dr. Söder bislang angekündigt hat, ist auch noch kein erfolgsversprechendes Konzept, sondern allenfalls ein Notprogramm. Minister Söder führt ganz gern den einen oder anderen Titel. Hier könnte er sich den Titel "Minister der langen Leitungen in und für Bayern" verdienen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Das ist durchaus als Kompliment gemeint. Diesen Titel könnte er sich verdienen. In diesem Sinne: Unterstützen Sie unseren Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Der nächste Wortbeitrag kommt von Herrn Kollegen Huber.

**Erwin Huber (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich nicht gemeldet, weil Herr Kollege Muthmann meinen Namen genannt hat, sondern weil Herr Kollege Blume, der als Redner vorgesehen war, im Zusammenhang mit EADS um Arbeitsplätze für Bayern kämpft. Ich wünsche ihm dabei viel Erfolg und nehme gern die Gelegenheit wahr, zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

Erstens. Der Freistaat Bayern hat in den Jahren 2008 bis 2011 ein sehr erfolgreiches Programm für die Grundversorgung im ganzen Land in der Größenordnung von 100 Millionen Euro abgeschlossen. Die Grundversorgung ist in einem sehr hohen Maße durch den Freistaat Bayern finanziert worden. Ich möchte aber auch den Kommunen, den Bürgermeistern und den kommunalen Verwaltungen für ihr Engagement aufrichtige Anerkennung aussprechen. Ohne dieses Engagement der Kommunen wären wir nicht so weit gekommen. Sie haben in einer komplizierten Materie eine hervorragende Arbeit geleistet.

Zweitens. Wir wollen das schnelle Internet der zweiten Generation mit 50 MBit/s bis zum Jahr 2018 nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland flächendeckend anbieten. Das ist sowohl ein Ziel der Europäischen Union als auch verankert im Koalitionsvertrag; außerdem ist es ein Ziel des gegenwärtig laufenden Programms des Freistaates Bayern.

Ich möchte den Kollegen des Landtags der letzten Legislaturperiode danken. Wir haben damals unsere prinzipielle Bereitschaft erklärt, dafür 500 Millionen Euro aus dem Staatshaushalt des Freistaates Bayern zur Verfügung zu stellen. Uns ist bestätigt worden, dass es in ganz Europa kein vergleichbares Programm einer Region oder eines Landes gibt. Herr Kollege Muthmann, das bedeutet also, Vorwürfe, irgendetwas Wichtiges sei versäumt worden oder es gebe

lange Leitungen, sind völlig unsinnig und inhaltsleer. Wir sind mit einem Förderprogramm auf dem Markt, das im Prinzip die richtigen Weichen stellt.

Hier möchte ich etwas einfügen, wobei ich keine Steine nachwerfe: Die Wahrheit ist, dass Herr Wirtschaftsminister Zeil für den Demografiegürtel ursprünglich ein Programm von 20 Millionen Euro vorgesehen hat und dass gerade die CSU-Landtagsfraktion gesagt hat: In ganz Bayern muss schnelles Internet verfügbar sein; dafür stellen wir 100 Millionen Euro und nicht nur 20 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Das gehört zur geschichtlichen Wahrheit.

Mittlerweile ist das Förderprogramm angelaufen und bei der Europäischen Union notifiziert. Die praktische Erfahrung dieses Jahres hat gezeigt, dass damit schwierig umzugehen ist. Zunächst einmal sind 19 Punkte vorgegeben. In einem Ausschreibungsverfahren ist unter Berücksichtigung der Technologieneutralität eine Wirtschaftlichkeitslücke zu definieren. Bisher waren nur zwei Gemeinden erfolgreich und haben den Förderbescheid bekommen. Insgesamt befinden sich weitere 370 im Verfahren. Der hierfür neu zuständige Finanzminister Markus Söder hat gleich nach der Änderung der Zuständigkeiten der Ressorts angekündigt, dass das Verfahren erleichtert wird und dass die Vermessungsverwaltung des Freistaates Bayern, die technisch in hohem Maße erfahren und sehr schlagkräftig ist, verstärkt in die Beratung eingebunden wird. Auch viele kleine Unternehmen vor Ort haben sich zu sehr kompetenten Beratern der Kommunen entwickelt. Diese wollen wir selbstverständlich auch in Zukunft mit einbeziehen. Ein Monopol soll es nicht geben. – Das ist der erste Teil.

Der zweite Teil wird darin bestehen, dass die notwendigen Gespräche mit der Europäischen Union innerhalb der nächsten Monate abgeschlossen werden können. Davon gehe ich aus. Sie wissen, dass wir uns hier im Bereich der Beihilfe bewegen. Die völlige Freiheit, die Herr Kollege Muthmann an die Wand gemalt hat, haben wir nicht. Wir bewegen uns im Beihilferecht. Jeder Euro, den der Freistaat Bayern und den die Kommunen einsetzen, muss auf einer besonderen Ermächtigung im Programm bzw. in den Richtlinien der Europäischen Union beruhen. Andernfalls besteht ein Verstoß gegen europäisches Recht, was beispielsweise Anlastungsverfahren bedeutet.

Die Verhandlungen mit der Europäischen Union laufen bezüglich des Verfahrens, aber auch hinsichtlich der Förderbedingungen. Auch wenn Weihnachten ist, möchte ich Fördersätze oder Höchstförderungen nicht nennen; dies wäre verwegen und nicht ehrlich. Wir gehen allerdings davon aus, dass es innerhalb der nächsten Monate neben dem Verfahren Verbesserun-

gen bezüglich der Fördersätze und der Höchstfördermöglichkeiten gibt, denn eine ländliche Gemeinde mit vielen Ortsteilen kommt möglicherweise mit der Höchstförderung nicht so gut zurecht wie etwa ein kompakter Siedlungskern am Rande eines Ballungsraumes.

Über diese beiden Aspekte wird verhandelt. Man kann durchaus darauf vertrauen, dass der Finanzminister mit der erforderlichen Energie in Brüssel tätig wird und dass wir innerhalb der nächsten Monate im Bereich der Kommunalpolitik Klarheit haben werden.

Der Weg, den die FREIEN WÄHLER vorschlagen, ist weder organisatorisch gangbar, weil er gegen Bundesrecht und europäisches Recht verstoßen würde, noch in dieser Form finanzierbar. Ein flächendeckender Breitband-Internetausbau mit 50 MBit/s würde im Freistaat Bayern etwa 10 Milliarden Euro kosten. Diese 10 Milliarden Euro können weder der Staat noch die Kommunen alleine aufbringen. Es muss uns also gelingen, die Betreiber dieser Leitungen, die Internetleistungen anbieten, und die späteren Nutznießer zur Mitfinanzierung heranzuziehen. Das private Geld ist auch verfügbar. Dies ist nicht allein eine staatliche Aufgabe, sondern es ist eine gemeinsame Aufgabe mit der privaten Wirtschaft, die Investitionen erfordert. Dazu soll es eine Erleichterung durch Deregulierung geben, die im Koalitionsvertrag festgelegt ist. Für die Wirtschaftlichkeitslücke soll Steuergeld von Land und Kommunen zur Verfügung stehen.

Ich bin sicher, dass darin der einzige Erfolg versprechende Weg besteht. Die FREIEN WÄHLER machen mit ihrem Antrag ein Versprechen, das nicht einzuhalten ist. Darin besteht ja auch das Prinzip der FREIEN WÄHLER. Wir gehen diesen Weg nicht, sondern wir gehen den verlässlichen und erfolgreichen Weg. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag der FREIEN WÄHLER abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Kollege Huber. Bevor ich Herrn Kollegen Muthmann das Wort zu einer Zwischenbemerkung erteile, darf ich auf der Ehrentribüne eine Delegation des Regionalparlaments der Lombardei begrüßen. Sie wird vom Präsidenten des Regionalparlaments, Herrn Raffaele Cattaneo, angeführt. Mein Gruß gilt auch dem Generalkonsul der Italienischen Republik, Herrn Filippo Scammacca Del Murgo, der unsere Gäste begleitet. Seien Sie herzlich willkommen im Bayerischen Landtag. Ich wünsche einen angenehmen Aufenthalt!

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt folgt die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Muthmann.

**Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Huber, ich habe zwei Fragen. Erstens. Sie haben das Programm als ein erfolgreiches Programm bezeichnet. Wir haben bekanntermaßen für dieses Jahr 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. 560.000 Euro sind abgerufen worden. Würden Sie das in diesem Zusammenhang als Erfolg bezeichnen wollen?

Zweitens. Sie haben unseren Vorschlag als europarechtlich nicht gangbar bezeichnet und dabei auf Beihilfavorschriften hingewiesen. Was wir vorschlagen, ist schon vor Jahren in Österreich, insbesondere in Oberösterreich, praktiziert worden. Dort hat sich das Land entschlossen, selbst Breitband-Glasfaserkabel zu verlegen und alle wesentlichen Anforderungen flächendeckend abzudecken. Warum glauben Sie, dass ein solches Vorgehen in Bayern beihilfe- und europarechtlich unzulässig, in Oberösterreich aber gangbar ist?

**Erwin Huber (CSU):** Sie haben sich zuerst auf das erfolgreiche Programm in der Grundversorgung bezogen. Meiner Ansicht nach hat dieses 100-Millionen-Euro-Programm in der Regel flächendeckend in Bayern nicht nur die Mindestversorgung von 1 MBit/s, sondern im Schnitt eine Datenrate von etwa 6 bis 7 MBit/s gebracht. Das ist in der Tat ein Erfolg, den niemand bestreiten kann.

Von vornherein war klar, dass der Großteil der Gelder nicht in den ersten Monaten und vielleicht auch nicht im ersten Jahr abgerufen werden kann; denn der mit der Ausschreibung und der Wirtschaftlichkeitsprüfung verbundene Vorlauf beansprucht eine gewisse Zeit. Aber das Geld verfällt ja nicht. Man kann nicht behaupten: 100 Millionen Euro waren zur Verfügung gestellt worden, und nur 500.000 Euro wurden abgerufen. Vielmehr wird der Geldbetrag natürlich übertragen. Die Zahl der Anträge, die laufen und die möglicherweise aufgrund der Verbesserung noch kommen, liegt bei 370. Die Antragsteller werden natürlich in den Genuss der Gelder kommen. Alles, was hierfür im Staatshaushalt vorgesehen ist, kommt diesem Zweck zugute. Kein Kommunalpolitiker muss befürchten, dass er möglicherweise durch ein Fristversäumnis Geld auf der Straße liegen lassen würde.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen Beihilfavorschriften und Finanzierbarkeit; beide sind miteinander kombiniert. Ich habe gesagt, man bräuchte 10 Milliarden Euro, um dies in Bayern zu finanzieren. Ich wundere mich; denn nach Angaben der Europäischen Union werden für die ganze Europäische Union

50 MBit/s benötigt. Dies soll zwar bis 2018 erreicht werden, aber dafür wird kein einziger Euro zur Verfügung gestellt. Auch der Bund macht große Ankündigungen und hat große Ziele. Da geht es auch um 50 MBit/s bis 2018, und es wird gesagt: Wir werden im Bereich der Regulierung etwas machen. Der Bund stellt aber kein Geld zur Verfügung. Wer als Einziger auf den drei Ebenen in die Kasse greift und selber Geld verfügbar macht, ist der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Auch wenn es möglicherweise gegen Grundprinzipien der Opposition verstößt, könnte sie sich zur Weihnachtszeit vielleicht durchbringen, diese Leistungen anzuerkennen.

(Beifall bei der CSU)

Als Letztes sage ich: Zehn Milliarden Euro bis 2018 könnte auch der Freistaat Bayern mit seinen Kommunen allein nicht aufbringen. Deshalb bleibt nur der Weg der Gemeinschaftsfinanzierung durch private Geldgeber oder Investoren, wo es natürlich ein "return on investment" gibt, und durch Unterstützung seitens der Steuerzahler. Nur in dieser Kombination sind wir erfolgreich. Alles andere ist ein Vorgaukeln von Wünschen. Wir sind Realisten. Deshalb sind wir erfolgreicher als die Opposition.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Rabenstein.

**Dr. Christoph Rabenstein (SPD):** Herr Kollege Huber, Sie sind der ideale Redner zu diesem Thema. Sie werden von mir jetzt des Öfteren angesprochen.

Zunächst komme ich zu der weihnachtlichen Grundstimmung. Es ist schon ein Zufall, dass es sich genau um die zehn Milliarden Euro handelt, die der Freistaat nicht aufbringen kann. Für die Landesbank haben wir diese zehn Milliarden Euro aber aufgebracht. Da muss ich sagen, Herr Huber, Sie hätten ein bisschen besser aufpassen müssen; dann hätten wir jetzt vielleicht das Geld für den schnellen Ausbau im Bereich des Internet. Das ist meine erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung. Schauen wir uns doch einmal die Realität an. Ich habe ein schönes Beispiel aus meiner geliebten Heimat Oberfranken in einer Zeitung dargestellt. Ich zitiere:

Zu den Kunden von Bruno Failner gehören Joop und Windsor. Der 44-Jährige hat schon in Wien, Tiflis und Moskau gearbeitet. Nur daheim in Püttlach rund sieben Kilometer nordöstlich von Pott-

enstein arbeitet Bruno Failner nicht; denn da ist das Internet zu langsam. Die Pläne, die Architekten oder Mitarbeiter zu fast jeder Tages- und Nachtzeit mit ihm diskutieren wollen, haben bis zu 30 Megabit. In solchen Fällen setzt sich Bruno Failner in sein Auto und fährt in seine Firma nach Forchheim. Eineinhalb Stunden sind das hin und zurück – für einen einzigen Klick.

Das ist die Meldung im "Nordbayerischen Kurier" und zwar nicht vor zehn Jahren, sondern von Oktober 2013. Herr Huber, Herr Failner will nicht die zweite Generation des schnellen Internets haben. Er wäre schon zufrieden, wenn er die erste hätte. Da liegt eben das große Versäumnis auch der Staatsregierung, dass der ländliche Raum gravierend benachteiligt wird.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Der Breitbandausbau in Bayern ist im wahrsten Sinne des Wortes eine unendliche Geschichte, man könnte auch sagen: eine unendliche Geschichte von "Pleiten, Pech und Pannen". Das fängt schon mit Ihnen, Herr Huber, an. Denn Sie haben 2006 gesagt – ich habe viele Zitate im Internet gefunden -: "Die Bereitstellung von DSL-Anschlüssen ist nicht Aufgabe des Staates." Man hat sich zurückgehalten, und ich möchte hier keine Steine werfen. Dass man sich vornehm zurückgehalten hat, hat in den Städten zu einer positiven Entwicklung geführt. Da hat der Markt reguliert. Aber im ländlichen Raum hat das leider nicht funktioniert. Sie mussten sich dann selber korrigieren. Aber das hat viel Zeit gekostet.

Ihre erste Ankündigung, Herr Seehofer, in Ihrer Regierungserklärung 2008 war – das ist schon gesagt worden -: Wir werden dafür sorgen, dass spätestens in drei Jahren die Bürger überall in Bayern Zugang zum schnellen Internet haben. Herr Failner hat den Zugang aber bis heute noch nicht, obwohl er ihn spätestens 2011 hätte haben müssen. Wir wissen, was aus der vollmundigen Ankündigung geworden ist. Auch das Breitbandkompetenzzentrum von Herrn Zeil war ein Flop, weil sich der Staat zurückgezogen hat.

Zu guter Letzt ist hier das unselige Förderprogramm zu nennen. Das ist ein Bürokratiemonster. Wie wir gehört haben, hat es in zwölf Monaten gerade einmal zwei Kommunen gegeben, die einen Förderantrag stellen konnten. Zudem sind die Förderkriterien viel zu eng gestrickt, sodass viele Kommunen überhaupt nicht in den Genuss einer Förderung kommen. Deswegen kommen wir mit diesem Förderprogramm nicht voran. Wir müssen schauen, dass wir etwas Neues aufbauen. Ich bin ja froh, dass jetzt wieder neue An-

kündigungen kommen. Aber Ankündigungen allein genügen nicht. Solche haben wir schon genug. Wir haben lange genug darauf gewartet, dass etwas umgesetzt wird. Ankündigungen allein helfen uns nicht weiter.

Ich sage noch einmal ganz deutlich: In einem reichen Land wie Bayern – das sind wir – ist es eine Schande, dass gerade die ländlichen Gebiete beim schnellen Internet abgehängt werden.

(Beifall bei der SPD)

Was für Konzepte brauchen wir? Wir brauchen einen Masterplan von staatlicher Seite, Herr Huber. Den können wir nicht dem Markt überlassen. Der staatliche Masterplan muss die Defizite genau benennen und maßgeschneiderte Konzepte für jeden Landkreis und jede Gemeinde konzipieren. Denn es nützt einer kleinen Gemeinde nichts, wenn wir von einem Gesamtbetrag einen prozentualen Anteil vorsehen. Jede Gemeinde muss angemessen profitieren können. Es muss zu Sofortmaßnahmen kommen.

Wir brauchen eine Entschlackung des Förderprogramms, damit auch normale Bürgermeister und normale Verwaltungen ohne große Berater mit der erforderlichen Schnelligkeit einen Antrag stellen können. Natürlich brauchen wir auch Berater für die einzelnen Landkreise. Das ist schon angesprochen worden. Wir Sozialdemokraten haben das schon vor zwei, drei Jahren gefordert. Erst jetzt kommt man wieder darauf. Viel Zeit wurde verloren. Es wäre besser gewesen, wenn man damals die Vorschläge der SPD angenommen hätte. Denn jetzt müssen die Mitarbeiter der Vermessungsämter erst geschult werden. Dafür wird wieder viel Zeit ins Land gehen; das ist wirklich schade.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen vor allem ein Konzept und eine Initiative, die uns schnell voranbringen. Wir von der SPD packen mit an. Wir wollen, dass es zum Wohle Bayerns und seiner ländlichen Räume endlich vorangeht und wir noch in dieser Legislaturperiode das Ziel erreichen, dass jeder einen vernünftig schnellen Internetanschluss hat. Das muss möglich sein. Das muss nicht schon die zweite Generation des Internet sein; denn das schaffen wir nicht. Für den schnellen Anschluss treten wir ein.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Frau Kollegin Osgyan kann schon einmal ans Rednerpult treten. Aber bevor ich ihr das Wort erteile, erinnere ich aufgrund eines Hinweises der Offizianten an Folgendes: Bevor Sie alle das Haus in Richtung Heimat verlas-

sen, sollten Sie in Ihr Postfach schauen und die eingegangene Post abholen. - Frau Kollegin Osgyan hat jetzt das Wort.

**Verena Osgyan (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FREIEN WÄHLER "Glasfaserkonzept statt Notoperation" benennt das Problem recht genau. Wir brauchen in Bayern flächendeckend schnelles Internet. Für die vielbeschworenen gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt und Land ist das essenziell. Hier in München kann man es sich fast nicht vorstellen, wie schlecht die Breitbandversorgung vielerorts noch ist.

Ich war in den letzten Tagen bei meinen Eltern im Landkreis Roth. Es ist wirklich quälend und lähmend, wenn man dort mit ISDN-Geschwindigkeit ein paar Bilder verschicken muss oder auf eine wackelige Funkverbindung angewiesen ist, wenn man einen Fernsehbeitrag aus einer Mediathek abrufen möchte, den wir alle mit unseren Gebührengeldern bereits vorfinanziert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Regierungserklärung steht das Ziel, bis 2018 in ganz Bayern das flächendeckende schnelle Internet zu ermöglichen. Dieses Ziel ist natürlich richtig und wichtig.

Sehr geehrter Herr Minister Söder, Ihre Äußerung, dass schnelles Internet zur Daseinsvorsorge gehört, haben wir daher sehr begrüßt. Das war doch einmal ein Wort. Denn das schien uns eine Abkehr von einer Förderpolitik zu sein, die den Breitbandausbau als reines Wirtschaftsförderprogramm statt als gesellschaftliche Aufgabe sieht. Die Deklaration als Wirtschaftsförderprogramm hat uns nämlich in EU-rechtlicher Hinsicht in die Bredouille gebracht. Sie übersieht, dass das bisherige, überkomplizierte Breitbandförderprogramm mit seinen 19 Schritten eindeutig gescheitert ist. Dass das erst zwei Kommunen erfolgreich durchlaufen haben, spricht eine deutliche Sprache. Es ist somit überfällig, einen Schritt voranzugehen und das Ganze von Grund auf neu anzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt heißt es, es solle mehr Personal, Breitbandberaterinnen und Breitbandberater, für die Kommunen eingestellt werden. Das begrüßen wir grundsätzlich – das ist klar. Außerdem begrüßen wir, dass eine Milliarde Euro Fördergelder vom Freistaat bereitgestellt werden sollen. Allerdings ist das keine Neuerung gegenüber der bisherigen Anmeldung bei der EU und damit deutlich zu niedrig. Das hat Herr Huber selber gesagt. Für eine flächendeckende Versorgung Bayerns mit ausreichend schnellen Breitbandverbindun-

gen sind zehn Milliarden Euro notwendig. Für eine der zentralen Zukunftsaufgaben können wir uns das als reiches Land wirklich leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Davon abgesehen besteht das Problem nicht in der Bereitstellung zu geringer Mittel, sondern im gesamten Förderkonzept. Solange das Förderkonzept nicht von Grund auf geändert wird, wird Bayern nicht im Jahre 2018 und nicht im Jahre 2028 über flächendeckend schnelles Internet verfügen. Das Förderverfahren ist nicht nur zu kompliziert, sondern zielt viel zu sehr auf eine Anbindung von Unternehmen in Gewerbegebieten ab. Es ist keine Frage, dass diese ein zuverlässiges und damit glasfasergebundenes Breitband benötigen. Kleinunternehmer, Freiberufler und Selbstständige abseits der Gewerbezentren brauchen das genauso wie Privathaushalte oder Schulen auf dem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schnelles Internet ist mittlerweile eine Grundvoraussetzung für Information, Bildung und Teilhabe. Das ist nicht nur eine technische und wirtschaftliche, sondern auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Schnelles Internet ist gerade für Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum ein Schlüssel zur Welt und bietet den Anreiz, vor Ort zu bleiben.

Bildungsangebote sind mittlerweile über E-Learning möglich. Freiberufler können über Videokonferenzen mit ihren Kunden zusammenarbeiten. Jugendliche können ihr Lieblingskonzert per Live-Stream erleben. Solche Angebote sind für den ländlichen Raum wie gemacht, um lange Wege zu vermeiden. Zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gehört es einfach, dass alle Haushalte und öffentlichen Einrichtungen, auch die Hausfrau in Unterfranken und die Schülerin in der tiefen Oberpfalz, an das schnelle Glasfasernetz angebunden sind. Das absehbare Herumdoktern an einem schon einmal gescheiterten Konzept kann man nur als Notoperation bezeichnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir begreifen schnelles Internet als Daseinsvorsorge. Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, ein Konzept vorzulegen, das zeigt, wie man eine flächendeckende Versorgung aller Haushalte bis 2018 realisieren kann. Das ist eine Staatsaufgabe. Den Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir selbstverständlich unterstützen, da dieser ein klares Ziel aufzeigt.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Jetzt hat Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Möglichkeit, heute im Rahmen dieses Antrags einen kurzen Zwischenbericht zu geben. Die Zahlen, die vorhin genannt worden sind, sind - aus meiner Sicht Gott sei Dank – schon etwas fortgeschrieben. Gleich werden Sie merken, dass fast jeden Tag etwas passiert.

Zunächst einmal stimme ich allen zu, die der Auffassung sind, dass das Thema Digitalisierung – das ist der Oberbegriff - sowohl ökonomisch als auch gesellschaftlich ein absoluter Megatrend ist. Die Herausforderung, vor die uns die Digitalisierung stellt, ist bei Weitem noch nicht abgebildet worden. Nicht nur für Bayern, sondern für ganz Europa stellt es eine große Herausforderung dar, sich gegenüber anderen Partnern auf der Welt wie den Vereinigten Staaten von Amerika beim Thema Digitalisierung zu behaupten, um nicht nur die digitalen Rücklichter zu sehen, sondern in der gesamten Entwicklung aufzuholen. Die Grundvoraussetzung für die Digitalisierung ist tatsächlich die Versorgung mit schnellem Internet.

Der Ansatz, den wir jetzt wählen, ist neu. Wir wollen das Thema schnelles Internet nicht ausschließlich dem Markt überlassen. Wir wollen hinsichtlich des schnellen Internets nicht darauf hoffen, dass andere das Problem lösen. Bayern will einen anderen Weg als andere Bundesländer gehen. Wir sagen: Das ist eine Art von Daseinsvorsorge. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen das schnelle Internet im ländlichen Raum haben. Dafür werden wir uns anstrengen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten uns die Zahlen zur Versorgungslage einmal ansehen. Mit 2 MBit/s sind in Bayern 98 % der Haushalte versorgt, rund 80 % der Haushalte mit 16 MBit/s. Unser Ziel ist es, die nächste Generation mit 50 MBit/s zu versorgen. In Bayern nutzen bereits 52 % der Haushalte eine schnelle Internetverbindung mit 50 MBit/s. Das Problem ist in der Tat die Gabelung zwischen Stadt und Land. Das ist eindeutig erkennbar. Während 80 % der städtischen Haushalte versorgt werden, können auf dem Land nur 16 % der Haushalte von einer guten Internetversorgung profitieren. Das Defizit in der Versorgung der ländlichen Räume ist klar spürbar.

Nach gegenwärtigem Stand ist aus Sicht der Anbieter eine Versorgung im ländlichen Raum auf einer rein marktwirtschaftlichen Basis bei Weitem nicht so attraktiv. Nebenbei möchte ich einschieben: Die Telekommunikationsunternehmer beginnen bereits, höhere Bandbreiten in Städten zu etablieren. Teilweise gibt es Versorgungsoptionen mit 100 MBit/s. Allerdings nutzen lediglich 4 % der Haushalte, die diese Option wahrnehmen können, das Angebot. Das wird noch eine spannende Frage. Wer nutzt was? Wo ist der Anschluss? Unser Ziel muss es sein, den Anschluss deutlich zu verbessern, damit überhaupt eine Nutzungsoption gegeben ist.

Zu den Zahlen: Über 900 Gemeinden haben die Beratung genutzt. Bislang sind zwei Förderbescheide erteilt worden. Nur sehr wenige Kommunen haben an dem Programm teilgenommen. Lieber Erwin Huber, die Zahl hat sich mittlerweile erhöht. Nach aktuellem Stand – heute – befinden sich 394 Gemeinden im Bayerischen Förderprogramm. Nach erneuter Abfrage haben die Regierungen mitgeteilt, dass man auf der Grundlage des aktuellen Programms – ohne Verbesserungen und Veränderungen – davon ausgeht, dass nächstes Jahr bis zu 400 Förderbescheide erlassen werden können, wenn alles auf den Weg gebracht wird. Das heißt: Im Grunde genommen tut sich etwas. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich teile jedoch die Auffassung, dass das aktuelle Verfahren noch verbessert werden muss. Ich möchte aus meiner Sicht analysieren, was sich verbessern kann und verbessern muss.

Kurz nach der Übernahme der neuen Aufgabe im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums haben wir Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Regierungen geführt. Das sind die zwei zentralen Stellen. Die kommunalen Spitzenverbände fungieren als Anwalt der Kommunen und die Regierungen als Genehmigungsbehörde des gesamten Verfahrens. Herr Rabenstein, für uns hat sich herauskristallisiert, wie unser Masterplan gestaltet werden muss, um an dieser Stelle voranzukommen. Es ist nicht der Wunsch der Kommunen, alles abzuräumen und ein komplett neues Verfahren einzuleiten, in dem die Kommunen aus dem Förderprogramm herausgenommen werden und auf Neustart gedrückt wird. Das würde übrigens dazu führen, dass man mit einem neuen notifizierten Verfahren bei der EU mindestens ein oder zwei Jahre stehen bleibt. Meine Damen und Herren, auf diese Weise können wir im digitalen Wettbewerb nicht aufholen. Wir würden sogar verlieren. Deswegen ist klar: Eine völlige Neuordnung des digitalen Verfahrens und des Programms wird nicht erfolgen. Wir wollen das Verfahren verbessern und verschlanken. Wir wollen helfen, in das Verfahren hineinzukommen.

Aufgrund der EU-Notifikation gibt es insgesamt 19 Schritte. Das Problem der Verfahrensschritte besteht nicht allein in der Summe, sondern auch im Einstieg. Für viele kleine Gemeinden ist der Einstieg sehr schwer. Die Marktanalyse, die technische Analyse sowie die Dokumentation, um eine Beihilfe zu rechtfertigen, stellen viele kleinere Gemeinden vor erhebliche Probleme. Für viele größere Gemeinden mit größeren Kapazitäten ist das leichter. Die kleinen Gemeinden stehen vor einer Verfahrensmauer. Deshalb haben wir uns dafür entschieden, die Beratung deutlich zu verbessern.

Wie machen wir das? Bislang sollte PwC die Beratung mit einem Berater pro Regierungsbezirk durchführen. Sie haben eine Erstberatung durchgeführt, um das Thema zu umreißen, was in Ordnung ist. Meine Damen und Herren, wir wollen jedoch nicht nur eine Einstiegsberatung durchführen. Unser Ziel ist ein Andie-Hand-nehmen. In den Vermessungsämtern gibt es eine unglaublich große Erfahrung in digitalen Fragen. In der Vergangenheit ist alles schon einmal gemacht worden. Außerdem gibt es viele Erfahrungen in der Bürokratie und den Verfahrensabläufen. Zukünftig soll nicht mehr ein Berater pro Regierungsbezirk, sondern ein Berater pro Landkreis zur Verfügung gestellt werden. Dieser nimmt den Bürgermeister an die Hand und hilft ihm, in das Verfahren hineinzukommen. Er begleitet das Verfahren und kann mit der Genehmigungsbehörde, der Regierung, ein Tandem bilden. Unser Ziel ist es, dem Bürgermeister ohne neue Behörden, ohne neue Strukturen und ohne neue Mitarbeiter gemeinsam mit einem Breitbandmanager vor Ort den Einstieg, den Weg durch das Verfahren zu erleichtern. Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass dies das Verfahren von vorneherein beschleunigen wird, weil endlich Leute dabei sind, die sich vor Ort auskennen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Rabenstein, wir werden die Aufgabe übrigens am 1. Januar aufnehmen. Jetzt wird es keine drei oder vier Jahre mehr dauern.

Erwin Huber hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich um ein notifiziertes Verfahren handelt. Übrigens ist in einem notifizierten Verfahren nicht alles automatisch eine Vorgabe der EU. Alles ist aber notifiziert. Das heißt, wir müssen mit der Europäischen Union darüber reden, Herr Muthmann, was beihilferechtlich unproblematisch ist und wo die Knackpunkte sind. Wir waren bereits in dieser Woche in Brüssel und haben die Gespräche aufgenommen. Wir haben zuerst mit den Kommunen und den Regierungen geredet und gefragt, wo sie die größten Probleme

sehen. Daraus haben wir ungefähr die Probleme ermittelt.

Wir werden darüber reden und hoffen, dass wir flexiblere Fördersätze erreichen können. "Flexibler" heißt gemeindeorientierter. Nach der jetzigen Regelung gilt für eine Gemeinde mit zwanzig oder dreißig Ortsteilen genau die gleiche Grundstruktur wie für jede andere mit weniger Ortsteilen. Sie kennen das. Das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Das entspricht aber häufig nicht der kommunalen Realität.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister, Kollege Dr. Wengert bittet um eine Zwischenfrage.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Das machen wir später als Zwischenbemerkung.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Okay, danke.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Hinzu kommt, dass zum Beispiel interkommunale Zusammenarbeit nicht entsprechend berücksichtigt wird. Das gibt es so gar nicht. Die Förderhöchstsätze sind einheitlich, egal, wie groß eine Gemeinde ist. All das stellen wir auf den Prüfstand, um der kommunalen Realität deutlich besser gerecht zu werden.

Bei der Grundphilosophie muss man auch die Technologieoption bedenken. Eine flächendeckende Versorgung, national wie regional, kann nur so laufen: Glasfaser bis zu den Verzweigungsstellen und die letzte Meile, in der Kommune, technologieoffen halten; denn je nach regionaler Struktur kann das weitere Verlegen von Glasfaser, das Vectoring oder Funkübertragung das Bessere sein. Die Strategie ist also relativ klar: Glasfaser bis zur Verzweigungsstelle, Technologieoffenheit auf der letzten Meile. Wenn wir das schaffen, sind wir stark.

Ich bin optimistisch, dass wir das Verfahren in Brüssel so verändern können, und zwar zeitnah, damit wir alle im nächsten Jahr an dieser Entwicklung teilhaben können. Wenn uns das gelingt, meine Damen und Herren, ist das für die Kürze der Zeit, in der sich die neue Staatsregierung aufgestellt hat und die Zuständigkeiten definiert wurden, im Vergleich mit der Verfahrensdauer vorher ein sehr ordentliches Ergebnis.

(Beifall bei der CSU)

Dass wir das übrigens nicht nur für die Gemeinden versuchen – das ist wichtig –, sondern im gesamten staatlichen Bereich, sei nur nebenbei erwähnt. Indem wir die Rechenzentren zu einem Bayern-Server zusammenschließen, wollen wir im Behördennetz des Freistaates Bayern die gleichen Strukturen und Standards schalten. Wir ermöglichen mit dem Anschluss

der Kommunen ein einheitliches Hochgeschwindigkeitsnetz.

Im Moment ist das Geld tatsächlich nicht das Problem. Bei 500 Millionen Euro, die zur Verfügung stehen, sind 500.000 Euro noch keine bedrohliche Haushaltslage. In der Tat werden die Belastungen höher werden, wenn die Förderverfahren jetzt in Schwung kommen.

Ich bin für den Hinweis dankbar: Alle Schätzungen sind so, ob EU oder Bund oder Land, dass der Staat nicht automatisch alles übernehmen kann. Diese Summen sind zum Teil so hoch, Milliardenbeträge, dass jede öffentliche Hand, egal welche, überfordert wäre. Genau deswegen versucht man, eine intelligente Finanzierung zu finden. Intelligent heißt: Die Grundstruktur wird entsprechend stark gefördert. Die Kommunen haben übrigens ein Eigeninteresse. Es ist nicht so, dass die Kommunen das nicht wollen. Das ist eine Chance für sie.

Bei einem Punkt bin ich allerdings skeptisch. Immer wieder einmal wird gefragt, ob wir das genauso wie bei der Wasserversorgung machen. Wenn wir das in dieser Form der Daseinsvorsorge machen würden, dann müssten wir zum Teil einen Anschluss- und Benutzungszwang fordern mit der kompletten Umlegung all dieser Kosten auf die Bürger. Ich würde uns dazu nicht raten. Ich würde auf dem bisherigen Weg weitergehen, und zwar mit der gemeinschaftlichen Finanzierung von Staat und Kommunen und auf Bundesebene. Ich sage ein herzliches Dankeschön; denn auch der Bund hat sich an dieser Stelle deutlich bewegt. Er hat klargemacht, dass er gegenüber der Europäischen Union eine Neuaufstellung in dieser Frage wünscht. Der Bund hat klargemacht, dass er eine Verbesserung braucht, auch was die Finanzierung, beispielsweise durch die KfW, betrifft. Bürgerbreitbandfonds sollen eingerichtet werden. Und was ich für sehr wichtig halte: Es wird darüber diskutiert, mit Nutzungsentgelten in den ländlichen Räumen einen Anreiz zu setzen, um das für die Versorger interessanter zu machen.

Alles zusammengenommen - erleichtertes Verfahren, flexiblere Fördersätze, bessere Beratung und Begleitung vor Ort - kann letztlich den Durchbruch bedeuten. Es ist trotzdem noch ein Stück des Weges zurückzulegen; man darf sich darin nicht täuschen. Wir wissen aber, wohin wir wollen. Aus meiner Sicht ist es relativ klar: Lange Leitungen gerne, schnelle Übertragung. Hauptsache ist, dass keiner *auf* der Leitung steht. Wir werden jedenfalls versuchen, das anzugehen.

Es gibt an der Stelle in der Tat eine etwas geänderte Philosophie. Meine Philosophie ist nicht, das allein dem Markt zu überlassen. Meine Philosophie ist nicht, zu sagen, es reicht, wenn die zwei Unternehmen in der Gemeinde die Möglichkeit haben, einen Anschluss zu finden, und der Rest hat keine Chance, an der digitalen Dividende teilzuhaben. Unser Ziel muss es sein, die Teilhabe gesellschaftlich darzustellen, nicht nur ökonomisch. Das versuchen wir an der Stelle zu schaffen.

Wir haben ein gehöriges Stück Arbeit vor uns, meine Damen und Herren. Sie können sich aber darauf verlassen: Wir arbeiten mit Hochdruck daran.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. Zwischenbemerkung: Herr Kollege Dr. Wengert, bitte.

**Dr. Paul Wengert (SPD):** Herr Staatsminister, Sie haben sehr wortreich gesprochen und uns mit Ihrem Redeschwall fast erschlagen. Sie haben aber nur ganz wenig gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Zumindest ist aber das Bemühen erkennbar einzuräumen, dass die bisherigen Erfolge eher bescheiden sind. Was Sie weiter ausgeführt haben, sind wieder Ankündigungen, die auf dem Prinzip Hoffnung beruhen. All das, was Sie gerade ausgeführt haben, hätten Sie längst unternehmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben ausdrücklich die EU angesprochen. Bisher habe ich immer wieder gehört, dass dieses komplizierte Förderverfahren auf Vorgaben der EU basiere. Sie haben das gerade ein wenig relativiert. Ich frage Sie: Trifft es zu, was der Europaabgeordnete und Ihr Parteifreund Manfred Weber am 29. Oktober laut "Der Neue Tag", Weiden, gesagt hat, dass sowohl die Förderhöchstgrenze von 500.000 Euro, um die wir in diesem Haus auch lange gerungen haben, als auch die 19 bürokratischen Schritte im Förderprogramm keine Vorgaben der Brüsseler Kommission, sondern von Bayern hausgemacht sind? Wenn das zutrifft, dann ist das verzögerte Verfahren ausschließlich Ihnen, der Bayerischen Staatsregierung, anzulasten und eben nicht der EU. Wenn es nicht so ist, dann korrigieren Sie das bitte und sorgen Sie dafür, dass der Abgeordnete des Europäischen Parlaments keine Falschmeldungen in die Welt setzt.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Ich finde, ich habe ganz schön viel gesagt. Ich glaube, Sie haben wenig zugehört. Das ist aber ein anderes Thema.

(Beifall bei der CSU)

Ich nehme für uns in Anspruch: erst seit Oktober im Amt und zig Gespräche in Berlin. Dafür ist das relativ ambitioniert, was wir uns strukturell überlegt haben. Trotz der Gespräche in Berlin haben wir die Zahl der Gemeinden im Förderverfahren von 270 auf weit über 300 erhöht. Das ist aber nicht entscheidend. Wir geben uns wirklich Mühe, mit einer Analyse Schwachstellen ausfindig zu machen und zu überlegen, ob man generell ein neues Verfahren machen sollte. Dafür gab es eine klare Absage. Das Verfahren soll verbessert und effektiver werden.

Es ist richtig, nicht alle 19 Schritte sind von der EU vorgegeben. Viele Schritte werden zwangsläufig von der EU vorgegeben, die Höchstfördersumme aber nicht. Das stimmt, das ist damals von uns in Bayern entschieden worden. Es ist aber jetzt alles notifiziert. Das ist ein großer Unterschied. Es ist alles als Gesamtpaket notifiziert. Darum ist es unser Ziel, das an der Stelle zu ändern und zu verbessern.

Der Höchstförderbetrag ist aber weniger die Herausforderung, Herr Wengert. Er ist in Augsburg und Nürnberg kein Problem. Wenn man aufs Land geht, stellt man fest, dass die Flexibilität das Problem ist, dass die Kumulationsgebietsfrage zum Beispiel ein Problem ist. Für alle Nicht-Profis: Man muss ein Gebiet nachweisen, in dem drei, vier, fünf Unternehmen sind. Das macht es wahnsinnig kompliziert, das so zu schneiden. Wir versuchen jetzt, das in Brüssel zu ändern. Das ist ambitioniert. Jeder, der Brüssel kennt, weiß, was da auf uns zukommt. Ich bin aber sehr optimistisch, dass wir das schaffen werden.

Insofern meine ich, dass sich die Aufarbeitung in den letzten zwei Monaten schon sehen lassen kann. Bei allen Gesprächen, die ich geführt habe, habe ich von den kommunalen Spitzenverbänden eher Lob gehört, weil sie meinen, dass wir die Probleme verstanden haben und sie auch lösen. Wenn die kommunalen Spitzenverbände Ja sagen, sind wir zumindest in dieser Frage auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. Herr Kollege Glauber hat ums Wort gebeten.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor hier der Weihnachtsfrieden einkehrt - -

**Präsidentin Barbara Stamm:** Wir hatten bisher Frieden, Herr Kollege.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** Nachdem wir den wortreichen Ausführungen des Ministers gelauscht haben, muss ich schon noch eine Frage stellen. Es gab zwei einander diametral gegenüberstehende Aussagen. Nach den Reden von Erwin Huber und des Staatsministers muss ich mich fragen, ob beide die gleiche Politik betreiben. Herr Huber, Sie haben vom Markt, der es regeln soll, gesprochen. Das genau war doch über die Jahre der Grund für das Versagen. Unter Ihrer Verantwortung hat der Markt versagt, was für uns das Problem war. Jetzt sagen Sie, Sie hätten in der letzten Legislaturperiode ein Programm durchbekommen, das Veränderungen gebracht hat. Welche Veränderungen hat es denn in den ländlichen Räumen gebracht? Die Flächengemeinden haben nichts von diesem Programm. Sie haben vier Jahre lang mit diesem Programm gearbeitet. 2012 haben wir hier an diesem Pult immer wieder gefragt: Was ist mit der Fortführung? Wie wollen Sie das stockende Programm fortführen? 2012 war ein Jahr des völligen Stillstandes. Die Bürgerinnen und Bürger draußen müssen hören, dass wir ein Jahr lang das Thema anscheinend nicht ernst genommen haben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nicht ein Cent Förderung!)

Da hilft es mir nicht, wenn hier wortreich erklärt wird, was wir alles tun wollen. Ein Jahr lang ist nichts passiert. Wer hat regiert? - Schwarz-Gelb hat regiert. Warum haben Sie ein Jahr lang nichts getan? Dann gehen Sie zur Europäischen Union und versuchen, dort ein Programm zu notifizieren, obwohl wir Ihnen immer wieder und immer wieder gesagt haben, dass Sie mit diesem Programm für Bayern nichts erreichen werden. Das Programm hat einen strukturellen Fehler. Der Staatsminister ist nicht darauf eingegangen, was passiert, wenn fünf Gewerbetreibende 30 MBit/s brauchen. Wenn diese fünf Gewerbetreibenden in einem Ortsteil einer Flächengemeinde mit zehn Ortsteilen sind, schauen die neun anderen Ortsteile in die Röhre. Strukturell kann man nur einen Ortsteil ausbauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie oft müssen wir es Ihnen noch erklären, dass Sie mit den Flächengemeinden so nicht umgehen können? Schauen Sie Bayern an. Wir haben Ihnen immer wieder erklärt, wie Bayern über die Fläche mit Breitband oder schnellem Internet ausgestattet ist. Als Ers-

tes müssen Sie die weißen Flecken versorgen. Sie dürfen nicht wieder ein Programm zurechtschneiden, das von PricewaterhouseCoopers nach meiner Meinung dilettantisch betreut wird. Das war dilettantisch, weil Sie die kommunalen Spitzenverbände und die Landkreise nicht mitgenommen, sondern das Problem nach marktwirtschaftlichen Überlegungen gelöst haben. Damit haben Sie es aber nicht erreicht, die weißen Flächen zu schließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Staatsminister hat gesagt, dass wir – diese Aussage ist in diesem Haus noch nie gefallen – die Kabelverteiler endlich an das Glasfasernetz anschließen müssen. Dann wären wir auf der letzten Meile. Mit Vectoring und Kabeldämpfung kann ich natürlich mehr als 30 MBit/s erzeugen. Dann muss ich aber jeden Kabelverteiler an das Glasfasernetz anschließen. Deshalb wäre es Ihre Aufgabe, jetzt die klare Aussage zu machen, dass die Regierung alle Kabelverteiler ans Glasfasernetz anschließen will. So steht es in unserem Antrag. Wir wollen die Kabelverteiler ans Glasfasernetz anschließen. Haben Sie die Kabelverteiler am Glasfasernetz, haben Sie ein schnelles Internet. Damit haben Sie zumindest das, was die Privatkunden brauchen.

Wie wir dann mit dem nächsten Schritt vorankommen, werden wir sehen. Der Kabelverteiler muss ans Glasfasernetz angeschlossen sein. Nach dem, was der Staatsminister heute gesagt hat, glaube ich nicht, dass wir den Kabelverteiler ans Glasfasernetz anschließen können, weil Sie immer noch an den 500 Millionen insgesamt und dem 19-Punkte-Programm hängen. Damit werden Sie die Kabelverteiler nicht erreichen. Wir fordern, dass die Kabelverteiler ans Glasfasernetz angeschlossen werden. Damit ist endlich eine Grundversorgung in Bayern möglich, und das haben unsere Bürgerinnen und Bürger verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Jetzt hat noch einmal Herr Kollege Huber ums Wort gebeten.

**Erwin Huber (CSU):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte nur ein paar abschließende Bemerkungen machen. Erstens. Die CSU-Fraktion unterstützt die Strategie, die Staatsminister Söder gerade dargestellt hat, voll und ganz. Wir halten diese Strategie für den einzig vernünftigen und erfolgreichen Weg.

(Beifall bei der CSU)

Ein Zweites muss ich den Rednern der Opposition sagen. Wenn es vor Weihnachten schon Streit gibt,

muss ich dabei sein, sonst wird mein Ruf beschädigt. Viele von Ihnen reden mit gutem Willen und mit Empathie. Das kann ich durchaus verstehen. Leider reden Sie aber mit wenig Sachverstand.

(Beifall bei der CSU)

Sie reden von einer Staatsaufgabe und wollen jeden Knoten ans Glasfasernetz anschließen und dergleichen mehr.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sagt Herr Söder! Sie kritisieren damit Herrn Söder!)

Es ist ein Unterschied, wie man dieses Ziel erreicht. Sie tun so, als gäbe es nichts, und als würde das, was unter der Erde liegt, dem Freistaat Bayern und dem Bund gehören. Das meiste, was unter der Erde liegt, gehört aber der Deutschen Telekom. Die werden nicht zulassen, dass jeder in ihren Leitungen herumarbeitet. Ein flächendeckendes Netz ist vorhanden. Wer nur die leiseste Ahnung von der Materie hat, muss sagen, dass es absoluter Nonsens wäre, wenn man parallel dazu in ein staatliches Netz investierte.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sprechen Sie für oder gegen Herrn Söder?)

Das vorhandene, weitgehend auf Glasfaser ausgerichtete Grundnetz muss weitergeführt und vollendet werden. Es macht keinen Sinn und es wäre Geldverschwendung, parallel dazu ein staatliches Netz aufzubauen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sagt kein Mensch!)

Ein Netz genügt. Wer sagt, der Staat und die Kommunen müssten eigene Glasfaserleitungen und dergleichen mehr schaffen, würde parallel zum schon bestehenden Netz ein Netz ausbauen. Auf dem jetzigen Netz laufen die Telefonie und das Internet. Das Netz muss technologieoffen sein. Nach der europäischen Gesetzgebung müssen die Netze, die verfügbar sind, für alle anderen Betreiber offen sein. Das ist die einzige Möglichkeit, um schnell voranzukommen. Wer jetzt sagt, wir stoppen den ganzen Apparat und fangen in einigen Jahren damit an, von staatlicher Seite aus ein Netz zu bauen,

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hat kein Mensch gesagt!)

der wird Stillstand, aber nicht Fortschritt bekommen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Den haben doch Sie produziert! Sie haben diesen Stillstand zu verantworten!)

Deshalb ist es unser erstes Ziel, dass wir das vorliegende Programm optimieren. Staatsminister Söder hat es dargestellt: Die Entbürokratisierung und die Änderung der Förderansätze mit einer Höchstforderung von 500.000 Euro sind der Weg, der am schnellsten zu einem Erfolg führt. Dazu gibt es keine sinnvolle Alternative. Ich bin auch der Meinung, lieber Minister Söder, dass man über die Kumulationsgebiete – das war eine Erfindung von Minister Zeil – nachdenken sollte. Das wäre durchaus machbar. Wenn in einem Dorf fünf Landwirte sind - -

(Lachen bei der SPD)

Sie lachen, bevor Sie wissen, was ich überhaupt sage.

(Zurufe von der SPD)

Das ist der Grund, warum sich die SPD in diesem Haus so oft lächerlich macht.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin in der Tat der Meinung, dass man mit der Europäischen Union verhandeln sollte.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wollen Sie jetzt für oder gegen Herrn Söder reden? – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie sind für jeden Rat absolut unzugänglich. Deshalb werden Sie auch nie über die 20-Prozent-Hürde kommen. - Jetzt komme ich aber zur Sache zurück.

(Markus Rinderspacher (SPD): Schauen Sie die Gesichter auf der Regierungsbank an!)

In der Sache selber - -

(Anhaltende Unruhe)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielleicht können wir uns wieder ein bisschen beruhigen.

**Erwin Huber (CSU):** Ich bin so viel gewöhnt!

**Präsidentin Barbara Stamm:** Das mag schon sein, aber man muss Sie hier auch noch verstehen können.

**Erwin Huber (CSU):** Ich glaube, es wäre sehr sinnvoll zu überlegen, prinzipiell jede Gemeinde zum Kumulationsgebiet zu erklären. Dann ist keine besondere Definition mehr notwendig. Wenn Sie mich nicht so lang aufgehalten hätten, hätte ich das schon vor zwei Minuten sagen können. Ich hoffe, dass wir darin übereinstimmen.

Zwei Punkte möchte ich noch nennen. Ich glaube, dass die Deutsche Telekom als Unternehmen, das zu einem erheblichen Anteil in Bundesbesitz ist, nicht nur eine betriebswirtschaftliche Strategie verfolgen sollte, sondern als zumindest Teil-Staatsunternehmen auch die Gesamtversorgung des ganzen Landes als Aufgabe im Auge haben sollte. Es gibt immer wieder die Schwierigkeit, dass unsere Gemeinden kaum Angebote von der Deutschen Telekom bekommen, dass es ewig lang dauert und dass eine Pfennigfuchserie betrieben wird. Ich meine: Marktführer ist die Deutsche Telekom. Sie ist zu einem schönen Anteil noch in Staatsbesitz oder in Bundesbesitz. Der Eigentümer Bund sollte auf die Telekom einwirken, damit sie offensiver und auch im Sinne des Gemeinwohls handelt. Dazu ist ein Teil-Staatsunternehmen aus meiner Sicht auch verpflichtet.

Das Zweite. In meiner "niederbayerischen Heimat Niederbayern" sagt man gelegentlich: Telecommunication goes mobile.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie sagt man?)

- Ihnen sage ich es in einem Privatissimum, Herr Rinderspacher. - Was Herr Minister Söder nur in einem Nebensatz gesagt hat, halte ich für sehr wichtig. Viele, vor allem die jungen Leute, sind heute mit iPhones und iPads unterwegs und nutzen die Geräte mobil. Ein Glasfaserkabel nutzt ihnen da nichts. Deshalb müssen wir davon ausgehen, dass wir auch die mobile Nutzung des Internets vervollständigen müssen. Das wird auch für viele ländliche Gemeinden die einzige Chance sein.

Ich meine, dazu ist eine Gesamtstrategie erforderlich, und über die Definition, ob es sich um eine Staatsaufgabe oder eine Wirtschaftsaufgabe handelt, können wir ewig streiten. Wir können nur dann zu einem realisierbaren Ziel kommen, wenn der Markt mit privatem Kapital zur Stelle ist und wenn der Staat als Freistaat Bayern, genauso aber auch als Bund als Europäische Union, sowohl, was die Regulierung als auch was die Finanzierung angeht, dann einspringt, wenn der Markt versagt. Dann wird bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Versorgung mit 50 MBit/s erreicht.

Ein letzter Satz noch. Es hat in der Vergangenheit 50 Jahre gedauert, bis alle Häuser in Bayern telefonisch verbunden waren. Wenn wir es schaffen, in fünf Jahren im Internet bei 50 MBit/s zu sein, ist das eine historische Leistung, und der Freistaat Bayern wird ganz vorne dran sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. Jetzt hat noch einmal der Kollege Dr. Wengert ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Paul Wengert (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Huber, jetzt sind Sie ganz haarscharf an der Grenze zur Störung des Weihnachtsfriedens entlanggeschrammt. Nach dem wortreichen, aber inhaltsleeren Vortrag von Herrn Staatsminister Söder, dem man immerhin zugutehalten muss, dass er erst seit zwei Monaten die Verantwortung für diesen Bereich trägt, hätten Sie sich besser an den Satz gehalten: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, die CSU unterstützt Söders Strategie voll und ganz. Ja, was denn sonst? Es wäre ja noch schöner, wenn Sie dem eigenen Staatsminister in den Rücken fallen würden. Aber das kann ja auch noch kommen, wenn er Ihnen enteilt. - Ob das, was jetzt vorgeschlagen worden ist, der einzige vernünftige Weg ist, ist in der Tat noch einer Prüfung wert und zumindest nicht ganz unzweifelhaft.

Wenn Sie von Rufschädigung sprechen, müssen Sie daran denken, dass immer dann, wenn man mit dem Finger auf jemanden zeigt, drei Finger auf einen selbst zurückzeigen. Derjenige, der seinen Ruf geschädigt hat, waren Sie selbst, als Sie den Breitbandausbau vor fünf, sechs Jahren allein als Aufgabe des Marktes und der Wirtschaft dargestellt haben. Das Wort "Stillstand" im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau gerade aus Ihrem Mund zu hören ist schon starker Tobak, Herr Kollege Huber.

(Beifall bei der SPD)

Sie versteigen sich auch noch dazu, allen außerhalb Ihrer Fraktion den Sachverstand abzusprechen. Den fehlenden Sachverstand haben Sie bewiesen, als Sie damals gesagt haben, das ist Sache der Wirtschaft, das ist Sache des freien Marktes und nicht Sache des Staates. Sie sind es, der leider nichts dazugelernt hat. Sie, Herr Kollege Huber, und die Kolleginnen und Kollegen der CSU haben es doch versemelt, sodass wir als Bayernland, was den Breitbandausbau angeht, die rote Laterne in der Hand haben. Sie vernebeln, Sie verschleiern, Sie reden sich heraus. Übernehmen Sie doch endlich die Verantwortung dafür, dass wir den anderen hinterherrennen müssen, weil wir nicht rechtzeitig die notwendigen Initiativen ergriffen haben.

Was heute vorgetragen worden ist, hilft den Gemeinden, hilft den Betrieben, hilft den Ingenieurbüros und hilft den Privaten überhaupt nicht weiter. Wer sich in dieser Debatte nicht lächerlich gemacht hat, sind die

Fraktionen der Opposition. Ich weise für die SPD den Vorwurf, dass wir uns lächerlich gemacht haben, energisch zurück. Das ist angesichts unserer vielen, vielen sachlich begründeten Anträge wirklich absolut daneben, und dagegen muss ich mich verwahren.

Wenn Sie dann auch noch höchst vorsorglich daran erinnern, dass die Einführung des Telefons 80 Jahre gedauert hat, können wir uns ja auf etwas gefasst machen, was den Breitbandausbau betrifft. Ich hoffe nicht, dass wir dafür vielleicht die halbe Zeit brauchen. Es muss schneller gehen, und es geht schneller, wenn wir endlich zur Vernunft kommen und wenn das, was wir als Opposition immer wieder vorgeschlagen haben, endlich in Ihre Köpfe und Ihre Überlegungen Eingang findet, meine sehr verehrten Damen und Herren. - Vielen Dank.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt ist noch der Herr Kollege Dr. Rabenstein am Rednerpult. Bei einem für uns so wichtigen Thema bringen wir alle Geduld auf. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Christoph Rabenstein (SPD):** Ich wollte eigentlich nichts mehr sagen.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Sie haben das Wort, Herr Kollege.

**Dr. Christoph Rabenstein (SPD):** Frau Präsidentin, Herr Huber provoziert unsere Beiträge regelrecht. Denn er stellt sich immer so dar, als wenn er alles wüsste, die anderen aber dumm seien und sich lächerlich machten, ohne dass er zugibt, dass er sich damals getäuscht und durch sein Verhalten den schnellen Breitbandausbau verzögert hat. Das ist doch die Tatsache.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie einmal einsehen, Herr Huber. Sie machen sich lächerlich, und jetzt kritisieren Sie die Telekom.

(Markus Rinderspacher (SPD): Versager!)

Ich habe hier einen wunderschönen Bericht: DSL im ländlichen Raum. Da heißt es, der bayerische Wirtschaftsminister Erwin Huber hat nach einem Treffen mit Ministerpräsident Stoiber und dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom für das schnelle Breitband gesorgt. Wissen Sie, wann das war? Das war 2006. Und was haben Sie erreicht? Überhaupt nichts. Aber heute kritisieren Sie die Telekom. Es ist doch lächerlich, wie Sie sich hier hinstellen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Wort zu Herrn Minister Söder. Die Signale habe ich gehört. Das war genau richtig, das haben wir ja seit Langem gefordert. Genau das, was Sie heute ankündigen – ich sage erst einmal "ankündigen"; wir werden genau verfolgen, wie es weitergeht -, haben wir seit Langem gefordert, und das unterstütze ich auch.

Aber Sie müssen auch zugeben, dass Ihre Ankündigungen eine Ohrfeige für die bisherige Politik sind. Wenn man jetzt sagt, man will das nicht dem Markt überlassen, ist das eine Ohrfeige für Herrn Huber. So schaut es aus.

(Beifall bei der SPD)

Herr Söder, wenn Sie heute sagen, das Verfahren war nicht in Ordnung und wir müssen es korrigieren, dann greifen Sie genau das auf, was wir seit Jahren fordern. Wir sagen zum Beispiel: Die ländlichen Räume sind unterschiedlich. In der Gemeinde, von der ich vorhin gesprochen habe - das ist Pottenstein, eine Gemeinde mit vielen Außenregionen -, wird gesagt: 500.000 Euro sind uns zu wenig. Wir brauchen mindestens 2,5 Millionen, damit wir Gerechtigkeit schaffen können. Natürlich beschwerten sich die Orte, wenn der eine die Förderkriterien erfüllt und drankommt, der andere aber nicht. - Genau das haben wir kritisiert, und heute sagen Sie es. Ihre Aussage ist auch eine Kritik an dem, was bisher gelaufen ist. Das wollen wir einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb hoffen wir, wie ich schon angekündigt habe, dass wir gemeinsam etwas auf den Weg bringen. Herr Huber verkauft die anderen für dumm und stellt sich selber mehr oder weniger so dar, als habe er alles gewusst, aber die Fehler hätten andere gemacht. Wir sind bereit, wenn es um Bayern geht, wenn es um neue Technologien geht, gemeinsame Arbeit zu machen, aber nicht auf diese Art. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister Dr. Söder hat ums Wort gebeten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt kommt die Rettungsmaßnahme für die CSU!)

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Ich hätte nicht gedacht, dass ich vor Weihnachten noch einmal Erwin Huber verteidigen darf.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wenn der Erwin die richtige Richtung hat, ist er ein hervorragender - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn!)

- Wenn er weiß, wen er angreift, ist es hervorragend. - Jetzt nach den letzten Wortmeldungen muss ich schon noch etwas sagen, meine Damen und Herren; denn das ärgert mich wirklich. So zu tun, als wäre in Bayern - - Es ist seit zwei, drei Jahren immer dasselbe Muster.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben doch die stärkste Oppositionsrede gehalten!)

- Jetzt hören Sie zu. - Immer kommt das Geschrei von dieser Seite, Bayern sei chaotisch, Bayern sei am Ende. Dann wird regelmäßig wie vorhin von Herrn Wengert gesagt, Bayern habe die rote Laterne. Meine Damen und Herren, die Farbe Rot hat in Bayern keine Zukunft, wenn ich das einmal sagen darf.

(Beifall bei der CSU)

Hören Sie endlich damit auf, immer alles schlechtzureden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Jetzt kommt das wieder! Dabei war Ihre Rede so selbstkritisch! – Volkmar Halbleib (SPD): Das sagt der Lautsprecher der CSU!)

- Sie reden schlecht und dann zu laut. - Wenn Sie sich wirklich ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen wollen, dann reden Sie mit den kommunalen Spitzenverbänden,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das machen wir doch!)

dann reden Sie mit den Kommunen. Dann werden Sie erfahren, dass der Weg, den wir jetzt einschlagen, einer der besten Wege ist, die wir in Deutschland haben.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Aber Sie haben es fünf Jahre lang nicht gemacht!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Kolleginnen und Kollegen, ich muss es immer wieder sagen: Zwischenrufe ja, aber nicht permanent.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Zwischenruf ja, aber Zwischenchor nein. - Was Erwin Huber gesagt hat, ist auch von der Diktion her richtig. Wenn Sie immer sagen, wir hätten keine Ahnung vom Land, dann kann ich nur eines sagen: Die Menschen in Bayern, gerade in den ländlichen Räumen, vertrauen der CSU, vertrauen der Staatsregierung. Warum? Weil wir im Vergleich zu allen anderen

ländlichen Räumen in Deutschland die beste Struktur haben. Bayern ist das stärkste Land, Bayern bleibt das stärkste Land. Dafür werden wir gemeinsam sorgen. So schaut's aus.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): "Vorstufe zum Paradies" hat er vergessen!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/265 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge Drucksachen 17/266 bis 17/271 bis 17/279 und 17/280 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Weikert, Rauscher und andere und Fraktion (SPD) "Kältetod verhindern – Schnelle Hilfe für Wohnungslose", Drucksache 17/264, bekannt geben. Mit Ja haben 74 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 89. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben wir unsere Tagesordnung zum Ende des Jahres beendet und kommen nun zu den Schlussworten.

### **Weihnachts- und Neujahrswünsche**

Für eine Zwischenbilanz, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die Wahlperiode natürlich noch zu jung. Erlauben Sie mir aber einige persönliche Anmerkungen zu den vergangenen Wochen zum vergangenen Jahr und den Herausforderungen für das Parlament.

Ich möchte Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür danken, dass Sie Ihre Aufgaben in den Gremien des Hauses, aber auch in Ihren Stimm- und Wahlkreisen mit viel Elan und Tatkraft angenommen haben. Sie alle haben den Willen, in der Verantwortung für die Menschen in Bayern zu stehen. Ich denke, wir stimmen darin überein, dass dies der schönste Auftrag ist, den wir haben können.

Ich möchte auch danken für die Bereitschaft, über die Fraktionsgrenzen hinweg ein gutes Miteinander zu pflegen. Das war für mich am Beginn dieser Legislaturperiode sehr augenscheinlich. Besonders freue ich mich darüber, dass die erfahrenen Kolleginnen und Kollegen es den neuen – es sind immerhin 66 – erleichtern, hier im Parlament angekommen zu sein. Auch dafür ein ganz herzliches Danke.

Herzlich danken möchte ich auch dem Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen nicht nur für Ihre sehr hohe und große Präsenz im Hause, sondern ich möchte Ihnen heute auch für das spontane Eingreifen in Debatten ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Dies ist lebendiges Parlament, und ich werte dies auch als Zeichen des Respekts gegenüber dem Landtag. Danke für die gute Zusammenarbeit. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CSU, der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich danke den Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten, den Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrates. Ich danke den Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden der Ausschüsse und Kommissionen sowie ihren Stellvertretern und Stellvertreterinnen für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr gilt mein ganz besonderer Dank den Damen und Herren der Landtagsverwaltung mit ihrem Amtschef, Herrn Worm, an der Spitze. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamtes waren in diesem Jahr nicht nur zum Ende einer Legislaturperiode und zum Beginn einer neuen gefordert. Was damit verbunden ist, wissen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, genau. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes waren auch gefordert mit all dem, was im Zusammenhang mit dem Abgeordnetenrecht und der Transparenz auf den Weg zu bringen war. Herr Worm, Sie an der Spitze der Landtagsverwaltung waren immer an der Seite Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht nur fachlich, sondern – das konnte ich in vielen Tagen und Wochen erleben – auch menschlich. Dafür danke ich Ihnen in dieser Stunde auch im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Allgemeiner Beifall)

Danken möchte ich auch den Polizeibeamten und -beamtinnen der Landtagswache. Ich möchte aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein ganz herzliches Dankeschön sagen, die an unseren Eingangstüren, also an unserer Pforte, die Verantwortung haben. Die neuen Kolleginnen und Kollegen haben mir begeistert erzählt, sie seien, als sie in den ersten Tagen ins Haus gekommen sind, alle nament-

lich begrüßt worden. Man war bekannt, auch wenn man in die Tiefgarage eingefahren ist. Ich muss sagen, das ist schon eine große Leistung. Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Natürlich danken wir auch den Damen und Herren der Medien und damit denen, die unsere Arbeit begleiten. Wir wissen, dass das auch im neuen Jahr geschieht. Wir können Ihnen vonseiten des Parlamentes versichern, dass wir uns den Herausforderungen stellen und dass wir auch wissen, was Transparenz bedeutet.

Die Stärkung des Parlaments und der Rechte der parlamentarischen Demokratie ist unser gemeinsamer Auftrag. In diesem Sinne Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf Ihnen, Frau Kollegin Natascha Kohnen, jetzt das Wort erteilen.

(Abgeordnete Natascha Kohnen (SPD) verstellt die Pulthöhe)

**Natascha Kohnen (SPD):** - Ja, Herr Söder ist ein bisschen länger als der Herr Huber.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

- Es freut mich, bei Ihnen im Ausschuss zu sein. Wir werden noch viel Spaß haben.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein besonderer Gruß gilt heute, zwei Monate nach der Konstituierung des neugewählten Landtags, den neuen Kolleginnen und Kollegen aller Parteien. Auch ich hoffe, Sie sind wirklich gut angekommen.

Manchmal, nicht immer, hilft auch im harten Alltagsgeschäft der Politik ein Gedicht, um sich selbst zu vergewissern, zum Beispiel Hermann Hesses "Stufen", das Sie vielleicht in jüngeren Jahren einmal gelesen haben. Es passt in meinen Augen gut zum Einstieg in das Abgeordnetendasein. Ich darf zitieren:

Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne,  
der uns beschützt und der uns hilft zu leben.  
Wir sollen heiter Raum um Raum durchschreiten,  
an keinem wie an einer Heimat hängen.  
Der Weltgeist will nicht fesseln uns und engen,  
er will uns Stuf' um Stufe heben, weiten.  
Kaum sind wir heimisch einem Lebenskreise  
und traulich eingewohnt, so droht Erschlaffen.  
Nur wer bereit zu Aufbruch ist und Reise,

mag lähmender Gewöhnung sich entrafen.

So weit Hermann Hesse.

Ich wünsche Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur den neuen, immer wieder diesen Mut zum Aufbruch, den auch Politik braucht, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Lassen wir uns im Sinne von Hesse gelegentlich vom Weltgeist beflügeln, immer aber vom Geist, der in diesem Hause durchaus zu Hause ist, um sich lähmender Gewöhnung zu entrafen und kreativ Lösungen für unsere Aufgaben zu finden.

Auf diesem Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir in diesem Hohen Hause stets verlässliche Begleiter, denen auch ich an dieser Stelle herzlich danken möchte, zuallererst Ihnen, lieber Herr Worm. Wir danken Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamtes zutiefst für ihre stete Unterstützung, Achtsamkeit und vor allem auch Freundlichkeit. Herzlichen Dank dafür.

(Allgemeiner Beifall)

Fröhlich und flink – sie sind fast alle hier versammelt im Saal – sind unsere Offiziantinnen und Offizianten. Sie haben wirklich alles im Blick, von der Stimmkarte bis hin zur Unterschriftenmappe. Ihnen entgeht wirklich nichts. Vielen Dank Ihnen allen.

(Allgemeiner Beifall)

In diesem Plenarsaal ist es für uns Abgeordnete wahrlich nicht immer einfach, alles zu verstehen – ich meine das natürlich sprachlich -, etwa die wunderbar unterschiedlichen Dialekte bis hin zum Nordfriesischen von Isabell Zacharias oder die nicht minder authentischen Zwischenrufe von Sepp Dürr. Sie, die Stenografinnen und Stenografen, schaffen es aber offenbar immer. Das verdient nicht nur unseren Dank, sondern auch unsere Bewunderung.

(Allgemeiner Beifall)

Wir danken darüber hinaus natürlich den Beamtinnen und Beamten der Polizei für die Sicherheit, die sie uns geben. Sie dürfen uns wirklich glauben, wir wissen es zu schätzen. Ein Dank auch Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, für Frau Gimpel und ihr Team an der Pforte war es sehr, sehr schön, Frau Präsidentin, dass Sie sie heute so hervorgehoben haben. Es ist wirklich ein tolles Team – bis tief in die Nacht hinein. Ein herzliches Dankeschön und ein Gruß aus dem Plenarsaal an Sie an der Pforte.

(Allgemeiner Beifall)

Und schließlich, für uns nicht auf den ersten Blick sichtbar, aber eigentlich unübersehbar sind die fleißigen Hände, die dieses Haus in Schuss halten. Unser Dank gilt den Hausmeisterinnen, Hausmeistern und Reinigungskräften. Wir wissen verdammt gut, was Sie leisten. Wir danken Ihnen sehr, dass wir in solchen Räumen unsere Arbeit tun dürfen. Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Mein Blick geht natürlich auf die Empore, auf die linke Seite der Empore. Mit Blick auf die insbesondere in den letzten Wochen immer wieder aufflammenden Diskussionen über das Verhältnis von Medien und Politik lassen sich die verschiedensten Aussagen finden. So bemerkte der langjährige Generaldirektor der BBC, Sir Hugh Carleton Greene, einmal, ich zitiere:

Nennen Sie mir ein Land, in dem Journalisten und Politiker sich vertragen, und ich sage Ihnen, da ist keine Demokratie.

Das sei das eine. Norman Mailer spitzt das ein wenig anders zu: Journalisten seien Leute, die fragen, ohne Antworten zu bekommen. Und Politiker seien Leute, die antworten, ohne gefragt zu sein. Das können Sie im Zweifelsfall besser beantworten. Aber vielleicht hat auch Roberto Benigni recht, der in einer sehr treffenden Definition kurz und knapp behauptet: "Die Presse ist der Zahnstocher der Nation". Wir danken Ihnen, lieber Herr Bachmeier, und der Landtagspresse sehr herzlich. Herr Bachmeier, ich habe Sie immerhin nicht als Zahnseide bezeichnet. Er droht mir schon mit dem Finger. Wir danken Ihnen wirklich sehr für die konstruktive, sehr humorvolle und – da werden Sie mir recht geben – in jedem Fall vielschichtige Zusammenarbeit, die wir haben. Ich glaube, Ihnen ist viel Interessantes geboten. Ein Dankeschön Ihnen allen!

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer das Jahr 2013 Revue passieren lässt - das zeigt auch die heutige Debatte -, muss nachdenklich werden über das Verhältnis von Politik und Humanität. Damit unterstelle ich keinesfalls, dass Politik generell unmenschlich sei. Aber es gibt unmenschliche Politik, himmelschreiend unmenschliche Politik.

Ich erinnere an die Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa. Dort, in einem Mitgliedsland der Europäischen Union, die nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion sein kann, sondern zuvorderst eine Wertegemeinschaft sein muss,

(Beifall bei der SPD)

ist es Fischern bislang von Gesetzes wegen verboten, ertrinkende Menschen aus dem Wasser zu retten. Der "Tagesspiegel" formuliert das mit der klaren Überschrift: "Es sind Europas Tote". Also auch unsere Toten. Die Frage, die wir zu beantworten haben, bleibt bisher ungelöst: Wie muss eine humanere Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU aussehen? Die Worte von Papst Franziskus – für mich ein Mann der Hoffnung – müssen uns auch hier in den Ohren klingen. Er sagte über die Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa, ich zitiere: "Ich habe dafür nur ein Wort: Schande". Er verurteilte die Gleichgültigkeit gegenüber jenen, die der Sklaverei, die dem Hunger entfliehen, um die Freiheit zu suchen, doch stattdessen den Tod finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Worte von Papst Franziskus sollten nicht nur in den Kirchen gehört werden, sondern auch in den Parlamenten, auch in unserem. Das gilt im Übrigen nicht nur im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik, aber eben auch dort.

Kaum dreieinhalb Stunden Flugzeit von uns entfernt erleben eine Million Kinder im Moment ihre Kindheit zwischen Bombardierung, Häuserkämpfen und Belagerungen mitten im Krieg. Der Ausnahmezustand ist für Syriens Kinder zur Regel geworden. Sie wachsen zu einer verlorenen Generation heran, ohne Schutz und ohne Bildung, zwischen Elend und Trauma, anfällig für Krankheiten, Radikalisierung und neue Gewalt. Das ist eine humanitäre Katastrophe, deren Auswirkungen weltweit noch weit in die Politik der Zukunft reichen werden. Wir haben auch darauf noch keine Antwort. Deshalb bitte ich Sie: Lassen wir bei allen notwendigen ökonomischen Debatten in unserem Land und in Europa die elementaren Fragen keinesfalls nachrangig werden, zum Beispiel Fragen von Humanität und Politik – und das eben nicht nur zur Weihnachtszeit.

Ich wünsche Ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit und viel Kraft für die kommenden Aufgaben und Herausforderungen. In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Auch ich danke Ihnen, Frau Kohnen, für Ihren Dank, für Ihre guten Wünsche und auch für das Nachdenkliche. Herr Ministerpräsident, bitte.

**Ministerpräsident Horst Seehofer:** Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ein sehr ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Zum Ende dieses Jahres gibt es für unser Tun nur einen einzigen Maßstab: Wie geht es dem Land, für das wir Verantwortung tragen? Ich zitiere den "SPIEGEL", der kürzlich

veröffentlicht hat: Bayern ist im deutschen Vergleich allen anderen in fast allen Bereichen überlegen. - Das sage ich deshalb, weil dies ausdrückt, dass wir die Hauptverantwortung, die wir tragen, nämlich den Menschen in diesem Lande Lebensqualität und Lebensperspektiven zu vermitteln, erfüllt haben. Das kann man uneingeschränkt sagen. Den Menschen in unserem Lande geht es gut.

Ich durfte jetzt fünf Wochen ununterbrochen in Berlin Koalitionsverhandlungen führen. Einen Ministerpräsidenten dieses Landes erfüllt schon mit Stolz – ich sage ausdrücklich: das ist eine gemeinschaftliche Leistung dieses Hauses und der Bayerischen Staatsregierung –, wenn man beinahe täglich von Diskussionssteilnehmern in diesen Koalitionsverhandlungen zum Beispiel hört: Das kann mit Ausnahme von Bayern niemand; das kann nur Bayern stemmen; Bayern redet sich leicht; wir können das nicht. Deshalb, glaube ich, sollten wir zum Ende des Jahres festhalten, dass wir unserer Hauptverantwortung Rechnung getragen haben, dass wir die Lebensqualität für die Menschen in Bayern gesichert und ausgebaut haben. Das ist für mich zum Ende eines Jahres, das mit vielen Wahlkämpfen und vielen unterschiedlichen Ereignissen gepflastert war, eigentlich der größte Ertrag. Dafür möchte ich mich bedanken. Das war nur im Diskurs zwischen Regierung und Parlament und innerhalb des Parlaments zwischen Regierungsfractionen und Opposition möglich.

Ich danke der Landtagspräsidentin Barbara Stamm, dem gesamten Präsidium, den Mitarbeitern des Landtags. Ich danke allen Fraktionen, die stets fair und konstruktiv nach den besten Lösungen gesucht haben. Wir haben das heute wieder erlebt. Sie haben nach den besten Lösungen für unsere Heimat gesucht. Ich möchte neben den jetzt dem Landtag angehörenden vier Fraktionen auch die FDP-Fraktion nicht vergessen, die in den ersten drei Quartalen dieses Jahres Mitverantwortung für Bayern getragen hat.

Ich danke auch den Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen, mit denen mich bekanntlich ein ungebrochenes Zuneignungsverhältnis verbindet.

Ich bedanke mich bei den Landtagsbeauftragten, dem Stenografischen Dienst, dem technischen Personal, der Polizei, den Offiziantinnen und Offizianten des Landtags. Sie alle waren in diesem großen Uhrwerk unverzichtbar dafür, dass alles wunderbar ineinandergelassen hat und letzten Endes die Zeit immer gestimmt hat.

Ich wünsche Ihnen allen besinnliche, für die meisten auch notwendigerweise erholsame Weihnachten, Fei-

ertage und einen erholsamen Jahreswechsel und vor allem, dass wir uns gesund und wohlbehalten im Jahre 2014 wieder treffen.

Wir werden zu Beginn des Jahres die wichtigste Wahl haben, die ein Land kennt, nämlich die Kommunalwahl. Das ist die Basis unseres Landes. Dort erleben die Menschen unmittelbare Demokratie und das Bemühen um die Daseinsvorsorge. Anschließend findet die Europawahl statt. Auch diese wird uns wieder fordern.

Außerdem steht die Umsetzung – davon gehe ich aus – der Koalitionsvereinbarung an, die in vielen Punkten auch bayerische Belange betrifft. Ich möchte mein Angebot wiederholen, gerade dann, wenn es um die Angelegenheiten Bayerns geht, gemeinsam mit dem Teilkolitionspartner SPD – Teilkolitionspartner deshalb, weil die SPD natürlich hier auch die Aufgaben der Opposition erfüllen muss, gleichzeitig aber auch Koalitionspartner ist –, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN bayerische Interessen möglichst geschlossen zu vertreten. Ich biete dies jedenfalls erneut an, und ich bin mir ziemlich sicher, dass dies in entscheidenden Punkten auch gelingen wird.

Ich danke noch einmal. Alles Gute, und auf ein Neues im Jahr 2014!

(Allgemeiner Beifall)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihre guten Wünsche und für Ihren Dank sowie auch für Ihre erneute Zusage, was die Zusammenarbeit mit dem Hohen Hause anbelangt.

Ich darf Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt abschließend ein gesegnetes Weihnachtsfest wünschen. Das Weihnachtsfest ist das Fest, an dem wir vor allen Dingen Zeit für unsere Familien und die Menschen haben, die uns nahestehen. In diesem Sinne ein schönes Weihnachtsfest, alles Gute für das neue Jahr, vor allen Dingen auch Gesundheit – sie ist ein hohes Gut. Wir denken auch an diejenigen, die in der vergangenen und in dieser Legislaturperiode krank waren oder noch krank sind. Gute Wünsche auch für Sie!

Ihnen allen alles, alles Gute. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen und ein tatkräftiges Arbeiten im neuen Jahr.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 13.07 Uhr)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Windenergie in Bayern ermöglichen - Regionale Planungsverbände unterstützen (Drucksache 17/262)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus	X			<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Aigner</b> Ilse		X		<b>Gerlach</b> Judith		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert	X			<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Arnold</b> Horst	X			<b>Glauber</b> Thorsten	X		
<b>Aures</b> Inge	X			Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
				<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Gottstein</b> Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter	X			<b>Güll</b> Martin	X		
<b>Bauer</b> Volker		X		<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X		<b>Guttenberger</b> Petra		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X					
<b>Bause</b> Margarete	X			<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Beißwenger</b> Eric		X		<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar				<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Biedefeld</b> Susann				<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Blume</b> Markus				<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold		X		<b>Herold</b> Hans	X		
<b>Brannekämper</b> Robert		X		Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		<b>Herrmann</b> Joachim		X	
<b>Brückner</b> Michael		X		Dr. <b>Herz</b> Leopold	X		
von <b>Brunn</b> Florian	X			<b>Hiersemann</b> Alexandra	X		
<b>Brunner</b> Helmut				<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
				<b>Hofmann</b> Michael		X	
<b>Celina</b> Kerstin	X			<b>Holetschek</b> Klaus		X	
				Dr. <b>Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X		<b>Huber</b> Erwin		X	
<b>Dorow</b> Alex				Dr. <b>Huber</b> Marcel			
<b>Dünkel</b> Norbert		X		Dr. <b>Huber</b> Martin		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X			<b>Huber</b> Thomas		X	
				Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto			
<b>Eck</b> Gerhard		X		<b>Huml</b> Melanie			
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X					
<b>Eisenreich</b> Georg				<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Fackler</b> Wolfgang		X		<b>Jörg</b> Oliver		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen	X						
<b>Fehlner</b> Martina				<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Felbinger</b> Günther	X			<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Flierl</b> Alexander		X		<b>Karl</b> Annette			
Dr. <b>Förster</b> Linus	X			<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Freller</b> Karl		X		<b>Knoblauch</b> Günther	X		
<b>Füracker</b> Albert				<b>König</b> Alexander		X	
				<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Ganserer</b> Markus	X			<b>Kränzle</b> Bernd		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X			Dr. <b>Kränzlein</b> Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Kraus</b> Nikolaus	X		
<b>Kreitmair</b> Anton	X		
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Ländner</b> Manfred			
<b>Lederer</b> Otto		X	
<b>Leiner</b> Ulrich	X		
Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig		X	
<b>Lorenz</b> Andreas		X	
<b>Lotte</b> Andreas	X		
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
Dr. <b>Merk</b> Beate		X	
<b>Meyer</b> Peter	X		
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Müller</b> Emilia		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike	X		
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander	X		
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		
<b>Petersen</b> Kathi	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	X		
<b>Pohl</b> Bernhard			X
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radlmeier</b> Helmut		X	
<b>Rauscher</b> Doris	X		
Dr. <b>Reichhart</b> Hans			
<b>Reiß</b> Tobias		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritt</b> Hans		X	
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rosenthal</b> Georg	X		
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmidt</b> Gabi	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin			
<b>Schulze</b> Katharina	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
Dr. <b>Schwartz</b> Harald		X	
<b>Schweiger</b> Tanja			
<b>Seehofer</b> Horst		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sengl</b> Gisela	X		
<b>Sibler</b> Bernd		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Stachowitz</b> Diana	X		
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steinberger</b> Rosi	X		
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian	X		
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
<b>Ströbel</b> Jürgen	X		
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Untertländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst		X	
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
<b>Westphal</b> Manuel		X	
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wittmann</b> Mechthilde		X	
<b>Woerlein</b> Herbert	X		
<b>Zacharias</b> Isabell	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno	X		
<b>Gesamtsumme</b>	76	82	1

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion SPD; Windkraft entfesseln (Drucksache 17/276)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus	X		
<b>Aigner</b> Ilse		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert	X		
<b>Arnold</b> Horst	X		
<b>Aures</b> Inge	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter	X		
<b>Bauer</b> Volker		X	
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X	
<b>Bause</b> Margarete	X		
<b>Beißwenger</b> Eric		X	
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar			
<b>Biedefeld</b> Susann			
<b>Blume</b> Markus			
<b>Bocklet</b> Reinhold		X	
<b>Brannekämper</b> Robert		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X	
<b>Brückner</b> Michael		X	
von <b>Brunn</b> Florian	X		
<b>Brunner</b> Helmut			
<b>Celina</b> Kerstin	X		
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X	
<b>Dorow</b> Alex			
<b>Dünkel</b> Norbert		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X		
<b>Eck</b> Gerhard			
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X	
<b>Eisenreich</b> Georg			
<b>Fackler</b> Wolfgang		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen	X		
<b>Fehlner</b> Martina			
<b>Felbinger</b> Günther	X		
<b>Flierl</b> Alexander		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus	X		
<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Füracker</b> Albert			
<b>Ganserer</b> Markus	X		
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Gerlach</b> Judith		X	
<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Glauber</b> Thorsten	X		
Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Gottstein</b> Eva	X		
<b>Güll</b> Martin	X		
<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Herold</b> Hans	X		
Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Herrmann</b> Joachim		X	
Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Hiersemann</b> Alexandra	X		
<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Hofmann</b> Michael			
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
Dr. <b>Hopp</b> Gerhard			
<b>Huber</b> Erwin		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel			
Dr. <b>Huber</b> Martin		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto			
<b>Huml</b> Melanie			
<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Karl</b> Annette			
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Knoblauch</b> Günther	X		
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Kränzle</b> Bernd		X	
Dr. <b>Kränzlein</b> Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Kraus</b> Nikolaus	X		
<b>Kreitmair</b> Anton	X		
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Ländner</b> Manfred			
<b>Lederer</b> Otto		X	
<b>Leiner</b> Ulrich	X		
Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig		X	
<b>Lorenz</b> Andreas		X	
<b>Lotte</b> Andreas	X		
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
Dr. <b>Merk</b> Beate		X	
<b>Meyer</b> Peter	X		
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Müller</b> Emilia		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike	X		
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander	X		
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		
<b>Petersen</b> Kathi	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	X		
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radlmeier</b> Helmut		X	
<b>Rauscher</b> Doris	X		
Dr. <b>Reichhart</b> Hans			
<b>Reiß</b> Tobias		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritt</b> Hans		X	
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rosenthal</b> Georg	X		
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmidt</b> Gabi	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin			
<b>Schulze</b> Katharina	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
Dr. <b>Schwartz</b> Harald		X	
<b>Schweiger</b> Tanja			
<b>Seehofer</b> Horst		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sengl</b> Gisela	X		
<b>Sibler</b> Bernd		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus		X	
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig		X	
<b>Stachowitz</b> Diana			
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steinberger</b> Rosi	X		
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Straub</b> Karl			
<b>Streibl</b> Florian	X		
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
<b>Ströbel</b> Jürgen	X		
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst		X	
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
<b>Westphal</b> Manuel		X	
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wittmann</b> Mechthilde			
<b>Woerlein</b> Herbert	X		
<b>Zacharias</b> Isabell	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno	X		
<b>Gesamtsumme</b>	73	81	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u. a. und Fraktion SPD; Optimierte und integrierte Radverkehrsförderung und Verkehrsplanung für mehr Verkehrssicherheit beim Radfahren in Bayern (Drucksache 17/278)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus	X		
<b>Aigner</b> Ilse		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert	X		
<b>Arnold</b> Horst	X		
<b>Aures</b> Inge	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter	X		
<b>Bauer</b> Volker		X	
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X	
<b>Bause</b> Margarete	X		
<b>Beißwenger</b> Eric		X	
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar			
<b>Biedefeld</b> Susann			
<b>Blume</b> Markus			
<b>Bocklet</b> Reinhold		X	
<b>Brannekämper</b> Robert		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X	
<b>Brückner</b> Michael		X	
von <b>Brunn</b> Florian	X		
<b>Brunner</b> Helmut		X	
<b>Celina</b> Kerstin	X		
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X	
<b>Dorow</b> Alex			
<b>Dünkel</b> Norbert		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X		
<b>Eck</b> Gerhard		X	
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X	
<b>Eisenreich</b> Georg			
<b>Fackler</b> Wolfgang		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen	X		
<b>Fehlner</b> Martina			
<b>Felbinger</b> Günther	X		
<b>Flierl</b> Alexander		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus	X		
<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Füracker</b> Albert		X	
<b>Ganserer</b> Markus	X		
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Gerlach</b> Judith		X	
<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Glauber</b> Thorsten	X		
Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Gottstein</b> Eva			
<b>Güll</b> Martin	X		
<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Haderthauer</b> Christine		X	
<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Herold</b> Hans		X	
Dr. <b>Herrmann</b> Florian			
<b>Herrmann</b> Joachim		X	
Dr. <b>Herz</b> Leopold	X		
<b>Hiersemann</b> Alexandra	X		
<b>Hintersberger</b> Johannes			
<b>Hofmann</b> Michael		X	
<b>Holetschek</b> Klaus		X	
Dr. <b>Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Huber</b> Erwin		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
Dr. <b>Huber</b> Martin		X	
<b>Huber</b> Thomas		X	
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto			
<b>Huml</b> Melanie			
<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Karl</b> Annette			
<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Knoblauch</b> Günther	X		
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Kränzle</b> Bernd		X	
Dr. <b>Kränzlein</b> Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Kraus</b> Nikolaus	X		
<b>Kreitmair</b> Anton		X	
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Ländner</b> Manfred			
<b>Lederer</b> Otto		X	
<b>Leiner</b> Ulrich	X		
Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig		X	
<b>Lorenz</b> Andreas		X	
<b>Lotte</b> Andreas	X		
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
Dr. <b>Merk</b> Beate		X	
<b>Meyer</b> Peter	X		
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Müller</b> Emilia		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike	X		
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander	X		
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		
<b>Petersen</b> Kathi	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	X		
<b>Pohl</b> Bernhard	X		
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radlmeier</b> Helmut		X	
<b>Rauscher</b> Doris	X		
Dr. <b>Reichhart</b> Hans			
<b>Reiß</b> Tobias		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritt</b> Hans		X	
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rosenthal</b> Georg	X		
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmidt</b> Gabi	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin			
<b>Schulze</b> Katharina	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
Dr. <b>Schwartz</b> Harald		X	
<b>Schweiger</b> Tanja	X		
<b>Seehofer</b> Horst		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sengl</b> Gisela	X		
<b>Sibler</b> Bernd			
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Stachowitz</b> Diana	X		
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steinberger</b> Rosi	X		
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian	X		
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
<b>Ströbel</b> Jürgen		X	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Untertländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst		X	
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna			
<b>Westphal</b> Manuel		X	
<b>Widmann</b> Jutta	X		
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter			
<b>Wittmann</b> Mechthilde		X	
<b>Woerlein</b> Herbert	X		
<b>Zacharias</b> Isabell	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno	X		
<b>Gesamtsumme</b>	74	85	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion SPD; Kältetod verhindern - Schnelle Hilfe für Wohnungslose (Drucksache 17/264)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus	X			<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Aigner</b> Ilse		X		<b>Gerlach</b> Judith		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert	X			<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Arnold</b> Horst	X			<b>Glauber</b> Thorsten	X		
<b>Aures</b> Inge	X			Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
				<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Gottstein</b> Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter	X			<b>Güll</b> Martin	X		
<b>Bauer</b> Volker		X		<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X		<b>Guttenberger</b> Petra		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X					
<b>Bause</b> Margarete	X			<b>Haderthauer</b> Christine		X	
<b>Beißwenger</b> Eric		X		<b>Halbleib</b> Volkmar			
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar				<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Biedefeld</b> Susann				<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Blume</b> Markus				<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold		X		<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Brannekämper</b> Robert		X		Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		<b>Herrmann</b> Joachim		X	
<b>Brückner</b> Michael		X		Dr. <b>Herz</b> Leopold	X		
von <b>Brunn</b> Florian	X			<b>Hiersemann</b> Alexandra	X		
<b>Brunner</b> Helmut		X		<b>Hintersberger</b> Johannes			
				<b>Hofmann</b> Michael		X	
<b>Celina</b> Kerstin	X			<b>Holetschek</b> Klaus		X	
				Dr. <b>Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X		<b>Huber</b> Erwin		X	
<b>Dorow</b> Alex		X		Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
<b>Dünkel</b> Norbert		X		Dr. <b>Huber</b> Martin		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X			<b>Huber</b> Thomas		X	
				Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto			
<b>Eck</b> Gerhard		X		<b>Huml</b> Melanie			
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X					
<b>Eisenreich</b> Georg				<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Fackler</b> Wolfgang		X		<b>Jörg</b> Oliver		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen	X						
<b>Fehlner</b> Martina				<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Felbinger</b> Günther	X			<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Flierl</b> Alexander		X		<b>Karl</b> Annette			
Dr. <b>Förster</b> Linus	X			<b>Kirchner</b> Sandro		X	
<b>Freller</b> Karl		X		<b>Knoblauch</b> Günther	X		
<b>Füracker</b> Albert		X		<b>König</b> Alexander		X	
				<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Ganserer</b> Markus	X			<b>Kränzle</b> Bernd		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X			Dr. <b>Kränzlein</b> Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Kraus</b> Nikolaus	X		
<b>Kreitmair</b> Anton		X	
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Ländner</b> Manfred		X	
<b>Lederer</b> Otto		X	
<b>Leiner</b> Ulrich	X		
Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig		X	
<b>Lorenz</b> Andreas		X	
<b>Lotte</b> Andreas	X		
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
Dr. <b>Merk</b> Beate		X	
<b>Meyer</b> Peter	X		
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Müller</b> Emilia		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Müller</b> Ulrike	X		
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander	X		
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		
<b>Petersen</b> Kathi	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael			
<b>Pohl</b> Bernhard	X		
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radlmeier</b> Helmut		X	
<b>Rauscher</b> Doris	X		
Dr. <b>Reichhart</b> Hans			
<b>Reiß</b> Tobias		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritt</b> Hans		X	
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rosenthal</b> Georg	X		
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmidt</b> Gabi	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin			
<b>Schulze</b> Katharina	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
Dr. <b>Schwartz</b> Harald		X	
<b>Schweiger</b> Tanja	X		
<b>Seehofer</b> Horst		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sengl</b> Gisela	X		
<b>Sibler</b> Bernd			
Dr. <b>Söder</b> Markus		X	
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Stachowitz</b> Diana	X		
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steinberger</b> Rosi	X		
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus		X	
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian	X		
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
<b>Ströbel</b> Jürgen		X	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone	X		
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Untertländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl	X		
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst		X	
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
<b>Westphal</b> Manuel		X	
<b>Widmann</b> Jutta	X		
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter			
<b>Wittmann</b> Mechthilde		X	
<b>Woerlein</b> Herbert	X		
<b>Zacharias</b> Isabell	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno	X		
<b>Gesamtsumme</b>	74	89	0